

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgabe 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erklingt täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonellen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengleiche und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Juli 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Schnapsblock als Antibeamtensblock.

Die Parteien des Schnapsblocks sind am Mittwoch richtig umgefallen! Zwei Monate lang bedienten sich Konserwativen und Zentrum der Maske der Beamtenfreundlichkeit. Solange die Gefahr einer Reichstagsauflösung drohte, verfocht man unbestimmt den Standpunkt, daß die einhelligen Beschlüsse der Budgetkommission das schlechthin Notwendige darstellten, von dem man sich von der Regierung keinen roten Heller abmarkten lasse. Erfordere dies absolut Notwendige an Aufbesserung der Beamtengelder 32 Millionen mehr, so müsse dieser Betrag eben aufgebracht werden.

Jetzt hat man die Maske fallen lassen! Der Schnapsblock hat ja jetzt die Gewißheit, daß die Regierung sich in der Ausbringung der halben Milliarden neuer Steuern seiner Diktatur unterwirft, statt durch Auflösung des Reichstags dem Volke selbst die Entscheidung anheimzugeben. Und in dem Augenblick, wo die Furcht vor dem Votum der Beamten bei einer solchen Neuwahl aufhört, erlischt auch die Beamtenfreundlichkeit der Parteien des Schnapsblocks! Die soeben noch mit Verbe vertretenen Forderungen für die unteren und mittleren Beamten, für Postkassierer und Postassistenten, werden glatt fallen gelassen. Die Bedenken der Regierung, die man vor kurzem noch für völlig belanglos erklärt hatte, gewinnen auf einmal die schwerwiegendste Bedeutung! Das Unannehmbar der Regierung, um das man sich doch bei der Reichsfinanzreform den Teufel gekümmert hatte, wirkt alle guten Vorsätze, alle bereits gefassten Beschlüsse über den Hausen!

Als ob die Verbündeten Regierungen auch nur ein einziges neues Bedenken vorgebracht hätten! Alles das, was die Regierungsvertreter in den letzten Tagen in der Budgetkommission, was die Offiziösen in den Spalten der „Nordd. Wg. Ztg.“ ausgeführt hatten, war ja bereits am 4. Rat der Budgetkommission entgegengehalten worden: daß keine Deckung für die Mehrforderungen vorhanden sei und daß man doch nicht über die für die preussischen Beamten bewilligten Gehaltsätze hinausgehen dürfe. Das machte aber auf die Vertreter der Konserwativen und des Zentrums nicht den mindesten Eindruck. Herr Erzberger schickte den Reichsschatzsekretär Sndow gründlich heim: „Ist denn der Deutsche Reichstag eine Filiale des preussischen Abgeordnetenhauses?“, donnerte er nach dem amtlichen Bericht über die 138. Sitzung der Budgetkommission:

„Warum setzt man uns denn überhaupt hierhin und läßt uns hier arbeiten, wenn Preußen allein entscheidend sein soll. . . In Baden und Bayern haben die unteren Beamtensklassen noch ganz andere Sätze als in Preußen. In Bayern bekommen die Landbriefträger 1200—1800 M. So weitgehende Forderungen haben wir noch gar nicht mal gestellt. In Baden bekommen die Wohnkassierer usw. Gehälter bis zu 2900 M., bei uns in der Vorlage nur bis zu 2000 M. . . Es wäre uns unmöglich, die Gehalts erhöhungen der höheren Beamten anzunehmen, wenn nicht für die unteren Beamten eine entsprechende Aufbesserung erfolgt.“

Ganz dieselbe Stellung nahmen auch die übrigen Parteien des neuen Blocks ein. Einstimmig wurde der Beschlus gefaßt, das Gehalt der Schaffner, Bremser, Schirrmänner, Portiers und Bahnsteigschaffner auf 1200—1800 Mark festzusetzen. Und als im preussischen Abgeordnetenhause ein konservativer Redner die preussische Regierung im Namen der konservativen Landtagsfraktion aufforderte, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Beschlüssen der Budgetkommission des Reichstags der schroffste Widerstand entgegengelegt werde, da trieben die Konserwativen im Reichstag die tolle Komödie der Beamtentauschung so weit, durch einen Redner feierlichst erklären zu lassen, daß sie sich solche Annahmen des preussischen Landtags aufs entschiedenste verbäten! Da nun aber das insame Doppelspiel der Konserwativen den gewünschten Erfolg gehabt, nämlich die Verbündeten Regierungen unter Führung Preußens veranlaßt hat, den Kommissionsbeschlüssen faktisch ein glattes „Unannehmbar“ entgegenzusetzen, truden auch die Konserwativen des Reichstags sichtlich vor diesem vor ihnen selbst im Landtage bestellten Beto zusammen! Als heute die Sozialdemokraten den Antrag stellten, die Schaffner, Bremser gemäß den früheren beiden Beschlüssen (deren letzter ja bekanntlich unter der scharfen Beweismahnung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder erst vorgestern noch einstimmig gefaßt worden war!) definitiv in die Gehaltsklasse III einzustellen und ihnen damit das Gehalt von 1200 bis 1800 M. zu sichern, wurde dieser Antrag gegen fünf Stimmen abgelehnt! Die Parteien des Schnapsblocks wollen die in Frage kommenden vielen Tausende von Unterbeamten mit 1100—1500 Mark abspeisen! Und ebenso gab man später die Postassistenten preis, indem man deren Endgehalt von 3000, dem früher beschlossenen Satze, auf 3300 Mark herabsetzte!

Es fällt schwer, zu entscheiden, wer bei diesem schamlosen Verrat der Beamten von den beiden Hauptparteien des Schnapsblocks die schäbigste Rolle gespielt hat. Denn das Zentrum spielte ein mindestens ebenso nichts-

würdiges Doppelspiel wie die Konserwativen. Auch es war sich von allem Anfang an klar darüber, daß es mit seinen Forderungen und Kommissionsbeschlüssen nichts als elendeste, unerlichste Demagogie trieb. Eine Demagogie, die selbst einem Erzberger zu toll wurde. Denn Erzberger kündigte den Zentrumsunfall doch wenigstens schon vor acht Tagen an; die führende Zentrumspresse dagegen suchte unter Ausschüttelung und grober Abkrüfflung Erzbergers noch bis zum letzten Augenblick die dreiste Fiktion aufrechtzuerhalten, daß das Zentrum an seinen früheren Beschlüssen festhalten werde! Es wollte damit verhüten, daß die betroffenen Beamten sich noch in letzter Stunde rührien und den schmachvollen Verrat durch energische Kundgebungen zu bereiteln suchten!

Wenn sich die Beamten blühten liehen, so trägt die Sozialdemokratie daran keine Schuld. Schrieb doch der „Vorwärts“ bereits in seiner Nr. 103 vom 5. Mai:

„Als im preussischen Landtag die Befolgung von 272 000 Beamten geregelt wurde, war es bekanntlich gerade die sozialdemokratische Fraktion, die mit äußerster Energie für eine Besserstellung namentlich der unteren und mittleren Beamten eintrat. . .“

Leider vergebens! Trotzdem von dem sozialdemokratischen Redner an Hand der erbärmlichen Gehälter einerseits, der hohen Mieten sowie der sonstigen Lebenshaltung andererseits nachgewiesen wurde, daß namentlich die Unterbeamten, aber auch weite Schichten der mittleren Beamten mit den ihnen von den bürgerlichen Parteien bewilligten Gehaltsätzen ein menschenwürdiges Dasein nicht führen könnten, erklärten die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien, Zentrum, Konserwative, Rationaliberale und Freisinnige, daß höhere Gehaltsätze unter keinen Umständen bewilligt werden könnten, da die nötigen Mittel dafür nicht vorhanden seien. . .“

Was aber erleben wir nun im Reichstage? Hier legen sich auf einmal dieselben bürgerlichen Parteien, deren Vertreter im Landtage die Forderungen der Sozialdemokratie einstimmig als viel zu weitgehend und absolut unerfüllbar abweisen, für eine über die Landtagsbeschlüsse hinausgehende Befolgungserhöhung der unteren und mittleren Beamtensklassen ins Zeug. Alle bürgerlichen Parteien erklären die Regierungsbedenken — es sei nicht das nötige Geld vorhanden, um die 26 Millionen auszubringen, die durch die Mehrforderungen notwendig würden — für belanglos. Das Geld müsse eben beschafft werden. Und als sich der Regierungsvertreter auf das preussische Beamtensbesoldungsgesetz berief und erklärte, man könne den Beamten im Reiche doch nicht mehr zahlen, als man den preussischen Beamten bei der Besoldungsreform zugebilligt habe, erklärte ausgerechnet der Vertreter der Konserwativen, daß dann einfach Preußen die Konsequenzen ziehen, d. h. doch wohl in seinen Gehaltsätzen ebenfalls weiter gehen müsse! . . .“

Nun könnten wir uns zwar dieser späten Wekehrung der bürgerlichen Parteien ja von Herzen freuen, wenn wir nur überzeugt wären, daß diese bewilligungsfreudige Stimmung andauerte und sich nicht wieder verflüchtigen würde, falls die drohende Gefahr der Reichstagsauflösung verschwunden sein sollte! Denn offenbar ist die Einsicht der bürgerlichen Parteien nur die Furcht vor den Konsequenzen, die die Beamten bei einer Reichstagswahl unter dem Schutze des geheimen Wahlrechts an den bürgerlichen Parteien aben könnten. . .“

Nun, Aufgabe der Beamten wird es sein, nicht locker zu lassen und die bürgerlichen Parteien zu zwingen, auf alle Fälle bei ihren augenblicklichen Beschlüssen zu verharren. Wenn die Beamten ihre Schuldigkeit tun und sich durch das Geschrei der bürgerlichen Scharfmader nicht ins Wolkshorn jagen lassen, werden die bürgerlichen Parteien von ihren Beschlüssen nicht zurücktreten können, da sich ihr Verhalten sonst als eine so schamlose Komödie herausstellen würde, daß sie es mit der Beamtenschaft völlig verdorben hätten!

Die Beamten haben leider unsere Warnung nicht beachtet. Den Lohn für ihre Untuglichkeit haben sie nun dahin in Gestalt der unerhörtesten Nachführung, der jemals politische Unerfahrenheit zum Opfer gefallen ist! Um ihre Gehalts Hoffnungen sind die Unterbeamten, sind auch die Postassistenten geprellt, dafür ist ihnen von dem gleichen Schnapsblock zu dem Mundvoll des Brot- und Fleischwunders ein um so gehörigerer Posten neuer indirekter Steuern aufgepaßt worden!

Ueber die Kommissionsverhandlungen wird uns noch geschrieben:

In der Budgetkommission wurde Mittwoch vormittag die Komödie mit der Gehalts erhöhungen weiter gespielt. Zunächst beschäftigte sich die Kommission mit dem sozialdemokratischen Antrag, in die Klasse III der Besoldungsordnung, wo die Bezüge nach einem in der vorigen Sitzung gefassten Beschlusse 1200 bis 1800 M. betragen, Schaffner, Bremser, Schirrmänner, Portier, Bahnsteigschaffner der Reichseisenbahnverwaltung, einzuziehen. Der Antrag wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Für diese Beamtensategorie wurde eine neue Klasse 3b mit Gehaltsätzen von 1100 bis 1500 M. geschaffen.

In der Debatte über den § 16 erklärte Staatssekretär Sndow, daß für die Regierung der Antrag unannehmbar sei, daß

sie über 3000 M. nicht hinausgehe. Staatsminister v. Rheinbaben erklärt auf eine entsprechende Bemerkung, „wenn wir eine Position als unannehmbar bezeichnen, so ist sie für uns auch unannehmbar.“ Der Bundesrat habe gestern einstimmig beschlossen, von dem in der Vorlage eingenommenen Standpunkt nicht abzugehen. Er empfehle dringend eine Verständigung.

Singer: Der Finanzminister scheint der Meinung zu sein, wir wollten die Postassistenten besser stellen als die Eisenbahnassistenten. Wenn die Eisenbahnbeamten in Preußen schlechter gestellt sind, so wird es die Ausgabe der preussischen Regierung und die des Landtags sein, den erforderlichen

**Ausgleich zu schaffen.**

Es wurde schließlich ein von den Vertretern des neuen Blocks mit der Regierung vereinbarter Antrag, wonach die Gehaltsätze anstatt von 1800 bis 3800 M. von 1800 bis 3300 M. ansetzen sollen, mit 15 Stimmen der neuen Mehrheit gegen 12 der Linken angenommen.

Singer erklärt, nachdem die Majoritätsparteien sich mit der Regierung geeinigt hätten, liege für die Sozialdemokratie kein Grund vor, in einzelnen Fällen über die Regierungsvorlage hinauszugehen. Um die Mehrheit bei Aufhebung der Beschlüsse erster Lesung sicherzustellen, habe das Zentrum

den Abgeordneten Damescher aus der Kommission ausgeschickt, damit er als Beamter nicht die Fiktel löre, und schließlich den Ausschlag zugunsten seiner Kollegen gebe. Gegen eine vom Abgeordneten Dröcher gemachte Bemerkung, als ob mit den Gehalts erhöhungen den Beamten ein Geschenk gemacht werde, legte Genosse Singer entschieden Verwahrung ein. Weitere Ausführungen über den Umfall der Mehrheitsparteien gegenüber den gar nicht ernst zu nehmenden Drohungen der Regierung zu machen, behalte er sich für das Plenum vor. Unter diesen Umständen stimmten seine Freunde auch nicht für die vorgeschlagenen Erhöhungen einzelner Kategorien höherer Beamten, weil deren Besserstellung auf Kosten der Unterbeamten

geschehe. Die Kommission erledigte dann die Gehaltsätze nach den Vereinbarungen bis zu der Klasse 3b, um sich bis abends 8 Uhr zu vertragen.

Gegen die Abhaltung einer Abendstimmung protestierte Genosse Singer, weil eine solche

**Durchsichtigung**

eine halbwegs gründliche Beratung ausschließe. Der Einwand, daß die Abgeordneten das Bedürfnis hätten, zum Schluß zu kommen, dürfe nicht gemacht werden. Das Interesse der Beamten müsse höher stehen als das Ruhebedürfnis der Abgeordneten. Die Mehrheit hätte durch die Verhandlungen mit der Regierung die Zeit verdröbelt, so daß die Beamten jetzt einen doppelten Schaden hätten.

Doch alle Argumente halfen nichts. Die Kommission beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, am Mittwoch abend eine Sitzung zu halten und in derselben die Besoldungsvorlage zu Ende zu beraten, so daß sie noch diese Woche im Plenum verabschiedet werden kann.

In der Abendstimmung von 8 bis 11 Uhr erledigte die Kommission noch die ganze Besoldungsvorlage.

Bei Position 33 (Kanzleisekretäre beim Auswärtigen Amt) wurde das auf 4200 M. herabgesetzte Höchstgehalt wieder auf 4400 M. erhöht. In Klasse 41 (Bureauvorsteher beim Statistischen Amt, Expedienten in den verschiedensten Ämtern) wird ein auf Anregung Singers gestellter Antrag, eine neue Stufe mit einem Höchstgehalt von 5600 M. neu zu schaffen, von der neuen Mehrheit gleichfalls abgelehnt; hingegen wird von derselben Mehrheit auf Antrag des Reichstagsrats Dröcher beschloffen, das Höchstgehalt der expedierenden Sekretäre von 6000 auf 6600 M. hinaufzusetzen.

Auch bei den Einzelgehältern wurde allgemein dort, wo die Kommission aus Sparfamkeitsgründen eine Gehaltsminderung vorgekommen hatte, diese wieder beseitigt und der Satz der Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Die Besoldungsordnungen III und IV, welche die Offiziere und Unteroffiziere umfaßt, wurden nach ganz kurzer Debatte angenommen.

Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, in einem Nachtragsetat für 1909 eine Pauschalentschädigung für die Beamten des Reichstags (für außerordentliche Ausgaben und Mehrarbeiten) anzufordern. Die den Beamten zu gewährenden Entschädigung soll 200—600 M. betragen. Vorgen: Wohnungsgeldzuschuß und Petitionen.

## Das Steuerkompromiß.

Man könnte diese Krise die Krise der Umfälle nennen, denn es ist keinem der Faktoren, die in der Finanzreform mitgewirkt haben, erspart geblieben, die Wertlosigkeit ihrer Versicherungen und Veteuerungen vor allem Volke kund zu tun. Nur die Sozialdemokratie war durch ihre prinzipielle Politik davor geschützt, sich zu kompromittieren.

In den Konserwativen und Liberalen Mäitern einerseits und den liberalen Organen andererseits wird jetzt ein heftiger Kampf darum geführt, welche Finanzreform, die des alten oder die des schwarzen Blocks, die miserablere und volksfeindlichere gewesen ist. Und mit Recht wird den Liberalen vorgeworfen, daß sie von vornherein bereit waren, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, und viel schlimmer treibe es ja auch der schwarze Block nicht. In der Tat, die Liberalen waren auch die ersten, die umgefallen sind, indem sie die ungeheuerliche Belastung der arbeitenden Massen bedingungslos akzeptierten und, um ihren konservativen Modbrütern nur ja nicht zu mißfallen, auch auf alle politischen Gegenleistungen, auf die Einführung konstitutioneller Garantien und die Durchsicht der preussischen Wahlreform Verzicht leisteten.

Umgefallen ist dann der Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen. Querst haben sie die Erbschaft,

Feuer unter dem Druck der Konserverativen in die dies schlechtere Erbschaftsteuer verwandelt, danach haben sie, als die Zufallsmajorität des Reichstags selbst diesen geringen Rest einer glücklichen Besitztsteuer abgelehnt hatte, als gehorsame Diener der Junker sich der Diktatur der Herren von Heubrand und Spahn gebeugt; jetzt sind sie entschlossen auch das letzte zu tun und die neuen Erbschaftsteuern des schwarzen Bloks ruhig zu akzeptieren trotz aller feierlichen Verwahrungen gegen einseitige, Verkehr und Handel schädigende Steuern.

Umgefallen ist auch das Zentrum. Solange die Liberalen bereit waren, 400 Millionen neuer Steuern zu bewilligen, da konnte sich das Zentrum nicht genug entrichten über die schreiende Ungerechtigkeit der Verteilung der neuen Lasten. Es forderte, daß mindestens die Hälfte der neuen Steuern vom Besitz aufgebracht werden müsse. Das hinderte das Zentrum natürlich nicht, seine eigene Forderung sofort zu verraten und auf Kosten der Arbeiter und des Mittelstandes das Schachergeschäft mit Herrn von Heubrand abzuschließen. Aber immer noch beteuerte es, daß mindestens derselbe Betrag, den die Erbschaftsteuer liefern sollte, vom mobilen Kapital bezahlt werden müßte. Jetzt weiß man, daß das Zentrum auch dieses Versprechen unbedenklich gebrochen hat, das freilich von Anfang an nur ein elender demagogischer Kniff gewesen ist, berechnet auf die Täuschung derer, die nicht alle werden. Die neue Steuer auf die Gewinnanteilscheine und Zinsbogen, die an Stelle der Klottersteuer tritt, wird anstatt der 80 Millionen, die die Klottersteuer dem mobilen Kapital auferlegen wollte, nur 20 Millionen bringen. Solange es um die Steuerfreiheit der reichen Erben ging, blieb also diese „Volkspartei“ fest, aber für die Bedürfnisse des großen Besitzes hat das Zentrum sofort Verständnis. Da wird ihm der Umfall leicht.

Nicht umgefallen sind die Konserverativen. Denn denen war nur die Steuerfreiheit der Junker, die Sprengung des ihnen unbequem gewordenen Bloks und die Befestigung seines Arches von Wichtigkeit. Seitdem der Milliardenregen der Bunkerzölle über sie gekommen ist, haben sie ja auch vermehrtes Verständnis für die Härte und das mobile Kapital, an dessen Gewinnen sie in immer rascher steigendem Maße teilzunehmen wissen. Die preussischen Konserverativen fallen nicht um, die muß man stoßen. Aber an Stohkraft läßt das Vürgerium auch jetzt alles zu wünschen übrig. Die liberalen Zeitungen sind im allgemeinen ganz froh, daß es dem mobilen Kapital noch so gut gegangen ist und haben nicht mehr viel dagegen einzuwenden, daß nächsten Mittwoch im Reichstag Schluß gemacht werden soll. Die Liberalen sind zu feig und zu schwach, um auch nur die Durchpreissung dieser elenden Steuern zu vereiteln. So oft die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Tagen den Versuch gemacht hat, sich dagegen zu wehren, daß der Reichstag in eine Abstimmungsmaschine für den schwarzen Blok umgewandelt wird, ebenso oft haben die freisinnigen und Nationalliberalen mit ganz wenigen Ausnahmen unsere Fraktion im Stiche gelassen, in den meisten Fällen noch dem schwarzen Blok geholfen, unsere Anträge niederzustimmen. Wären die Liberalen Männer, der schwarze Blok hätte nie die Früchte in seine Scheuern eingehemt. Nie noch hätte ein energisch und rücksichtslos geführter Kampf einen solchen Widerhall in den Volksmassen gefunden, wie der Kampf gegen den Schnapsblok. Der Sieg des Schnapsbloks ist nur die Schuld der liberalen Feigheit.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juli 1909.

### Der Seniorenkonvent des Reichstags

beriet am Mittwoch über die Behandlung der Vorlagen bis zum Schluß der Session. Man war allgemein der Meinung, daß die zweite Lesung der Finanzreform am Donnerstag abend fertiggestellt wird. Dann sollen am Freitag kleinere Sachen (Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, Gesetzesvorlage über die zollmäßige Verwendung von Gerste, Wahlprüfungen) auf die Tagesordnung gesetzt werden. Von sozialdemokratischer Seite wurde gewünscht, daß die Wahlprüfungen an erste Stelle kommen: Man sei am Schluß einer Session nie auseinandergegangen, ohne daß die von der Kommission fertigestellten Berichte über Wahlprüfungen erledigt wurden. Aber die Mehrheit entschied sich dafür, daß die Reihenfolge bestehen bleibe wie oben angegeben. — Am Sonnabend soll dann die zweite Lesung der Befoldungsvorlage vorgenommen werden, mit der ein Nachtragsetat verbunden sein wird, und in den ersten Tagen nächster Woche wird dann die dritte Lesung der Finanzreform und die Befoldungsvorlage folgen, so daß am Mittwoch die Session „vertagt“ werden kann.

Von freisinniger Seite wurde die Frage angeregt, ob die Regierung beabsichtige, die Session zu vertagen oder zu schließen. Ein Abgeordneter des Zentrums nahm die Gelegenheit wahr, zu erklären, daß die Mitteilungen der Presse, wonach das Zentrum den Schluß der Session wünsche, um bei Wiederkunft des Reichstags eine Präsidienwahl vorzunehmen, nicht richtig seien. Darauf wurde festgestellt, daß, um die noch übrig gebliebenen Gesetzesvorlagen nicht unter den Tisch fallen zu lassen, alle Parteien wünschen, daß die Session vertagt wird.

### Die Verschärfung der Mälhenumsatzsteuer und der Kohlenausfuhrsteuer.

Aus dem Reichstag, 7. Juli. Heute wurden einmal ausnahmsweise keine Steuern angenommen, sondern nur Steuerprojekte verscharrt, wie das übrigens den Ermachungen hinter den Kulissen zwischen Regierung und Schnapsblok entspricht.

Doch nachher gab es noch eine für jene Bundesgenossen unerwartete und unerwünschte Auseinandersetzung über die Wignachtung des Fremdenrechts durch die preussische Regierung. Bei der Beratung des Handelsvertrages mit Venezuela griff Genosse Stadthagen das Wort, um die Regierung zu der Erklärung zu provozieren, daß die zwischen beiden Staaten den Staatsangehörigen gegenseitig zugestandenen Vergünstigungen auch für Arbeiter bestimmt seien. Er begründete das mit dem Hinweis auf die von der preussischen Regierung vertragswidrig gegen fremde Arbeiter erlassenen Vorschriften wegen Lösung von Aufenthaltskarten, welche Maßregel er gebührend brandmarkte. Dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg war dieser Hinweis offenbar höchst unangenehm. Er zog sich aus der Affäre durch die Erklärung, daß „selbstverständlich“ der Arbeiter die gleichen Rechte habe wie der Unternehmer, unterließ es aber vorsichtig, die preussische Regierung zu rechtfertigen.

Dann trat das Haus in die Erörterung der Mälhenumsatzsteuer, die der preussische Minister Delbrück von vornherein im Namen des Bundesrats für unannehmbar erklärte. Trotzdem verteidigten zum Schein die Konserverativen und das Zentrum dieses Nachwerk. Genosse Mollenhuth wies an der Hand statistischen Materials die ganze Gemeinshädlichkeit des Vorschlags nach, und der freisinnige Gothein lieferte durch Verlesung von Stellen aus dem Kommissionsbericht den Beweis, daß der Referent Erzberger nur eine höchst ungenügende Scherensarbeit geliefert hat. Bei der Abstimmung fiel das Gesetz, da sich hierbei die Polen und die Freikonserverativen vom Schnapsblok trennten.

Völlig preisgegeben wurde vom Schnapsblok selber der Kohlenausfuhrzoll. Eine Debatte entspann sich nur, da der preussische Handelsminister Delbrück sich beikommen ließ, auf eine abgekartete Anfrage des Konserverativen v. Richthofen hin zu erklären, daß er persönlich für einen Kaliausfuhrzoll sei, wenn ein Kalisubstitut nicht zu stande kommen sollte. Gothein rügte zutreffend dieses absonderliche Verfahren, und Genosse Hue knüpfte an seinen Nachweis der Gemeinshädlichkeit des Kohlenausfuhrzolls eine wichtige Verurteilung der gesamten Steuerpolitik der Regierung und ihrer Schnapszollverbündeten.

Auch der nationalliberale Vergrat a. D. Vogel zeigte an Beispielen aus der Praxis, wie verderblich der Kohlenausfuhrzoll wirken würde.

Das Kommissionsprodukt wurde einstimmig abgelehnt.

Dann wurde die Weitererörterung der Steuerborlagen auf Donnerstag vertagt.

### Der Prozeß Eulenburg

ist am Mittwoch wieder auf unbestimmte Zeit vertagt worden, nachdem die ärztlichen Sachverständigen den Angeklagten, der im Gerichtssaal einen schweren Anfall von Herzschwäche erlitt, für verhandlungsunfähig erklärt hatten. Da er auch haftenunfähig ist, so wird man ihn wieder nach Liebenberg reisen lassen.

Wenn ein Kranker durch die Gerichtsverhandlung am Leben gefährdet ist, so darf der Richter nicht gegen ihn verhandeln. Angesichts der Gutachten der Sachverständigen mußte also der Prozeß abgebrochen werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir haben nur zu fordern, daß dieselbe Rücksicht, die gegen Eulenburg geübt wird, indem man ein halbes Duzend Professoren als Gutachter bestellt, auch gegen Proletarier gelibt werden möge. Wir können die Vermutung nicht ganz unterdrücken, daß ein Arbeiter, der sich in ähnlicher Lage wie Eulenburg befände, schon längst im Zuchthaus gestorben wäre.

### Die neuen Steuern.

Der Abschluß des neuen Steuerkompromisses läßt jetzt den Wert des Schnapsbloks in seiner ganzen Schönheit überblicken. Bis jetzt wurden folgende Steuern bewilligt:

Grundstücksübertragungen . . . . .	40
Gläskörper . . . . .	20
Kaffee- und Teezoll . . . . .	87
Wechselstempel . . . . .	2
Bier . . . . .	100
Tabak . . . . .	43
Branntwein . . . . .	80
Schaumwein . . . . .	5
Händwaren . . . . .	25
Insgesamt 852 Millionen.	

Ferner sollen bewilligt werden:

Enttungen über Schecks . . . . .	20
Augen- und Effektenstempel . . . . .	29 1/2
Zalonsteuer . . . . .	27 1/2
Erhöhung der Matrikularbeiträge . . . . .	25
Insgesamt 95 Millionen	

Es bleiben ferner die Fahrkartensteuer mit 20 Millionen und die Zudersteuer in bisheriger Höhe mit 55 Millionen erhalten. Von all diesen Steuern sind höchstens die Effektenstempel- und Zalonsteuer als einseitige Besitztsteuern mit schädlichen Nebenwirkungen zu bezeichnen, die zusammen 50 Millionen Mark bringen — sollen. Dazu kommen als Steuern, die das Proletariat nicht betreffen, noch die 40 Millionen von Grundstücksübertragungen, falls sie nicht in den Städten auf die Mieter überwälzt werden, und die 5 Millionen der Schaumweinsteuer. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge wird in den Einzelstaaten durch Steuererhöhungen ausgebracht werden müssen und nach den bisherigen Erfahrungen hauptsächlich das kleine und mittlere Einkommen aufs neue belasten. Die Schecksteuer vollends ist nichts als ein dummes Verkehrshindernis, das den erst beginnenden Scheckverkehr schädigt, die Bargeldzahlung wieder ausdehnen und damit in letzter Instanz die dauernde Ermäßigung des Zinsfußes, die für die Belebung der Industrie von Vorteil wäre, verhindern wird. Das Ganze ist ein volksfeindliches Nachwerk schlimmster Sorte, aus der Feindschaft der Agrarier gegen die industrielle Fortentwicklung und vor allem gegen die Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen entsprungen.

### Liberaler Feigheit.

Die demokratische „Volkzeitung“ fragt: „Was werden nun die Liberalen tun? Nach der „Vib. Kor.“ herrscht unter den freisinnigen starke Neigung, an den Beratungen des — Seniorenkonvents nicht mehr teilzunehmen. Da die dort gepflogenen Verhandlungen von der Mehrheit nicht mehr gehalten werden, so sei diese Institution eigentlich überflüssig geworden.“

Das ist ja ein hervorragend heroischer Entschluß, der beim schwarzen Blok stürmische Heiterkeit erwecken wird. Merken die Freisinnigen wirklich nicht, wie lächerlich sie sich durch derartige Kundgebungen machen? Gegen den Raubzug, den das brutalste Agrarierium nach mittelalterlichem Muster auf die Taschen des Volkes unternimmt, gibt es nur eine Abwehr, auf die wir wiederholt hingewiesen haben: Vereitelung der agrarischen Pläne mit allen Mitteln, auch mit der schärfsten Obstruktion! Aber freilich, sich hierzu aufzuraffen, sind die Freisinnshelden nicht imstande!

### Der freigeistig-reaktionär-radikal-sozialistisch-agrarische Professor.

Als Herr Professor v. Wendt, Leutnant der Reserve, ehemals Dozent an der Berliner, jetzt an der Breslauer Universität, bei der Enthüllung des Hardenberg-Denkmal die Forderung in — Offiziersuniform halten zu müssen glaubte, hat sich alle Welt lächerlich amüsiert und das aufgelaufene Wämmchen gehörig ausgelacht. Der Herr Professor meinte daraufhin, seine empfindliche Ehre sei lädiert, und er

langt sich aus den Hunderten von Blättern, die ihm den Text geliefert hatten, ein Blatt in Greifswald heraus, das damals gerade von einer Dame, Frau Koch-Hesse, redigiert wurde! Diese Dame schrieb dem uniformierten Professor ein paar kräftige Worte über Streberel und so was ins Stammbuch. Herr v. Wendt stern heulte, lief zum Kabi und erlebte den Triumph, daß die tapfere Redaktrice letzten Dienstag wegen Formal-Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Frau Koch-Hesse konnte den Greifswalder Gerichtssaal mit größerer Befriedigung verlassen als der siegreiche Professor, dem die Beklagte ins Gesicht erklärte, es sei ihr nicht darauf angekommen, den Kläger zu beleidigen, sondern sie habe „nur“ des Herrn mangelndes Ständebewußtsein kritisieren wollen! Diese Erklärung ist bitter, weil sie auf den Professor v. Wendt gemünzt war, sie ist aber ungerecht, weil der Reserveleutnant und der preussische Junker v. Wendt sich auf dem Berliner Dönhofsplatz durchaus „standesgemäß“ blamiert hat.

Und vor den Richtern zu Greifswald ging's ihm nicht besser. Nicht etwa, als ob er auch da in Helm und Interimirock, mit Schärpe und Plempe, die Schuppenkette unterm Kinn, angetreten wäre, aber die Verlesung der Auslagen kommissarisch benommenter Zeugen erzielte hier denselben Effekt wie damals die Abtürstung in der Presse. Die Bekundungen des Stettiner Stadtrats und freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Dohrn vor allem sind geeignet, der Leuchte der Wissenschaft von dem höchsten Glanz, das ihr geblieben ist, noch das letzte Restchen zu nehmen. Dr. Dohrn sagte aus: v. Wendt, der aus dem Gleise geratene adelige Offizier, habe sich erst als „geprägt freigeistig und auf dem Gebiete der Politik radikal und „sozialistisch“ gegeben. Man schaffte Herrn v. Wendt nach Sumatra. Dort kam er nicht vorwärts. Nun ließ Dr. Dohrn den guten Mann Nationalökonomie studieren. Als — japanischer Beamter mochte Wendtens Kräfte; es wurde von der japanischen Regierung aus dem Lande gewinkt und hätte den letzten Kredit bei Dr. Dohrn ein, der ihn für leichtsinnig erklärte, ihm Mangel an Pflichtgefühl attestierte und die Hoffnung aufgab, ihn noch auf gutem Wege zu sehen! Zur allgemeinen Ueberbahrung ging Herr v. Wendt, der „Freigeist“, der „Radikale“, der „Sozialist“, nun bald zu den — Agrariern über und schrieb für die „Kreuz-Zeitung“. Das herübrte die alten Freunde peinlich . . .

Professor v. Schmolter und Geh. Oberregierungsrat Elster vom preussischen Kultusministerium suchten Balsam in Wendtens Wunden zu träufeln, doch sie haben nicht verhindern können, daß Frau Koch-Hesse zwar die Geldstrafe, der flugelärmte Professor aber die Lege zu zahlen hat.

Als Herr v. Wendt noch in Berliner Versammlungen ging, um die Sozialdemokratie mausetot zu schlagen, da war er nicht so zimperlich wie jetzt. Und das war sein Glück. Sonst hätte man ihn schon damals noch herzlicher ausgelacht, als es ohnedies schon geschah und als in diesen Tagen von neuem geschieht.

### Die Konserverativen drohen.

In einer Notiz über den Austritt der Abgg. Lehmann und Orsola aus der nationalliberalen Partei antwortet die „Kreuz-Zeitung“ auf die an Lehmann ergangene Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, mit folgender Drohung:

„Wie wäre es denn, wenn jetzt von Konserverativen Wahlversammlungen ähnlich verfahren würde? Die Konserverativen Wähler, die bei den letzten Reichstagswahlen in so zahlreichen Fällen nationalliberalen und freisinnigen Kandidaten zum Siege verholfen haben, würden jetzt tollauf berechtigt sein, von Abgeordneten wie Wassermann, Rommsen, Ohling und fast von allen im Königreich Sachsen gewählten Liberalen die Niederlegung ihrer Mandate zu fordern. Wozu aber diese heute ganz nutzlose Emotion? Bei den nächsten Wahlen wird es noch Zeit zur Abrechnung sein.“

### Was ist's mit der Raddod-Katastrophe?

Die „Vergarbeiterzeitung“ stellt fest, daß der neueste Bericht der Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft (Bergbaunnternehmer des Ruhrreviers) sich in scharfem Gegensatz zu der Mitteilung befindet, daß der Betriebsführer der Zeche Raddod wegen Verschuldens an der Katastrophe angeklagt werden soll. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft zählt nämlich unter den 5299 Getöteten und Verletzten, die im Jahre 1908 in den Gruben des Ruhrreviers zu verzeichnen waren, nur ganze 14, die infolge Mängel des Betriebs den Unfall erlitten. Die Raddod-Katastrophe ist also nach der Knappschaftsberufsgenossenschaft nicht wegen Mangel des Betriebs entstanden, denn auf Raddod blieben allein 348 Tote und 21 Verletzte. Aus weiteren besonderen Angaben des Berichts der Berufsgenossenschaft geht überdem hervor, daß nach den Ermittlungen der untersuchenden Behörde die Raddod-Katastrophe auf „Gefährlichkeit des Betriebs an sich“ zurückzuführen ist.

Ein Verschulden der Bechenleitung liegt nur vor, wenn die Untersuchung „Mängel des Betriebs im besonderen“ konstatiert hat. Es ist aber ausgeschlossen, wenn „Gefährlichkeit des Betriebs an sich“ die Ursache der Katastrophe war. Wie kann denn nun aber der Betriebsführer der Raddod-Zeche angeklagt werden, wenn die Berufsgenossenschaft für die Katastrophe als Ursache „Gefährlichkeit des Betriebs an sich“ angibt? Die „Vergarbeiterzeitung“ fragt mit Recht:

„Ist die Angabe im Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft auf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Unfalluntersuchung gemacht, warum dann noch ein Strafverfahren zwecks Ermittlung der oder des Schuldigen? Sie sind ja schon festgestellt, es sind die unabwendbaren Gefahren des Bergbaues; so wenigstens behauptet der Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft. Ist so die Unfallursache durch irgendeine Behörde ermittelt worden, warum wird das der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt, wie es der Minister feierlich vor dem Lande versprach? Und wie konnte der Minister noch vor kurzem versichern, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, wo doch in dem schon vor vielen Wochen zusammengestellten Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft die überraschende Feststellung hineinlam, die Raddodkatastrophe sei eine Folge der natürlichen Betriebsgefahren!“

Wer hat diese Untersuchung geführt? Wann ist sie abgeschlossen worden? War da auch überhaupt schon eine einzige zurückgebliebene Leiche aus dem Schachte geholt? Was soll der angeklagte Prozeß gegen den Betriebsführer, wenn die Katastrophe keine Folge einer strafwürdigen Betriebsleitung gewesen sein kann nach der Unfallstatistik in dem amtlichen Bericht?!

Wir erwarten, daß die Bergbehörde und die Staatsanwaltschaft der Offenheit Hipp und Har mittel, was hinsichtlich der Untersuchung der Raddod-Katastrophe von ihnen festgestellt ist, was es mit dem Prozeß gegen den Betriebsführer und mit der ihn von vornherein freisprechenden Bekundung in dem Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für eine Bewandnis hat. Die Öffentlichkeit, insbesondere die Hinterbliebenen und die Kameraden der Katastrophopfer haben ein Recht darauf, daß nunmehr der Schleier von Raddod vollends gelüftet wird.“

Dem Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genossen Wagner, ist am Dienstag eine Anklage wegen Beleidigung des Direktors Andre von Radbod zugegangen. Sie stützt sich auf die Mitteilung, die das Blatt im Februar machte, wonach am Unglückstage einer von der Rettungsmannschaft auf Radbod folgendes Gespräch zwischen dem Bergrevierbeamten Holländer und dem Direktor Andre gehört habe: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“ — „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“ Die Verhandlung soll schon am nächsten Mittwoch stattfinden.

### Die gerächte Majestät.

Colmar (Elsass), 7. Juli.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Uch Stunden lang wurde heute vor dem hiesigen Landgericht der Majestätsbeleidigungsprozess des Genossen Partielsekretär Knaut verhandelt. Die Beweisaufnahme fand wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Um 7 Uhr abends wurde Genosse Knaut zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

### Das offiziöse Pressbureau

hat seinen Bewährten Leiter wieder. Geheimrat Dr. Hamann hat nach seiner Freisprechung sofort seine Arbeiten der Pressabteilung des auswärtigen Amtes wieder aufgenommen. Die Regierung verheißt in den nächsten Tagen eine Erklärung zu dem Hamann-Prozess. Nun wird Klotow also bald wieder eine „gute Presse“ haben. Es war die höchste Zeit, denn es muß doch jetzt für einen anständigen Kretzlog gesorgt werden.

Die Reichstagsersatzwahl für den 10. sächsischen Wahlkreis (Stolberg-Böhmisches Schneeberg) ist auf den 7. September angelegt worden.

### Gleich und gleich . . .!

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 312 vom 7. Juli abends ein Schreiben eines russischen Dumaabgeordneten, das sich gegen das russisch-englische Einvernehmen, insbesondere in ruppig-antisemitischer Weise gegen die Englandfahrt einiger Dumaabgeordneten wendet, die diesem Einvernehmen dienen sollte. Der Inhalt des Schreibens interessiert weiter nicht, um so mehr aber die Person des Schreibers. Das ist nämlich einer der Gründer des berücksichtigten Verbandes des russischen Volkes und der Präsident des gleichwertigen russischen nationalen Verbandes unter dem Namen des Erzengels Michael — der große Vladimir Purischlewitsch!

Der vom Blute wehlofer Frauen, Kinder und Greise tiefende Führer der Schwarzen Hundert hat sein Schreiben der „Kreuz-Zig.“ selbst überbracht. Die „Kreuz-Zeitung“-Redakteure haben ihn offenbar warm empfangen, da sie sein Schreiben an der Spitze ihres Blattes geben. Sie haben dem Hauptmann der schwarzen Mörder- und Räuberbande entzückt die Rechte gedrückt. Und warum auch nicht! Die „echten Russen“ und das ostelbische Junkertum gehören zusammen!

### Ohreigen und Faustschläge — militärische Scherze!

Zhorn, 6. Juli. Im November vorigen Jahres erschien in dem Königsberger sozialdemokratischen Blatte eine Aufschrift, in der die Behandlung preussischer Soldaten durch ihre niederen Vorgesetzten: Unteroffiziere, Sergeanten usw. einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Die Leute würden, so hieß es in dem Artikel, mit gemeinsten Schimpfnamen belegt, auf alle mögliche Weise geschult, geschlagen und in anderer Weise mißhandelt. Die Unteroffiziere usw. rühmten sich noch ihrer Ausschreitungen in Gesprächen untereinander usw. Schreiber bezeichnete sich als ehemaligen bayerischen Unteroffizier und bezog sich für seine Behauptungen auf eigene Wahrnehmungen, die er gelegentlich einer achtmöchigen Übung als Unteroffizier der Reserve beim Infanterieregiment Nr. 176 zu Thorn gemacht. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß tatsächlich bei der 8. Kompagnie des genannten Regiments vielfach Ausschreitungen der niederen Vorgesetzten gegen die Musketiere vorgekommen waren. Als Verfasser des erwähnten Zeitungsartikels wurde der Hotelbedient Müller aus Berlin ermittelt. Es fanden nun monatelang sehr umfangreiche Vernehmungen, auch bereits von der Truppe entlassener Leute statt und schließlich verdichtete sich die Untersuchung zur Erhebung der Anklage gegen den Feldwebel Stefanski, den Sergeanten Dahle und die Unteroffiziere Dohse, Oskar Pusch und Gustav Broblewski, alle von der 8. Kompagnie des 176. Infanterieregiments. Dieselben hatten sich nun vor dem Kriegesgericht wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener zu verantworten. Dem Feldwebel Stefanski wurden 27, dem Sergeanten Dahle 9, dem Unteroffizier Dohse 14, dem Unteroffizier Pusch 17 und dem Unteroffizier Broblewski 8 Anklagefälle zur Last gelegt. Zur Beweisaufnahme waren über 60 Zeugen geladen, darunter auch der Hotelbedient Müller aus Berlin, der sich auf Befragen des Verhandlungsleiters freimütig zur sozialdemokratischen Partei bekannte. Außerdem wurden von mehreren anderen Zeugen eithliche gemachte Aussagen verlesen. Es ergab sich, daß die Musketiere der genannten Kompagnie vielfach mit Schimpfwörtern als „infamer“, „dreißiger Lump“, „Hund“, „Rißspüße“, „Rißbauer“, „Rißschwein“ belegt worden sind. Manche Leute erhielten Ohrfeigen, Faustschläge gegen das Kinn und gegen die Brust. Andere wurden beim Appell mit einer Wuthe oder einem Protzbeutel oder einer Drillschleife ins Gesicht geschlagen. Einem Musketier wurde der Helm so kräftig auf den Kopf gesetzt, daß der Sturmschirm abriß. Ein anderer wurde ans Ohr gefaßt und zu einem Tisch herangezogen, ihm dabei zugleich eine brennende Zigarre unter die Nase gehalten. Diese und ähnliche Schurkereien wurden vom Anklagevertreter jedoch als nicht brutaler Art und auch nur als ungebührliche Scherze bezeichnet. Das Kriegesgericht nahm bei allen erzielten Anklagepunkten milder schwere Fälle und hinsichtlich der Beleidigung eine fortlaufende Handlung an und beurteilte den Feldwebel Stefanski wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung in 2 und Mißhandlung in 10 Fällen zu 14 Tagen gefängnis, den Sergeanten Dahle wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung in 2 Fällen zu 4 Tagen Mittelarrest, den Unteroffizier Dohse wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung in 2 Fällen und Mißhandlung in einem Falle zu 12 Tagen Mittelarrest, den Unteroffizier Pusch wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung in 8 und Mißhandlung in 5 Fällen zu 14 Tagen Mittelarrest und den Unteroffizier Broblewski wegen vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung in je einem Falle zu 9 Tagen Mittelarrest. Stefanski wurde in 14 Anklagepunkten freigesprochen, Dahle in 6, Dohse in 4, Pusch und Broblewski in je 2.

### Der Kinderparagraf der Einkommensteuernovelle und das Wahlrecht.

Amlich wird bekannt gegeben:

„In der Presse ist wiederholt der Annahme Ausdruck gegeben worden, die durch das Gesetz vom 20. v. Mts. erfolgte Ausdehnung des sogenannten Kinderprivilegs habe für die beteiligten Steuerpflichtigen eine Verkrüppelung des politischen Wahlrechts zur Folge. Denn die auf Grund der §§ 19 und 20 des preussischen Einkommensteuergesetzes einer großen Zahl von Steuerpflichtigen gewährten Steuerermäßigungen seien auf die Ausschließung der Wahlrechte von nicht unerheblichem Einflusse. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Es ist dabei übersehen, daß durch das Gesetz vom 20. v. M. in das Einkommensteuergesetz ein neuer § 20a eingefügt worden ist, nach welchem die in den §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes gewährten Ermäßigungen bei der Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke außer Betracht zu bleiben haben.“

Der „Vorwärts“ hat jene falsche Lesart nicht verbreitet.

## Oesterreich.

### Wahrung der Parlamentsrechte.

Wien, 7. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Immunitätsausschuß hatte für heute zwei Polizeikommissare und fünf Wachleute vorgeladen, um sie über die Verhaftung der sozialdemokratischen Abgeordneten Beer und Wuttsch zu vernehmen. Die Verhaftung war bei einer Straßendemonstration freilebender Metallarbeiter gegen Streikbrecher, an der sich die Genossen beteiligt hatten, erfolgt. In einer Zuschrift des Ministers des Innern wurde jedoch mitgeteilt, daß die Polizeiorgane nicht in der Lage seien, der Vorladung Folge zu leisten. Der Ausschuss beschloß einen energischen Protest gegen das Vorgehen des Ministers, den zum Schluß der heutigen Sitzung der Abgeordnete Dr. Slama als Obmann des Immunitätsausschusses im Hause vorbrachte. Präsident Dr. Pattai erklärte, der Minister des Innern habe sich im Gespräche mit ihm darauf berufen, daß die Protokolle über die Angelegenheit, die außerdem bereits gerichtlich anhängig sei, dem Ausschusse vorlägen. Weiter habe sich der Minister auf die Bestimmung der Geschäftsordnung berufen, wonach jeder Verkehr zwischen dem Hause oder seinen Ausschüssen und den Behörden lediglich auf dem Wege über die Zentralstellen zu erfolgen habe. Die Sozialdemokraten und die tschechisch-radikalen begleiteten die Ausführungen des Präsidenten mit ununterbrochenen Versäufungen gegen den Minister des Innern, die auch nach dem Schluß der Sitzung andauerten, bis der Minister nach geraumer Zeit die Ministerbank und den Saal verlassen hatte.

### Keine Obstruktion.

Wien, 7. Juli. Die Situation im österreichischen Parlament hat sich tatsächlich gebessert. Die Obstruktionsparteien haben mittags sich entschlossen, ihren Dringlichkeitsantrag zurückzustellen. Das Abgeordnetenhaus kann daher bereits morgen in die Beratung der Tagesordnung eintreten. Wie es heißt, hat der Ministerpräsident den Obstruktionsparteien versprochen, im Herbst eine Rekonstruktion des Kabinetts vorzunehmen.

## Italien.

### Eine stürmische Sitzung.

Rom, 7. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Kammer standen heute die Subventionen der Handelsmarine zur Beratung. Der Republikaner Colajanni warf dem Postminister Unredlichkeit vor. Der Minister gehöre als Angeklagter vor den Senat als obersten Gerichtshof. Diese Anklage hatte einen ungeheuren Tumult zur Folge. Der Präsident ordnete die Räumung der Galerien an. Da der Lärm sich nicht legte, mußte die Sitzung schließlich geschlossen werden. Die heftige Form des Angriffs hat aber die hochkritische Lage des Kabinetts, das die Vertrauensfrage gestellt hatte, eher gebessert.

### Gegen den Zaren.

Rom, 7. Juli. Die sozialistische Parteileitung beschloß in einer Vollversammlung eine Protestaktion gegen den Besuch des Zaren. Alle Sektionen werden jetzt schon aufgefordert, Einzelkundgebungen zu veranstalten. Am Tage des Besuchs des Zaren sollen große Manifestationen vor sich gehen. Zugleich wurde ein Manifest entlassen, in dem es heißt, daß der Besuch des Zaren im Gegensatz zu den Freiheitsbestrebungen des italienischen Volkes stehe. Sobald der Zar italienischen Boden betreten werde, wird ein allgemeiner Ausstand proklamiert werden.

## Persien.

### Die Vermittlung gescheitert.

London, 6. Juli. Das „Austereische Bureau“ meldet aus Teheran: Der englische und der russische Vertreter haben in einer an Sipahdar gerichteten Mitteilung diesem die Unterstützung zweier seiner Forderungen, nämlich der Entlassung der Reaktionsäre in der Umgebung des Schahs und der Ernennung neuer Minister, zugesagt. Die „Daily Telegraph“ hierzu erzählt, lehnte Sipahdar in seiner Antwort jedes Kompromiß ab und betonte die feste Absicht, gegen Teheran vorzurücken.

### Eine Niederlage der Kosaken.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Nach Telegrammen, die der Pforte aus Teheran zugegangen sind, haben die persischen Kosaken unter Diachow in einem Gefecht mit 6000 Wachtbaren, die auf Teheran marschieren, eine Niederlage erlitten.

## Amerika.

### Der Zolltarif angenommen.

Washington, 6. Juli. Die Tarifbill ist formell im Senat eingebracht und vom ganzen Hause in der Eigenschaft als Kommission angenommen worden.

## Aus der Partei.

### Aus Webers Salzburger Zeit.

Das Organ der Genossen von Salzburg, die „Salzburger Wacht“, feierte am 1. Juli sein zehnjähriges Jubiläum. Die Jubiläumnummer enthielt neben manchen anderen interessanten Beiträgen folgenden Brief des Genossen Weber:

Werter Genosse!

Die „Salzburger Wacht“ feiert am 1. Juli ihr zehnjähriges Bestehen. Diese Nachricht hat mein besonderes Interesse erregt. An Salzburg, das heute ein fester Sitz der österreichischen Sozialdemokratie ist, die dort bei den Landtagswahlen in einer mich höchlich überraschenden Weise den Sieg davontug, knüpfen sich für mich allerlei Erinnerungen.

Es waren im Februar dieses Jahres fünfzig Jahre, wo ich als Handwerksbursche per pedes apostolorum in Salzburg einrückte und Arbeit fand. Freilich, per pedes apostolorum einzurücken, war damals etwas; keine Eisenbahn führte nach Salzburg und Equipagen können sich damals nicht halten. Genossen gab es in dem nun leinbürgerlichen Städtchen jener Zeit auch nicht, war ich doch selber auch keiner. Der Name Sozialdemokrat, hätte ich ihn gehört, wäre mir ein böhmisches Dorf gewesen, ja, ich glaube, es gab damals in ganz Salzburg niemand, der wußte, was ein Sozialdemokrat sei.

Dagegen bestand bereits ein katholischer Gesellenverein, der wohl auch heute noch existiert. Und da ich nach geistiger Anregung lechzte, konnte sie woher sie wolle, und einen Ort suchte, an dem ich die Abende in gleichartiger Gesellschaft ohne Zwang zum Alkoholgenuss zubringen konnte, wurde ich, der Atheist, Mitglied des Vereins. Ich habe manche vergnügliche Stunde darin verlebt und mit seinem damaligen Präses, Professor Dr. Schöpf, stand ich auf dem besten Fuße.

Belamlich brachte der Sommer 1859 den großitalienischen Krieg. Mein aus Abenteuerlust wäre ich als Freiwilliger bei den Tiroler Jägern eingetreten. Hätten diese nicht erklärt, einen „Freiken“ nicht brauchen zu können. Das war jedenfalls für mich ein Glück, denn bei meiner Draufgängerart hätte mir der Krieg in Südtirol eine italienische oder französische Kugel einbringen können und aus mir's gewesen für immer.

So bin ich mir selbst und der Bewegung erhalten worden, nicht aus eigenem Willen.

Frühjahr 1860 ergriff ich den Wanderstab und wanderte nach Deutschland zurück. Dort setzte bald darauf die moderne Arbeiterbewegung in stürmlichem Tempo ein. Sechs Jahre später, nach der Niederlage von Königgrätz, begann sie auch in Oesterreich. Wien brannte lichterloh. Von dort verbreitete sich das Feuer nach allen Industriebezirken Oesterreichs. Spät, aber nicht zu spät, ergriff es auch das früher wirtschastlich so rückständige Salzburg mit einer Wirkung, die wohl nicht viele erwartet hatten.

Nun, die „Salzburger Wacht“ hat durch ihre zehnjährige Tätigkeit diese Erfolge vorbereitet. Arbeitete sie weiter wie bisher, trage sie das Banner des Sozialismus immer tiefer in die Reihen unserer Gegner und werde sie die Mitbegründerin einer neuen, besseren Zeit, in der alle sich frei fühlen und die Früchte ihrer Arbeit ungehindert genießen können.

## Soziales.

### Straßberger Stadtverordnetenwahlen.

Um die Beseitigung eines geschwundenen Zustandes in der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung handelte es sich im letzten Grunde bei einem Verwaltungsstreitverfahren, das kürzlich in letzter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht erledigt wurde. Entgegen den Bestimmungen der Städteordnung (§ 18) wählt in Straßberg seit 30 Jahren nicht jede Abteilung ein Drittel der Stadtverordneten. In dieser Zeit sind von den 24 Mitgliedern der Versammlung 9 von der ersten und 9 von der dritten Abteilung sowie nur 6 von der zweiten Abteilung gewählt worden. Demgemäß wurden jedesmal von der ersten und dritten Abteilung je 8 und von der zweiten Abteilung 2 Mitglieder bei der regelmäßigen Ergänzung der Versammlung ausgeschieden und durch Neuwahlen ersetzt. Bei den Ergänzungswahlen am 11. November 1907 ist infoweit eine Aenderung eingetreten, als nach Anordnung des Magistrats die dritte Abteilung diesmal nur zwei Mitglieder wählte, während von der ersten und zweiten Abteilung je drei gewählt wurden. Nunmehr bestand die Stadtverordnetenversammlung aus 9 Mitgliedern der ersten Abteilung, 7 Mitgliedern der zweiten Abteilung und 8 Mitgliedern der dritten Abteilung. Die Fabrikanten Münch und Lachow erhoben nach vergeblichem Einspruch die Klage gegen die Stadtverordnetenversammlung, welche nach einigem Hören und Hin- und Herbewandern die Wahlen für gültig erklärt hatte. Der Antrag der Kläger ging dahin, die Wahlen der ersten und zweiten Abteilung für ungültig zu erklären und anzuordnen, daß die erste Abteilung zwei und die dritte Abteilung vier Mitglieder zu wählen habe. Die Klage wurde damit begründet, daß bei der Verteilung der Wahlen über die Abteilungen darauf hätte Rücksicht genommen werden müssen, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Stadtverordneten komme. Dem werde genügt, wenn so verfahren werde, wie es die Kläger verlangten.

Der Bezirksausschuß gab der Klage dahin statt, daß die sechs Wahlen der ersten und zweiten Abteilung (Angermann, Heymann, Penger, Boden, Rabler und Klöpfer) für ungültig erklärt wurden. Der weitergehende Antrag, bestimmte Anordnungen für die Wahl zu treffen, mußte zurückgewiesen werden, weil dafür das Verwaltungsstreitverfahren nicht gegeben ist. Im übrigen aber folgte der Bezirksausschuß den entsprechenden Erwägungen der Kläger, indem er annahm, daß in dem Sinne hätte verfahren werden müssen, um den geschwundenen Zustand zu beseitigen und um herbeizuführen, daß je acht Mitglieder auf die erste, zweite und dritte Abteilung entfielen. Da durch die Wahlen vom 11. November 1907 die erste Abteilung neun Mitglieder und die zweite Abteilung nur sieben Mitglieder erhielt, so seien die angefochtenen Wahlen der ersten und zweiten Abteilung ungültig.

Ueber die Berufung der Stadtverordnetenversammlung hatte der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts zu entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung war durch Rechtsanwalt Görres, die Kläger durch Justizrat Casel vertreten. Der Streit drehte sich darum, ob man nach und nach, wie es beabsichtigt war, oder mit einem Male den geschwundenen Zustand herbeizuführen mußte, und welche Bedeutung in dem Streitfall der Bestimmung der Städteordnung zukomme, wonach die Wahlen von denselben Abteilungen vorzunehmen sind, von denen die Ausschiedenen gewählt waren. (§ 21.)

Das Oberverwaltungsgericht änderte das Urteil des Bezirksausschusses dahin ab, daß nur die Wahlen der ersten Abteilung (Menger, Heymann, Angermann) ungültig, die der zweiten Abteilung aber gültig seien. Begründend wurde ausgeführt: Der in Straßberg bestehende, oben näher gekennzeichnete ungesetzhafte Zustand hätte beseitigt werden müssen. Wenn der Magistrat bei der Wahl von 1907 bei Verteilung der Wahlen über die Abteilungen dem gesetzlichen Zustande (wie geschehen) erst einen Schritt näherkommen und 1909 ihn erst ganz erreichen wollte, so sei das der falsche Weg gewesen. Er hätte vielmehr die Mittel wählen müssen, die erforderlich waren, um sofort einen ordnungsmäßigen Zustand herzustellen. Er hätte demgemäß anordnen müssen, daß in der ersten und dritten Abteilung je zwei Stadtverordnete und in der zweiten Abteilung vier zu wählen seien. Die Bestimmung, daß Ergänzungs- oder Ersatzwahlen von denselben Abteilungen vorgenommen werden, von denen die Ausschiedenen gewählt waren, siehe dem nicht entgegen, denn sie habe gesetzmäßige Wahlen zur Voraussetzung. Uebrigens habe die Novelle vom 1. März 1901 in § 14 einen Fingerzeig gegeben, in dem ausdrücklich auf das Mittel verwiesen werde, daß der Magistrat Anordnungen treffen könne. Wenn sich das direkt auch nur auf die selben Abteilungen vorgenommen werden, von denen die Ausschiedenen übertragen werden. Der Senat erachte nun die Wahlen in der ersten Abteilung für ungültig, weil durch sie ein Stadtverordneter mehr, als auf die erste Abteilung entfallen dürfte (nämlich neun statt acht), hineingekommen sei. Anders sei es mit der Zahl der Gewählten der zweiten Abteilung. Hier sei nach der Wahl von 1907 ein Stadtverordneter zu wenig gewesen (sieben statt acht). Deshalb brauchten die Wahlen der zweiten Abteilung nicht für ungültig erklärt werden. Hier würde ja eine Nachwahl genügen.

## Aus der frauenbewegung.

### Dienstbotenschutz.

Der „Große Rat“ von Basel veröffentlicht folgende neue Bestimmung betreffend gesetzliche Ruhezeit der häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten: „Den häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten sind jede Woche an einem Ruhetage zwischen 7 Uhr morgens und 9 Uhr abends wenigstens 6 Stunden, wovon mindestens 4 Stunden ununterbrochen, freizugeben. Auf Grund einer schriftlichen Vereinbarung, die den Vorbehalt enthält, daß bei Verwendung des Dienstbotens kein festgesetzter Freizeit dem Dienstboten wie Werktagarbeit in bar zu entschädigen ist, kann dem Dienstboten höchstens die Hälfte der innerhalb einer Periode von längstens 26 Wochen ihm zukommenden Freizeiten als ununterbrochene Freizeit eingeräumt werden.“

### Lesabende.

Marlenhof, Freitag, den 9. Juli, 8 Uhr, bei Adenhausen. Chauffee-straße 37, Vortrag: Genosse Unger.

# Gewerkchaftliches.

## Reichsvereinsgesetz und Gewerkschaften.

Waldburg i. Schl., 7. Juli. (Privatbesuche des „Vorwärts“) Gestern wurde der Vertrauensmann der Zahlstelle Waldburg vom Bergarbeiterverband, namens Friedrich Bergemann, von dem Gottesberger Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er jugendliche Bergarbeiter, das heißt solche unter 18 Jahren, in den Bergarbeiterverband als Mitglieder aufgenommen hat. Dem Einwand des Angeklagten, daß der Bergarbeiterverband keine politische Organisation sei, nur rein wirtschaftliche Zwecke verfolge, insoweit jugendliche Bergarbeiter aufgenommen werden könnten, wurde in der Urteilsbegründung entgegengehalten, daß, da der Verband „einen Druck auf die Gesetzgebung“ (?) ausübt, was eine politische Handlung darstelle, jugendliche Arbeiter deswegen nicht aufgenommen werden dürften. Weil dieses durch den Angeklagten dennoch geschehen, müsse er bestraft werden.

Dieses Urteil schlägt allen Zusicherungen und Versprechungen ins Gesicht, die gelegentlich der Beratungen des Reichsvereinsgesetzes im Reichstage über die Behandlung der Gewerkschaften gemacht worden sind. Zudem ist die Feststellung, daß der Bergarbeiterverband „einen Druck auf die Gesetzgebung ausübt“, eine vage Annahme des Schöffengerichts in Gottesberg, die durch nichts bewiesen ist und durch nichts bewiesen werden kann. Seine Konstitution befähigt den Bergarbeiterverband von vornherein gar nicht dazu, einen „Druck auf die Gesetzgebung“ auszuüben. Wenn im Verband Verfassungsangelegenheiten und aus diesem Anlaß auch die einschlägige Gesetzgebung erörtert werden, so ist dies das gute Recht des Bergarbeiterverbandes wie aller anderen Gewerkschaftsorganisationen überhaupt. Ein politischer Verein muß aber auf die Gestaltung politischer Angelegenheiten einwirken wollen. Das Urteil in Gottesberg scheint die „Erörterung“ politischer Angelegenheiten und die „Einwirkung“ auf dieselben nicht auseinandergehalten oder sich die Feststellung der „Einwirkung“ sehr leicht gemacht zu haben. Für die Gewerkschaften besteht jedenfalls keine Veranlassung, eine solche für die moderne Justiz sehr bequeme, für den gewerkschaftlichen Kampf sehr unbequeme Auslegung des Reichsvereinsgesetzes widerstandslos über sich ergehen zu lassen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Lohnbewegung der Staker.

Die Arbeitgeber im Stakergewerbe haben es sich nicht für nötig erachtet, über den eingereichten Tarifvertragsentwurf zu verhandeln. Wie Rosal am Dienstag in der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Staker berichtet, ist auf die Forderungen, die dem Herrn zugesandt wurden, der bei den Verhandlungen im vorigen Jahre als die leitende Person der Unternehmer erschien, keinerlei Antwort eingegangen. Da also auf diesem Wege nichts zu erreichen war, empfahl die Lohnkommission der Versammlung, zu beschließen, daß die Forderungen nun den einzelnen Firmen von den Vertrauensmännern vorgelegt werden, und daß, wo sie nicht anerkannt werden, die Arbeit niedergulegen ist, die betreffenden Bauten gesperrt werden. Es soll jedoch bei der ganzen Bewegung mit ruhiger Ueberlegung vorgegangen werden und in der Weise, wie es der Umstand, daß die Unternehmer des Stakergewerbes noch unorganisiert sind, mit sich bringt. — In der lebhaften Debatte, die dem Bericht folgte, sprachen sich einige Redner dafür aus, den Lohnkampf gleich auf der ganzen Linie zu eröffnen. Die Versammlung entschied sich jedoch für die von der Lohnkommission vorgeschlagene Kampfweise. Es wurden sodann die Firmen bestimmt, denen gleich am anderen Tage die Forderungen zur Anerkennung vorgelegt werden sollten, was nun auch gestern bereits geschehen ist.

#### Affordariat und Subunternehmerfrage im Fliesenlegerberuf.

Die Stellungnahme zu dieser Frage, die am letzten Freitag in der öffentlichen Fliesenlegerversammlung nach längerer Erörterung verhandelt wurde, hatte am Dienstag die Fliesenleger Berlin zu einer neuen öffentlichen Versammlung im „Neuen Klubhaus“ zusammengeführt. Baldheim, aus dessen Referat vom Freitag der „Vorwärts“ in Nr. 153 das Wesentlichste wiedergab, eröffnete die Diskussion. Die Debatte gestaltete sich wieder sehr lebhaft. Während eine Anzahl Redner die von den Vorständen vorgelegte Resolution empfahlen, traten andere dafür ein, daß beschlossen werde, von einem bestimmten Zeitpunkt ab überhaupt nicht mehr bei Subunternehmern zu arbeiten.

Unter Ablehnung des anderen Vorschlags wurde die Resolution der Vorstände mit einer Abänderung mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution verweist auf das Ueberhandnehmen der Subunternehmer, die jetzt die Arbeiter der großen Tariffirmen zum weitestgehenden Teil übernehmen und fährt dann fort:

„Die Herstellungspreise, welche die Subunternehmer erhalten, stehen in keinem Verhältnis zu denen, die im Tarif festgelegt sind. Selbst die Hilfsarbeiter sind davon noch zu entschließen. Das hat zur Folge, daß mittels Föhlung von Maschinen, Antreiber und indirekter Lohnregelung die Arbeitskräfte der Leger und Hilfsarbeiter aufs äußerste ausgenutzt werden. In dieser Methode erblickt die Versammlung eine große Gefahr für den ganzen Beruf und eine schädigende Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Die Versammlung konstatiert weiter, daß die Arbeitsübergebung seitens der Tarifgesellschaften an Subunternehmer, ohne daß man sich an die Bestimmungen des Tarifs hält, eine Umgehung des Tarifs mit eigennütigen Absichten bedeutet. Es wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, von den Subunternehmern die Entlohnung nach dem Affordariat zu verlangen, und zwar ist über die einschlägigen Maßnahmen mit den Organisationsvorständen zu verhandeln. Die Versammlung verpflichtet zugleich die Organisationsvorstände, das in der geeigneten Richtung gehende Bestreben der Kollegen zu unterstützen. — Die Versammlung ist fest davon überzeugt, daß nur dann wieder eine Besserung im Beruf eintritt, wenn das schädliche und vollständig überflüssige Subunternehmertum beseitigt ist.“

Die Versammlung beschloß, daß alle Meldungen von den Mitgliedern sämtlicher beteiligten Organisationen an eine bestimmte Person zu richten sind. Dazu wurde Baldheim bestimmt, der bei Meldungen zur Erledigung der Sache die Vorstände der Organisationen heranzieht. Baldheim wohnt in Schöneberg, Reininger Straße 8.

### Deutsches Reich.

#### Der Verband der Gutmaacher

hatte bei einer Zunahme von 313 Mitgliedern im Jahre 1908 ein günstigeres Ergebnis im organisatorischen Fortschritt zu verzeichnen als im Vorjahre, das einen Zuwachs von nur 87 Mitgliedern brachte. Den Hauptanteil an dieser Ziffer haben die weiblichen Mitglieder mit 271, die überhaupt mit ihren 2371 Mitgliedern ein großes Kontingent der Gesamtmitgliedszahl im Verbande stellen, die am Jahreschlusse 7206 betrug.

Die Krise hat auch diesem Verbands die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erschwert; weitere Kreise um-

fassende Lohnbewegungen konnten nicht unternommen werden, die Bewegungen haben nur einem kleinen Teile der Mitglieder Erleichterung gebracht. — Durch die Lohnbewegungen wurde für 402 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 1543 Stunden und für 308 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 747 M. pro Woche erreicht, ferner für 626 Personen sonstige kleine Arbeitsvergünstigungen; abgewehrt wurde eine Verkürzung des Verdienstes für 42 Personen um 175 M. pro Woche und für 16 Beteiligte sonstiges. Für Streikende wurden 4082 M., für Gemahrgeld 2064 M. verausgabt. — Von den Gesamtannahmen des Verbandes und seiner Unterstützungen sind 76 Proz. den Mitgliedern in Form von Unterstützungen wieder zugeflossen. Einer Einnahme von 127 000 M. steht eine Ausgabe von 124 000 M. gegenüber. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug bei einer Zunahme von rund 3000 M. insgesamt 172 300 M. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung stieg von 52 000 M. im Jahre 1907 auf 73 200 M. im Berichtsjahre. Die Invalidenliste, die 61 invalide Berufsgenossen zu unterstützen hat, darunter einen schon seit 1886, verzeichnete aus Beiträgen 7050 M. und verausgabte an Unterhaltungen 9482 M. Zu den Einnahmen kommen noch 1410 M. Zinsen und 1000 M. aus der Zentralkasse, so daß Einnahmen und Ausgaben sich die Wage halten und der 43 500 M. betragende Kassenbestand der gleiche ist wie im Vorjahre. Die Krankenzusufolge hatte bei 33 700 M. Nettoeinnahmen 32 600 M. Ausgaben und einen Bestand von 27 600 M. Die Frauenstrebwerke hatte bei 4305 M. Einnahmen 1329 M. Ausgaben und einen Kassenbestand von 33 753 M.

Der Vorstand appelliert zum Schlusse seines Berichtes an die Mitglieder, eine rege Aktion für den Verband zu entfalten, um den wirtschaftlichen Aufschwung, der anscheinend jetzt im Gewerbe eintritt, zur Verbesserung und Regelung der Arbeitsbedingungen ausnützen zu können.

### Die Arbeitswilligen in Kiel.

wurden täglich leder; sie fühlen sich als die Herren der Situation. Dienstag nachmittags holten Arbeitswillige im Hinterhause der Ruhlsstraße 91 die Kofeltkabel ab. Dabei mußten sie vor der offenstehenden Küche in der Arbeiterwohnung vorbeigehen. Ein Arbeitswilliger belästigte die in der Küche anwesende Frau; diese verbot sich dies und ließ den Namen „Streikbrecher“ fallen. Als der Arbeitswillige noch nicht ging, kam auch der Mann hinzu und stellte den Arbeitswilligen zur Rede, dabei gleichfalls das Wort „Streikbrecher“ gebrauchend.

Jetzt rief der Arbeitswillige seine Kollegen herbei; diese und der die Abfuhrwagen begleitende Schuhmann von der städtischen Polizei brachen nunmehr gewaltsam in die inzwischen verschlossene Wohnung ein, und der Schuhmann schlug auf den Inhaber der Wohnung mit der blanken Waffe ein. Als die Frau ihrem Mann zur Hilfe kommen wollte, fielen die Arbeitswilligen über sie her und bearbeiteten sie mit Häufen und Stiefeln, so daß sie ohnmächtig wurde. Als sie wieder zu sich kam, nahm sie ihr sechs Monate altes Kind auf den Arm und wollte nach ihrem Ranne sehen, der aus der Wohnung verschunden war. Dieser war draußen mit den Arbeitswilligen ins Handgemeine gekommen; bei dieser Gelegenheit stieß der Schuhmann dem Kind vor die Brust, so daß es hinten überschlug und nur noch an den Füßen von der Frau gehalten wurde. Der Mann wurde dann in den sinkenden Abfuhrwagen gesperrt und zur Polizeiwache gefahren, wo er festgehalten wurde. Später wurde auch die Frau verhaftet, eine halbe Stunde in Haft gehalten und dann wieder entlassen. Ueber solche Fälle meldet die bürgerliche Presse nichts!

Im Hamburger Bauarbeiterstreik hat sich das Einigungsamt des Hamburger Gewerbegerichts zur Vermittlung bereit erklärt. Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter haben bereits ihre Zustimmung zu den Verhandlungen gegeben.

### Streik.

Riffingen. Wegen Lohnforderungen sind die Damenschneider und Schneiderinnen in den Streik eingetreten.

Im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen stehen große und schwere wirtschaftliche Kämpfe bevor. Der Arbeitgeberverband der Hafengebiete hat die Kollektivarbeitsverträge der Kranenführer, Elevatorführer, Silomachinisten und Stützgutarbeiter gekündigt. Auch der für die Mannheimer Reederei gültige Schiffsahrttarif wurde vom Arbeitgeberverband gekündigt. Diese Verträge sind nun mit dem 30. Juni abgelaufen. Zweck der Kündigung ist, die bisher in den Hafengebieten gezahlten Wochen- und Tageslöhne in Stundenlöhne umzuwandeln, um dabei die Löhne zu reduzieren. In der Schiffsahrt sollen die Wochenlöhne zwar bestehen bleiben, jedoch um 2 bis 3 Mark pro Woche vermindert werden. Der Ablauftermin der neu abzuschließenden Verträge soll aber auf die ungünstige Zeit, auf den 1. Februar 1911, verlegt werden. Der Arbeitgeberverband der Hafengebiete, der sämtliche Branchen im Hafen umfaßt, ist anscheinend entschlossen, mit der größten Energie gegen die Arbeiterverbände vorzugehen. Beweis dafür ist, daß er es abgelehnt hat, Verhandlungen unter der unparteiischen Leitung des Gewerbegerichts vorstehenden zu pflegen. Wie vorausgesehen, verliefen infolgedessen die zwischen den in Betracht kommenden Verbänden der Maschinenisten und Heizer, sowie der Hafenarbeiter mit dem Arbeitgeberverband direkt gepflogenen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen bis jetzt resultatlos. Die Lage ist infolgedessen sehr ernst. In Betracht kommen in der Schiffsahrt bis jetzt rund 300 Maschinenisten und Heizer, ferner 400 Hafenarbeiter.

### Immer wieder Vertragsbrüche der Unternehmer.

Die ausgesperrten Maurer, Erd- und Bauhilfsarbeiter in Saarbrücken sind zum großen Teil abgereist und haben auswärts Arbeit gefunden, so auch in Elsfah-Lohringen. In der „Straßburger Holz- und Bauzeitung“ fordert nun der Vorstand des Landesverbandes des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Elsfah-Lohringen seine Mitglieder auf:

„Keinen der von dem Arbeitgeberverband des Saargebietes ausgesperrten Arbeiter einzustellen, oder, falls dies versehentlich schon geschehen, sie sofort wieder zu entlassen.“

Die Bekanntmachung beginnt mit den Worten: „Wie Ihnen aus der übersandten Streikliste bekannt, haben die Maurer, Erd- und Bauhilfsarbeiter im Saargebiet (Saarbrücken und Umgegend) von dem dortigen Arbeitgeberverband ausgesperrt werden müssen.“

Rüssen ist übrigens gut. Erst werden die Arbeiter ausgesperrt, und dann werden sie durch schwarze Listen behindert, anderwärts Arbeit zu erhalten. Mit dieser Art des Kampfes begeben aber die Unternehmer einen eskalanten Vertragsbruch. In § 10 des allgemeinen Musterstatutes im Baugewerbe, der auch für einige Städte Elsfah-Lohringen gilt, heißt es:

„Die Einstellung der Arbeiter liegt im freien Ermessen des Arbeitgebers. Also niemand, auch nicht die Organisation beiderseits, darf einen Druck auf den Arbeitgeber bei Einstellen der Arbeiter ausüben.“

Das bestätigt auch das Gewerbegericht München, indem es in einer Entscheidung über den § 10 u. a. sagt:

„So wie der Sach steht, läßt er keinen Zweifel zu, daß überhaupt jeder Zwang einer der beiderseitigen Koalitionen auf den Arbeitgeber bei der Uebersetzung seiner Arbeiter unzulässig sein soll. Es wäre in der Tat auch nicht einzusehen, warum nur ein Teil des Zwangs hierbei verzichtet solle, wenn der andere Teil dieses Recht unbedenklich für sich beansprucht.“

Wenn die Unternehmer in Elsfah-Lohringen ihren Unwillen nicht zurückziehen, kann es zu ernstlichen Differenzen kommen, da der Vorstand des Landesverbandes der Zentralverbände der Maurer

Deutschlands die Sperte über alle Unternehmer verhängen will, die der Aufforderung der Unternehmerorganisation Folge leisten.

# Verfammlungen.

Die Arbeitsverhältnisse der Kesselschmiede, Rieter und Stemmer, sowie auch die sanitären Einrichtungen, oder vielmehr der Mangel an solchen, in den Betrieben beschäftigten am Sonntag eine allgemeine Versammlung dieser Berufsgruppen, die, einberufen vom Metallarbeiter- und vom Schmiedeverband, im Gewerkschaftshause tagte. Die einleitenden Ausführungen des Referenten Sieting wie die der Diskussionsredner ergaben, daß sowohl in den Kesselschmieden wie in den Eisenkonstruktionswerkstätten Zustände und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, die eine öffentliche Besprechung schon lange notwendig machten. In den Kesselschmieden besteht im allgemeinen die neunstündige Arbeitszeit, teilweise auch, wie bei Vörsig in Regal, die achtstündige; es gibt jedoch auch noch Kesselschmieden, namentlich kleinere Betriebe, wo zehn Stunden täglich gearbeitet wird. Und doch ist die Arbeit dermaßen anstrengend und gesundheitsschädlich, daß der Organismus der Arbeiter wahrhaftig bis 8 Stunden täglich schon allzu früh gerüttelt wird. Der Verdienst, der erzielt wird, erscheint im Verhältnis zu den Löhnen anderer Gruppen von Arbeitern halbwegs annehmbar, wenigstens in größeren Betrieben. Es liegt jedoch gar kein Grund vor, von den scheinbar guten, in Afford verdienten Löhnen der Stemmer, wenn sie wirklich hier und da einmal 1 M. die Stunde ausmachen, viel Geschrei zu machen; denn die Tätigkeit ist so aufreibend, daß eine ganz besonders kräftige Nahrung notwendig ist, wenn der Kesselschmied, Rieter oder Stemmer sich eine Reihe von Jahren für seinen Beruf arbeitsfähig erhalten will. Als eine besonders schädliche Arbeitsmethode ist die mit dem Revolver anzusehen. Durch diesen Revolver wird das Gedröhn und Getöse, das der Arbeiter ertragen muß, ungeheuer verstärkt. Bei Schwarzkopff in Wildau wird der Revolver nur dann angewandt, wenn man auf andere Weise nicht gut am Riet herankommen kann, während man bei Vörsig in Regal täglich damit arbeitet. Uebrigens ist man über die Rentabilität dieses inermittlich löschspieligen maschinellen Werkzeuges geteilter Meinung, wenn dadurch auch an Arbeitskräften gespart wird. Ein Diskussionsredner, der in einer Eisenkonstruktionswerkstätte tätig ist, berichtete, daß zum Beispiel beim Brückenbau viele der mit dem Revolver bearbeiteten Riete nicht die nötige Haltbarkeit zeigen, so daß sie nachgearbeitet werden müssen, und daß, auch nach Meinung der Ingenieure, der Revolverbetrieb teurer kommt als der Handbetrieb. Ueber die Verhältnisse in der Kesselschmiede bei Vörsig wurde auch in anderer Hinsicht wieder bitter geklagt. Man behauptete in der Diskussion, daß die Verhältnisse sich nicht gebessert hätten, und daß der vor einigen Wochen geführte Kampf bei Vörsig zu früh abgebrochen worden sei. — Die Besprechung dieser Angelegenheit gehörte jedoch nicht zur Tagesordnung der Versammlung. — Ferner wurden die Zustände bei der Firma Schwarzkopff besonders scharf verurteilt. Ihren Betrieb in Wildau nennt man in der Arbeiterschaft ironisch die „Lungenheilstätte“, weil er fast das Gegenteil einer Heilstätte ist. Obwohl es dort, in der Gegend von Zeuthen, wahrhaft nicht an frischer Luft fehlt, soll es mit der Luft im Betriebe wie mit den übrigen Arbeitsverhältnissen und sanitären Zuständen so schlecht bestellt sein, daß die Gesundheit der Arbeiter gleichsam systematisch untergraben wird. Ueber die Firma Orenstein & Koppel wurde in der Versammlung gesagt, daß der Direktor auf das Verlangen der Kesselschmiede nach besseren, verschleißbaren Garderobeschränken und nach anständigen Wascheinrichtungen geantwortet habe, die Leute seien viel zu roh um ihnen gute Sachen hinzustellen, und sie seien bestenfalls gar nicht würdig. Dem Mann muß offenbar die Achtung vor der Arbeiterschaft noch erst beigebracht werden. — Die Zustände in den Eisenkonstruktionswerkstätten sind nicht besser als in der Kesselschmiede. Zwar haben die Rieter dort nicht im selben Maße unter furchtbarem Getöse zu leiden, aber andererseits herrscht in den Eisenkonstruktionswerkstätten noch allgemein die zehnstündige Arbeitszeit, und die Arbeit selbst ist nicht minder anstrengend, die Lohnverhältnisse sind nicht besser. Als ein besonderer Uebelstand wurde erwähnt, daß bei der Firma Vreest u. Co. die Eisenteile feilsch mit Wenzig geschrien zur Vermietung kommen, wodurch sich ein solcher Dunst entwickelt, daß selbst die abgehärtetsten Atmungsorgane es nicht zu ertragen vermögen. — Die Organisationsverhältnisse sind sowohl in den Kesselschmieden wie bei den Rietern der Eisenkonstruktionswerkstätten ziemlich gut. Auch ist in diesen Berufen selbst in der Zeit der Wirtschaftskrise das Angebot von Arbeitskräften keineswegs übermäßig stark. Um so mehr liegt es in der Macht der Arbeiter, unerträgliche Arbeitsverhältnisse und Mißstände zu beseitigen. — Die Versammlung war leider nicht so zahlreich besucht, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert hätte. Das ausnahmsweise schöne Sonntagswetter hatte offenbar einen großen Teil der wochenlang vom Dienst und Lärm der Werkstatt geplagten Arbeiter verlockt, schon frühzeitig im Freien Ruhe und Erholung zu suchen. Die Besprechung soll deshalb zu gelegener Zeit in einer neuen Versammlung fortgesetzt werden.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zum Tode verurteilt.

Hamburg, 7. Juli. (W. T. B.) Das Schwurgericht verurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung den Korbmachergesellen Rochriewski, der die mit ihm in wilder Ehe lebende Schwestern Fischer am 11. Mai durch 14 Messerstiche getötet hatte, zum Tode.

### Sommerbergnügen.

Jandbrud, 7. Juli. (W. T. B.) In der Station Jenbach ist abends der Personenzug Nr. 29 infolge schlechten Funktionierens einer Weiche entgleist. Angeblich sollen nur vier Personen verletzt worden sein. Von Jandbrud ist ein Hilfszug nach der Unfallstelle abgegangen.

### Nationalitäten-Org.

Soloniki, 7. Juli. (W. T. B.) Aus Drama laufen schlimme Nachrichten ein. Man befürchtet dort blutige Zwischenfälle, da die mohammedanische Bevölkerung mittels öffentlichen Aufrufs sämtliche Nationalitäten zur Vogeltötung der Griechen aufgefordert hat.

### Sie haben ihn — noch.

Soloniki, 7. Juli. (W. T. B.) Die im Ausland verbreiteten Gerüchte von einem Mordversuch Abdul Hamids werden amtlich als Erfindung bezeichnet.

### Es wird weiter geköpft.

Konstantinopel, 7. Juli. (W. T. B.) Der Dervisch Wahdett, Gründer der mohammedanischen „Union“ und Herausgeber der Zeitung „Sultan“ ist vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden; das gleiche Schicksal hat angeblich auch den früheren Generalgouverneur von Erzerum, Jusuf, getroffen.

### Revolution.

New York, 7. Juli. (W. T. B.) Auf deutsch-amerikanischem Kabel Nachrichten aus Kolumbien besagen, daß die in Kolumbien ausgebrochene Revolution einen Zusammenschluß aller politischen Parteien gegen die Regierung des zurzeit in London weilenden Präsidenten Reyes bedeute. Die kolumbianischen haben die Orte Betanquilla und Savadilla, die nur geringen Widerstand leisteten, erobert und sollen auch Santa Marta eingenommen haben. In Kolumbien ist eine Depeschenagentur von der Regierung eingeführt; ein amerikanisches Kanonenboot wird erwartet.

Reichstag.

277. Sitzung vom Mittwoch, den 7. Juli, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg, v. Rheinbaben, Sydow, Delbrück.

Ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark betreffend den gegenseitigen Schutz der Ruster und Robelle wird in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou; danach dürfen Aktien und Interimsscheine von Aktiengesellschaften auf weniger als 1000, doch nicht weniger als 200 M. oder auf einen entsprechenden Betrag in einer anderen Währung ausgestellt werden.

Abg. Kirch (Z.) äußert Bedenken gegen das Gesetz. Abg. Dr. Semler (nail.) begrüßt den Entwurf, da er die Gründung von Aktiengesellschaften erleichtern werde, was gegenüber der englischen Konkurrenz wünschenswert sei.

Abg. Krenndt (Rp.) beantragt die Ueberweisung des Entwurfs an die Budgetkommission.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf geht an die Budgetkommission.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Venezuela.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es muß ausdrücklich betont werden, daß ein solcher Vertrag nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiter geschlossen wird. Der Reichstag hat sich am 31. März für die Aufhebung des Zwanges der

Legitimationskarten für ausländische Arbeiter

angegprochen. Unternehmern und Kaufleuten mutet niemand eine solche Aufenthaltbeschränkung zu, Arbeiter aber sollen gezwungen sein, 2 M. für die Legitimationskarte zu zahlen! Wenn in Artikel 1 dieses Handelsvertrages das Recht der Weisbegünstigung auch bezüglich des Handelsbetriebes und der Ausübung von Industrien zugesichert wird, so beweist das, daß auch Arbeiter gemeint sein müssen, denn ein Handelsbetrieb und die Ausübung von Industrie ist ohne Arbeiter gar nicht denkbar. Es muß nun geradezu als ungeheuerlich bezeichnet werden, wenn ein Vertreter der preussischen Regierung im preussischen Abgeordnetenhaus behauptete, Arbeiter seien in den Handelsverträgen nicht gemeint, von ihnen sei in den Handelsverträgen nicht die Rede! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Staatsverträge geschlossen werden, soll das also die Arbeiter nichts angehen? Wegen einer derartigen Ausübung von Verträgen sollten Sie einmütig ohne Unterschied der Partei Protest erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch deswegen nötig, weil infolge des von Preußen ausgeübten Vertragsbruchs Desterreich, die Schweiz und Italien mit aller Entschiedenheit dagegen auftraten. Nach der preussischen Auslegung würde folgen, daß auch die deutschen Arbeiter kein Recht haben, sich in anderen Ländern niederzulassen, daß den Schutz des Deutschen Reiches vielmehr nur Kaufleute oder Unternehmer genießen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Niemand hat früher im Deutschen Reich eine solche Fülle von Ungerechtigkeiten zum Durchbruch kommen sehen, wie durch diesen Vertragsbruch gegen die Arbeiter und in der Auslegung durch Preußen, wonach der Arbeiter kein Reichsbürger ist, sondern gewissermaßen ein Stück Vieh, denn nichts anderes heißt es, wenn in Preußen erklärt wird: auf Arbeiter beziehen sich die Handelsverträge nicht, für Arbeiter werden Staatsverträge nicht gemacht.

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte den Redner, nicht zu weit vom Thema abzuweichen.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Im Artikel 1 des vorliegenden Vertrages heißt es am Schluß, daß das Recht der Weisbegünstigung in Bezug auf den Schutz der Person und des Eigentums bei den vertragschließenden Teilen zugesichert wird. Ich meine, ich bin bei der Sache, wenn ich nachweise, daß es besser sei, überhaupt keinen Vertrag zu schließen, wenn diese Bestimmung so ausgelegt wird, wie es in Preußen geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In der italienischen Kammer

hat auch der Minister Tittoni erklärt, entgegen dem, was im Reichstag erklärt ist, daß er wegen der Vertragsbesprechungen Vorstellungen gemacht habe und machen werde. Was hat denn auch die Weis-

begünstigungsklausel für einen Zweck und Sinn, wenn sie von einzelnen Staaten durchbrochen werden kann? Auch

im österreichischen Abgeordnetenhaus

ist, wenn auch nicht vom Minister, auf die Verfassungsverletzung seitens Preußens hingewiesen worden.

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie nochmals, sich an die Sache zu halten.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Wenn ich von der Weisbegünstigung spreche, so würde ich im Rahmen dieses Gesetzes sämtliche Verträge durchgehen können. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche jedoch nur von denen, bei welchen Vertragsverletzungen vorgekommen sind, und ich wünsche, daß die Reichsregierung die Erklärung abgibt, daß dieser Vertrag so gemeint ist, daß er für alle Reichsangehörigen geldlos ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen hat man allerdings erklärt, man werde über juristische Zwirnsfäden nicht stolpern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann ist es überhaupt überflüssig, Gesetze zu machen, dann kommen wir zum

Hauptrecht

zurück, dann hat aber auch insbesondere der Arbeiter das Recht, jedem den Schädel einzuschlagen, der ihm zu nahe tritt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Unruhe rechts.) Die Sache ist sehr ernst durch die Verwicklungen, in die wir durch den Vertragsbruch Preußens mit anderen Staaten hineingeraten. Das Reichsrecht sagt, daß Ausländer nur unter ganz bestimmten Umständen ausgewiesen werden dürfen. Ich frage den Reichskanzler — wenn ein Reichskanzler in Funktion auch nicht existiert und daher auch kein Vertreter von ihm (Heiterkeit), so ist doch nach der üblichen staatsrechtlichen Fiktion er oder sein Vertreter jederzeit in Funktion — ich möchte ihn also bitten, eine Erklärung darüber abzugeben, wie der Vertrag gemeint ist. Es handelt sich dabei nicht nur um Arbeiterinteressen, sondern um die aller Deutschen; wir alle haben das Recht, den Schutz des Deutschen Reiches zu verlangen, ob wir Arbeiter sind oder nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Auslegung, die in Preußen den Verträgen gegeben wird, daß sie die Arbeiter nichts angehen, ist

eine flagrannte Verletzung des Rechts.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Energisch muß Protest dagegen erhoben werden, daß der größte Partikularstaat, Preußen, erklärt: für Arbeiter gelten Handelsverträge nicht. Besonders notwendig ist es in diesem Augenblick, das Recht der Arbeiter zu betonen, weil Sie draus und drans sind, den Arbeitern klar zu zeigen, daß es nur zwei Nationen in Deutschland gibt: die Ausbeuter und die Ausgebeuteten, und daß Ihre ganze Gesetzgebung sich gegen die Arbeiter und den Mittelstand richtet. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Ueber die Frage der Legitimationskarten und das Ausweisungsrecht gegenüber den Handelsverträgen habe ich mich wiederholt ausgesprochen. Genau daselbe gilt auch gegenüber dem venezolanischen Handelsvertrag. Es versteht sich ganz von selbst, daß wenn im Vertrag das Recht der Weisbegünstigung den Angehörigen eines Staates zugesprochen wird, es sich auf jedes Mitglied des Staates bezieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Angriffe des Vorredners auf Preußen, daß es die Handelsverträge bricht, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Dadurch, daß man einen Angriff zurückweist, beseitigt man nicht seine Verletzung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die klare völkerrechtliche Debatte, daß von Preußen die Verträge gebrochen werden, hat der Staatssekretär nicht zurückweisen können. Daß er es nicht versucht hat, wundert mich umso mehr, als er doch wissen muß, daß der Staatssekretär des Reichens in Italien erklärt hat, er sehe in dem Vorgehen Preußens einen großen Vertrauensbruch. Die Angriffe würden beseitigt werden, wenn der Grund zu den Angriffen beseitigt würde. So lange das nicht geschieht, sind sie berechtigt, und diese Berechtigung konnte der Staatssekretär nicht beseitigen. Ich danke ihm in der einen Richtung, daß er klipp und klar im Gegensatz zu Preußen erklärt hat, daß die Arbeiter auch Menschen sind und daß die Verträge sich auch auf sie wie auf alle anderen Angehörigen des Staates beziehen. Er sollte aber auch den Vertragsbrüchen, die tagtäglich in Preußen stattfinden, entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Vertrag wird in erster Lesung und dann debattelos in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes betr. Veränderungen im Finanzwesen bei der Mühlenumlagesteuer.

Abg. Sped (Z.): Es ist auf den Mißerfolg der Steuer in Bayern hingewiesen worden. Gerade das beweist aber, daß das Reich eine solche Steuer erheben muß. Die Folgen für die Umlage der Steuer müßten wir den Verbündeten Regierungen zuschieben.

Abg. Dr. Häfke (D. d. L.) spricht gleichfalls für die Steuer.

Handelsminister Dr. Delbrück: Die Verbündeten Regierungen haben erneut die Mühlenumlagesteuer geprüft und sind einhellig zu der Meinung gekommen, daß eine solche Steuer in jeder Form für sie unannehmbar ist! (Bravo! links.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Ritter v. Burckhardt schließt sich den Ausführungen des preussischen Handelsministers an.

Abg. Mollenkuhr (Soz.):

Wenn man die Reden der Herren Sped und Dr. Häfke hört, sollte man nicht glauben, daß dieselben Herren vor wenigen Tagen dem Branntweinsteuergesetz zugestimmt haben. Hier wird es für ein der größten Ungläubnisse ausgegeben, wenn ein Wehlartell, ein Wehltruf sich bildet. Kartelle und Trusts sind nach der Darstellung dieser Herren die grauenvollste Erscheinung, die man sich denken kann, vor wenigen Tagen aber haben sie das Branntweinsteuergesetz so gemacht, wie es der Vorstand des Spiritusartells wünscht! Das charakterisiert die eigenartige Gesetzesmacherei der Parteien dieser Herren. (Sehr richtig!) Herr Sped behauptete, der Rückgang der Lohnmüllerei sei darauf zurückzuführen, daß der Bauer das Mehl aus den Handelsmühlen billiger kauft, als es in den Lohnmühlen herzustellen ist. Dieses billigere Mehl zu verteuern, ist also der Zweck dieser Gesetzgebung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Gesetzgebung ließe sich vielleicht verstehen, wenn man es mit einem Volke reicher Leute zu tun hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wollen nun mit einer Staffelung in die Preise der Mühlenprodukte eingreifen, und Herr Sped empfiehlt seinen Antrag als sehr milde. Ueber

dieser Antrag verteuert jede Tonne Mehl um 4,40 M., das ist also genau daselbe, als wenn ein Zoll von 4,40 M. auf die Tonne oder von 44 Pf. auf den Doppelzentner gelegt resp. der Zoll um diesen Betrag erhöht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen ja aber auch auf die Preise einwirken und eben den Mehlpreis so hoch gestalten, daß auch die rückständigste Mühle noch existieren kann. Durch die Einfuhrsteine

wird Deutschland vom Getreide entblüht, das hat ja auch die „Kölnische Volkszeitung“ zugegeben. Dadurch kommen natürlich zuerst nicht die großen kapitalkräftigen Mühlen zum Stillstand — die beschaffen sich schon ihr Rohmaterial — sondern die kleinen und mittleren Mühlen. Wollen Sie also denen helfen, so sorgen Sie dafür, daß das Einfuhrsteinkontingent beseitigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß Sie behaupten, das Mehl sei zu billig und muß verteuert werden, wäre sehr charakteristisch, wenn Sie den Mut hätten

die Mehlpreise,

die ihnen zu billig sind, hier anzuführen. 1906 betrug der Preis des Weizenmehls 24 M., 1907 und 1908 28 M., im Mai d. J. 34 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da sagen Sie, das ist zu billig, das muß verteuert werden! Es ist notwendig, das vor dem Lande zu brandmarken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gehen Sie doch in die Wehlreise hinein, vielleicht treffen Sie hier und da einen Müller, der Sie unterstützt, die Mehrheit der Wähler aber wird sich bedanken, eine derartige Mehlverteuernspolitik gutzuheißen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sehe sich doch einmal

die Zentrumspolitik

der letzten Tage an; sie ist charakteristisch für die Art, wie das Zentrum Arbeiterpolitik treibt: Durch Ihre Zustimmung zum Tabaksteuergesetz machen Sie eine Reihe von Arbeitern brotlos. Diese wollen Sie entschädigen. Weiter machen Sie 25 Proz. der Arbeiter in der Zündholzindustrie brotlos, die wollen Sie nicht entschädigen, die sollen verhungern. Dann belasten Sie die breite Masse mit 250 Millionen Mark beim Branntwein, Bier und Tabak. Den armen Frauen verteuern Sie den Kaffee und den Tee. Weiter wollen Sie die Steinböden verteuern, und hier wieder verteuern Sie das Mehl für die Agrarier aber haben Sie die Liebesgabe übrig, und die reichen Leute wollen Sie mit direkten Steuern, mit Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer verschonen. Eine solche Politik entkult und die ganze Natur des Zentrums. (Zu-

Kleines feuilleton.

Ein Jubiläum der Telegraphie. Am 8. Juli dieses Jahres ist ein Jahrhundert verflossen, seitdem dem gelehrten Arzte Samuel Thomas Sommering die Erfindung des ersten elektrischen Telegraphen unter Zeitumständen gelang, die den Wert der schnellen Nachrichtenübermittlung nicht nur für die Zwecke des Friedens, sondern auch für kriegerische Aufgaben in ein helles Licht stellten. Die schon 1753 begonnenen Versuche, mit Hilfe von Reibungselektrizität zu telegraphieren, waren sämtlich vergeblich gewesen. Dafür hatten in Frankreich die optischen Semaphoretelegraphen nach dem System Chappe eine bedeutende Verbesserung erhalten, die, in anderen Ländern unbeachtet, von Napoleon bei seinen kriegerischen Operationen häufig mit großem Vorteil benutzt wurden. Als die Desterreicher im April 1809 aufs neue den Krieg eröffneten und unbarmherzig in Bayern einfielen, erhielt Napoleon davon weit schneller Kenntnis, als jene es erwarteten. König Maximilian, der Hals über Kopf von München nach Dillingen, im äußersten Nordwesten Bayerns, flüchtete, war, als er dort anlangte, höchlichst davon überrascht, den Franzosenkaiser dort schon bei seinem Heere zu finden. Diese Tatsachen verschleht nicht, einen außerordentlichen Eindruck zu machen, und der Minister Montgelas, der die Mitglieder der Münchener Akademie der Wissenschaften, darunter auch Sommering, häufig nach seiner Villa in Vogenhausen zum Speisen einlud, nahm bei einer solchen Gelegenheit den Anlaß, sie zu Vorschlägen über Einführung von Telegraphen aufzufordern.

Sommering, der aus Thurn stammte, hatte sich schon in der Zeit seiner ärztlichen Praxis in Frankfurt a. M. viel mit den Entdeckungen Volta's und der von diesem erfindenen galvanischen Säule beschäftigt. Schon drei Tage nach der Unterhaltung mit dem Minister stand sein Plan fest, die Semischen Wirkungen der Voltasäule, insbesondere ihre Eigenhaft, an den freien Enden der Voltasäule Wasser in seine Elemente, Wasserstoff und Sauerstoff, zu zerlegen, zum Telegraphieren zu benutzen. Am 22. Juli war sein Apparat vollendet, mit dem er am 6. August über 734 Fuß Drahtlänge telegraphierte, worauf er am 28. August vor der Akademie mit Benutzung von 2000 Fuß Drahtlänge die Erfindung demonstrierte.

In der von Sommering gegebenen Form konnte sich die allzu komplizierte Erfindung, die Napoleon „eine deutsche Idee“ nannte, nicht durchsetzen. Auf seinen Gedanken aber haben — wissenschaftlich und unwissenschaftlich, offen vorgehend oder geistigen Diebstahl verübend — alle späteren Erfinder bis auf Morse weitergearbeitet, der durch Konstitution des elektromagnetischen Schreibapparats mit beweglichem Anter der elektrischen Telegraphie die Gestalt gab, in der sie sich die Welt eroberte.

Ein König, der nicht ins Rathaus gehört. Einige wohlhabende Leute in Kopenhagen wollten der Stadt zur Erinnerung an den mihlglückten Sturmangriff der Schweden vom 11. Februar 1659 eine Gedenktafel sowie eine Bronzestatue Frederik III. und des Stadthauptmanns Thurensen verehren, der die Verteidigung der Stadt leitete. All dieses sollte über dem Vogenhang der großen Rathaushalle angebracht werden. Die aus Sozialdemokraten und Radikalen bestehende Mehrheit des Stadtverordnetenaußenausschusses lehnte jedoch die Königsbüste ab und erklärte, daß ihre Aufstellung an so hervorragendem Platz eine Verherrlichung der Einführung des Absolutismus in Dänemark bedeute. Im Rathaus Kopenhagens, das doch ein bürgerliches Pantheon sein sollte, sei das am allerwenigsten angebracht. Auch daß über der Gedenktafel die Worte: „Ich will sterben in meinem Horte“ — der Wahlspruch jenes Königs — stehen sollen, hielt die Ausschussmehrheit für unpassend, was um so mehr berechtigt ist, als Frederik sich während der Belagerung keineswegs so todesmutig gezeigt, sondern sich vielmehr aus Furcht vor den Schweden ins Bett verlocken hat. Jener Dänenkönig verdient um so weniger Verehrung, als er den dreijährigen Krieg mit Schweden (1657—1660) vom Jaun gedrohen hatte, um seine absolutistische Herrschaft zu stärken. Als die Schweden auf die Hauptstadt anrückten, versprach Frederik den Kopenhagenern schöne Privilegien; als aber die Gefahr vorüber war, brach er sein Versprechen.

Reben diesen geistlichen Gründen gegen die Aufstellung der Büste machte die Ausschussmehrheit auch ästhetische Bedenken geltend. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich nun am Montag mit der Angelegenheit befaßt und die Aufstellung des Geschenks mit 23 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Humor und Satire.

Der unbequeme Angeklagte.

Nicht möglich! Er ist wieder hier? Als wir die Schwärmerin verurteilten, Da wünschten gute Reife wird Dem hochgeborenen Angeklagten.

Man tut ja, was man irgend kann. Und alles ging auch wie am Schnürchen Und jeder dachte: Ein solcher Mann, Der findet schon ein Hinterlächeln.

Und wirklich fuhr er nach Gastein, Nachdem er noch sein Herz entleigt Und seinem hohen Töchterlein Vom Eheglück so schön gepredigt.

Von Petri Fischzug war die Red' Und unverschönten Gottesgaben. Er dockt beim See Senegareth An Stornbergs stramme Fischerknaben.

Doch statt nach Afrika zu flieh'n, Wo wir — wie gern! — auf ihn verzicht'n, Kommt froh er wieder nach Berlin Und droht: „Wer wagt es, mich zu richten? Was wollt ihr Herrn? Dies oder dies? Ihr kennt doch die Alternative. Es liegen drüber in Paris Sehr gut verwahrt gewisse Briefe.“ Was tun? Man ist ein Deutscher ja. O Gott, wenn ich ihn schuldig finde! Wozu denn trägt Justitia Um beide Augen eine Binde? Da leuchtet plötzlich — Gott sei Dank! — In höchster Not ein Hoffnungsschimmer: Der alte Mann wird wieder krank, Und wir vertagen immer — immer!

Tri-Grü.

Notizen.

— Musikchronik. Wagners Oper „Lannhäuser“ gelangt in der Gura-Oper (im Neuen Igl. Opernhaus) am Donnerstag zu „volkstümlichen Preisen“ zur Aufführung.

— Berliner Theaterworte. Eine Theaterkrise besteht in der Reichshauptstadt schon Jahre, zumeist ist sie aber noch latent geblieben. Die Kundigen wußten es längst, daß manche unserer Theater nur durch bewundernswürdige Finanzkünste sich über Wasser halten und in der Ausbeutung der Schauspieler zu den bedenkllichsten Mitteln greifen. Und dabei entjanden Jahre um Jahre neue Theater und dabei sank das künstlerische Niveau in der Weltstadt nach dem allein reitenden Kassensack. Am Hebbeltheater scheint die Krise jetzt ausbrechen zu wollen. Der Hauptglaubiger des Theaters, der beziehungsweise der Dramaturg dieser Bühne ist (die geliebenden Dramaturgen mit und ohne Kunstverständnis sind eine Berliner Spezialität), hat Möbel und Dekorationen pfänden lassen. Die bisherige Direktion, die von vornherein unter Geldnöten litt, hofft aber trotz des in der letzten Saison erzielten Defizits von 200 000 M. sich noch weiter halten zu können. Die wär's, wenn der Direktor Dramaturg würde und der Dramaturg Direktor?

— Die „glückliche Türkei“. Die neue türkische Nationalhymne, die in den vergangenen Monaten der Kämpfe so oft von den Vorkämpfern türkischer Freiheit angestimmt wurde, ist von einem jungen türkischen Musiker in Paris unter der Mitwirkung von Vidal, dem Kapellmeister der Pariser Großen Oper, kunstgerecht instrumentiert worden.

Die Türken sind damit zu einem ganz modernen Volke avanciert. Denn eine kunstgerecht instrumentierte und noch dazu freischützliche Nationalhymne, das ist doch das höchste nationale Gut!

Stimmung bei den Sozialdemokraten. (Unruhe im Zentrum.) Diese Vorlage ist aus Ihrer eigenen Initiative hervorgegangen und hat den ausgesprochenen Zweck, das Mehl und das Brot zu verteuern!

Würden wir heute eine Mähdreschmaschine bekommen, so würde vielleicht schon im nächsten Jahre eine D r o t m a s c h i n e folgen. Die kleinen Wädrermeister würden schreien, sie können mit den großen Wädrern nicht konkurrieren und müssen eine Brotmahlsteuer haben. Wenn Sie sie bewilligen, mag das mittelstandsfreundlich aussehen, in Wirklichkeit ist es eine Vertierung der Lebensmittel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Will man schon gewisse größere Betriebe belasten, warum fängt man nicht bei den Produzenten an? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum sagt man nicht: derjenige, der kein Landgut hat, keine Säemähdreibe, keine Mähdreschmaschine, keine Dreschmaschine, ist gegen den Großproduzenten nicht konkurrenzfähig, und deshalb muß der Großgrundbesitzer besteuert werden! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man braucht das nur anzudeuten, um von Ihnen sofort den Ausdruck zu hören: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes: Wer Getreide in großem Maße baut, der ist ein nützlicher Mensch und muß Liebesgaben erhalten. Aber wer es im großen vermählt, der muß durch Steuern erdroffelt werden.“ (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wasserbauer (nat.): Gewiß sind viele Mählen in einer schwierigen Lage. Diese Schwierigkeiten können aber nicht durch eine Umsatzsteuer gemildert werden, sondern auf dem Wege der Eisenbahntaxe.

Abg. Günther (fr. Sp.): Statt der Mähdreschsteuer wäre eine Betriebsumsatzsteuer auf den Großgrundbesitz am Platze. (Wabst! links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Für uns kommt es darauf an, die Regierung, die ja ihren Standpunkt in letzter Zeit mehrfach gewechselt hat, zu bewegen, auch in dieser Frage nachzugeben. Wir brauchen ja noch einige Millionen, um die strittige Summe bei der Beanstandung, die die Regierung absolut nicht bewilligen will, zu decken. Es ist merkwürdig, was die Regierung für Ausflüchte findet, wenn es sich um den Schutz der Großmühlen handelt.

Handelsminister Dr. Delbrück: Die Verbündeten Regierungen finden überhaupt keine Ausflüchte. Ich muß diesen Zweifel an der Ehrlichkeit der Regierung auf das entschiedenste zurückweisen. (Wabst! links.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Wir hätten gern auf diese ganze Debatte verzichtet, wenn die Herren Dr. Rosfeld und Speck nicht angefangen hätten. (Sehr wahr! links.) Wir wissen doch ganz genau, daß Sie nur jetzt in der zweiten Lesung für diese Steuer stimmen und sie in der dritten Lesung ablehnen werden. (Hört! hört! links.) Diese Zeitvergeudung hat freilich einen tieferen Grund. Sie wollen die schlechte Position, in die Sie vor dem Volke durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer gekommen sind, einigermaßen verbessern, indem Sie dem Mittelstand weismachen, Sie täten etwas für ihn. (Sehr gut! links.) Wenn wir so etwas machen, so nennen Sie das agitatorische Demagogie; ich bin viel zu hübsch, um Ihnen so etwas vorzuwerfen. (Große Heiterkeit.)

Außerordentlich charakteristisch für die Arbeit der Rumpfkommision ist die Art, wie der Bericht zusammengestellt ist. Ueber das, was in der Kommission vorgegangen ist, informiert er überhaupt nicht, sondern es ist lediglich eine Aneinanderreihung von Erklärungen aus dem Munde. Er erinnert lebhaft an die Schilderung jenes „Generalanlegers“, der erzählt, wie der Witz in die Redaktion hineinschlug, mit den Worten: „Unser Redakteur war gerade damit beschäftigt, einen seiner bekannnten Leitartikel abzuschaffen, als ihm der Witz die Schere aus der Hand schlug.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hoeffel (Npl.) erklärt, daß ein großer Teil seiner Freunde zwar grundsätzlich auf dem Voden der Vorlage stünde, aber mit Rücksicht auf die Erklärung der Regierung dagegen stimmen würde.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) nimmt den Ausdruck „Ausflüchte“ gegenüber dem Minister zurück.

Abg. Erzberger (Z.): Der Bericht der Kommission, den Herr Gothein lächerlich zu machen sucht, ist von der Kommission genehmigt und auch von seinen Freunden unterschrieben. (Hört! hört! rechts, Zuruf links.) Wenn die freisinnigen Kommissionsmitglieder nicht einfach gestreift hätten und wegelaufen wären (Große Unruhe links), wäre der Kommissionsbericht anders ausgefallen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Auch dieser Kommissionsbericht trägt die Unterschrift der sozialdemokratischen Abgeordneten, die durch den Druck der Geschäftsordnung gezwungen waren, die Kommission zu verlassen. Selbstverständlich lehnen wir die Verantwortung auch für diesen sogenannten Bericht ab.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Herr Erzberger sagte, ich hätte den Bericht der Kommission lächerlich gemacht. Das habe ich gar nicht nötig gehabt. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Wammes (fr. Sp.): Von den freisinnigen Mitgliedern der Kommission ist gegen die Berichtserstattung der allerlebhafteste Widerspruch erhoben worden. (Hört! hört! links.) Wir hätten von der Loyalität des Berichterstatters erwarten dürfen, daß er das auch hier sagte. Den Ausdruck „Weglaufen“ muß ich mir entschieden verbitten. (Wabst! links.)

Die Abstimmung über § 1, welcher eine Mähdreschsteuer festlegt, ist eine namentliche. Der Paragraph wird mit 188 gegen 170 Stimmen bei 3 Stimmenthalungen abgelehnt. Darauf werden die folgenden Paragraphen des Entwurfs debattiert abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Artikels VIII:

### Erhebung von Ausfuhrzöllen von Kohlen und Rols.

Handelsminister Dr. Delbrück: Die grundsätzlichen Bedenken gegen jeden Ausfuhrzoll bestehen doch genau so wie früher. Einhellig stehen die Verbündeten Regierungen auf dem Standpunkt, daß der Kohlenausfuhrzoll unannehmbar sei.

Abg. Frz. v. Rittshofen (L.): Dieser entschiedenen Erklärung gegenüber sind meine Freunde und die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung entschlossen, gegen den Kohlenausfuhrzoll zu stimmen. (Abg. Gothein (fr. Sp.): Das hätten Sie sich früher überlegen können! Heiterkeit.) An den Minister habe ich noch die Frage zu richten, ob von den prinzipiellen Bedenken gegen einen Ausfuhrzoll nicht zugunsten des Ralls eine Ausnahme gemacht werden kann.

Handelsminister Dr. Delbrück: Die grundsätzlichen Bedenken der Verbündeten Regierungen gegen jeden Ausfuhrzoll bestehen selbstverständlich auch gegen einen Rall-Ausfuhrzoll, vorausgesetzt, daß er als eine dauernde Institution gedacht ist! (Zink! lebhaft! links.) Abzuzuerkennen ist, daß die grundsätzlichen Bedenken gegen einen Ausfuhrzoll schwinden, wenn ganz besondere Verhältnisse ihn als eine vorübergehende Maßnahme erfordern.

Abg. Herold (Z.): Ein Teil meiner Freunde hält einen Kohlenausfuhrzoll für durchaus zweckmäßig, mit Rücksicht auf die Erklärung der Regierung aber werden wir geschlossen den Kohlenausfuhrzoll fallen lassen. Anders steht die Sache mit dem Rallausfuhrzoll. Diesem Gedanken stehen wir sehr freundlich gegenüber.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Die Anfrage des Herrn v. Rittshofen und die Antwort des preussischen Handelsministers sah aus wie

bestellte Arbeit.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wir müssen Vertwahrung dagegen einlegen, daß der Reichstag benutzt wird, um in die Verhandlungen des preussischen Handelsministers mit dem Rall-Interessenten einzugreifen und diesen zuzurufen: „Wenn ein Syndikat nicht zustande kommt, legen wir Euch einen Rallausfuhrzoll auf.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.)

Abg. Hue (Soz.):

Es ist sehr charakteristisch, daß selbst in der Rumpfkommision das Gefühl aufstach, man solle eine solche Vorlage nicht in geschäftsordnungswidriger Weise behandeln, wie es geschehen ist.

Nachdem die Vertreter der Verbündeten Regierungen und des neuen Blocks erklärt haben einerseits: daß der Kohlenausfuhrzoll unannehmbar sei, andererseits: daß sie ihm nicht zustimmen würden, erübrigt sich jetzt, zu sagen, was im Bericht enthalten ist und was nicht. Das letztere wäre noch wichtiger. Der nämlich den Zoll gabst, das steht nicht im Bericht! Woher kommt eigentlich der plötzliche Umfall? Im Bericht wird deutlich gesagt, daß Kohlen-syndikat habe es in der Hand, die Zollaufwendungen auf die Konsumenten abzuwälzen, und trotzdem wird in der Zentrumspreffe im ganzen Westdeutschland den Arbeitern noch der blaue Dunst vorgemacht, als ob es sich um einen Schlag gegen die Großkapitalisten handelte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Art und Weise hat das Zentrum überhaupt bei dieser ganzen Steuer-macherei gewirkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter sieht in dem Bericht, daß mit diesem Kohlenausfuhrzoll dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiterschaft entsprochen wird!! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bericht-erklärer ist Dr. Rosfeld. Ich möchte ihn bitten, mir die Mehrheit des Volkes und der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter zu nennen, die sich für den Kohlenausfuhrzoll ausgesprochen haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Derartige Behauptungen in einem offiziellen Bericht müssen das Ansehen der Gesetzesmacherei, wie sie im Reichstag seit einigen Wochen beliebt wird, noch weiter herabdrücken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Bergarbeiterverband hat sich in Massenversammlungen gegen den Kohlenausfuhrzoll ausgesprochen und auch der christliche Bergarbeiterverein, der ja dem Zentrum nahe steht, hat sich in seinem letzten Jahresbericht gegen den Kohlenausfuhrzoll gewendet. Wo sind da die Arbeiter, Herr Rosfeld, die für den Zoll zu haben sind?

In dem Bericht ist sodann darauf hingewiesen, daß die Löhne der Bergarbeiter in England bedeutend höher

sind! Meinen besten Dank, Herr Berichtserklärer, für diese Feststellung! Das haben wir ja die ganzen Jahre hindurch immer behauptet, daß durch die höheren Löhne in England die sozialen Kosten bei uns mehr als ausgeglichen werden! Jetzt, bei der schlechten Konjunktur, sind die Löhne in England heruntergegangen, stehen aber im Durchschnitt noch um 1 Mark pro Schicht höher als bei uns. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderes Kommissionsmitglied erzählte, es sei selbst beteiligt an einem Bergwerk und sagt:

Man verkauft zu solchen Spottpreisen nach dem Auslande, lediglich, damit im Inlande der Preis recht hoch ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Manchmal schämt man sich, die vierterthälige Ausbeute in Empfang zu nehmen, wenn man sich sagt, daß man für das eingezahlte Kapital schon eine außerordentlich hohe Verzinsung hat.

(Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das werden wir uns merken, wenn wir hier mit Forderungen der Bergarbeiter kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich unterbreite, was die Zentrumspreffe über die Ausfuhrpolitik der Syndikate geschrieben hat, aber mit dem Ausfuhrzoll werden Sie dagegen gar nichts ausrichten, sondern lediglich durch eine durchgreifende Reform der Eigentumsverhältnisse an den Gruben. (Sehr richtig!) Es ist

ein nationales Verbrechen,

wenn man weiter zuseht, daß die so unersehbliche Kohle in immer weniger Hände internationaler Kapitalisten gerät, die die nicht hochwertigen Kohle einfach verkommen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen müßte nur die Verstaatlichung der Gruben, die Enteignung der Grubenkapitalisten. Dabei würden Sie uns auf Ihrer Seite finden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe gilt auch für die Kaliumindustrie. Wenn das Reich in den Besitz der Kaligruben käme, würden wir schon dafür sorgen, daß die wertvolle Düngemittel unserer Bauern zu möglichst billigen Preisen zugewendet wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das eine möchte ich dem Herrn Minister ans Herz legen: Halten Sie fest an der Verordnung über das Zweifelschuldsystem; daran hängt viel Menschenleben! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie sich von den Rentieren, die billig produzierten wollen, nicht veranlassen, diese Verordnung zurückzuziehen. Uebrigens ist heute schon ein erheblicher Teil der deutschen Kalibodenschätze in den Händen der amerikanischen Kapitalisten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies wertvollste nationale Vodenprodukt ist

infolge der Nachlässigkeit, der nationalen Pflichtvergessenheit der Regierung

zum erheblichen Teile in die Hände ausländischer Kapitalisten gekommen. Wie kommt es übrigens, daß gerade bei diesem Kohlenausfuhrzoll die Mehrheit auf einmal ein „Unannehmbar“ der Regierung respektiert? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Belastung des Volkes durch die bisher angenommenen Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak, Rindwurst mit ihrer ungeheuren Belastung des kleinen Mannes bedeutet ja der Kohlenausfuhrzoll nur eine Minimalbelastung. Da ist doch dieser Aufwand von Energie der Regierung und diese Nachlässigkeit der Parteien verwunderlich.

Wer steht denn eigentlich dahinter,

daß hier mit einem Male die Regierung ein so feixes Maßmaß bekommt und daß die Herren der Majorität, die sich allen Wünschen des Volkes gegenüber ablehnend verhalten haben, hier mit einem Male der Regierung nachgeben? — Rücksicht auf die Konsumenten ist es nicht, sonst würden Sie die bisherigen Steuern nicht so durchgepeitscht haben zum Höhe auf jede Gesetzgeber. Nein, es handelt sich hier eben um eine Industrie, in der die Herren Unternehmer außerordentlich mächtig sind, wo sie es sogar wagen dürfen, im Kaiserhof einen Kriegsplan gegen den Minister Delbrück aufzunehmen, die so mächtig sind, daß sie sogar über den Kopf des Kaisers hinweg einen Minister kürzen können. Wenn Sie noch nicht gefallen sind, Herr Minister, so werden Sie es ja noch abwarten können, in welches Ressort Sie hineinkommen! Warum Sie noch nicht gefallen sind, darauf komme ich noch. Jedenfalls steht fest, daß in dem Augenblick, wo es sich um die angelegliche Belastung derjenigen Industrie handelt, in der die Herren Rirdorf, Etinnes und Wessens kommandieren, die Regierung ein hartes Nein hat und die Majorität umfällt. Also auch die Rücksicht auf die Konsumenten können Sie nicht vorschleichen und noch weniger die Rücksicht auf die Arbeiter. Wir können mit Ruhe sagen, daß wir in all diesen Fragen, in den indirekten Steuern sowohl wie in der direkten, der Erbschaftsteuer, einzig und allein den Standpunkt der Arbeiterschaft vertreten haben. Und

wir vertreten auch die Forderungen und Wünsche der katholischen Arbeiter.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat in den letzten Tagen diese Wünsche der katholischen Arbeiter in der unerhörtesten Weise außer acht gelassen. Es hat diesen Arbeitern auf dem Kopf herumgetrampelt, um eine Finanzreform fertig zu bringen, wie es den politischen Machtgehilfen der Herren des Zentrums entspricht. Wir haben im Augenblick in der Berg- und Hüttenindustrie einen so schlechten Geschäftslauf wie seit Jahrzehnten nicht. Insbesondere in der Kleinmetallindustrie im Siegerlande ist die Lage miserabel, Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Wir haben in der Hüttenindustrie einen Lehrnachgang von 30 bis 40 Proz. zu verzeichnen. Arbeiter, die früher 100 M. verdienten, kommen heute auf 60 bis 70 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Ruhrrevier ist ein Lehrnachgang von 1907 bis zum ersten Quartal 1908 von 74 Pf. pro Tag zu verzeichnen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Schlesien, Mittel- und Süddeutschland ist es noch viel schlimmer. Und in einem solchen Momente, wo eine so große

Armut unter der Bevölkerung herrscht, wo selbst die Zentrumspreffe geschrieben hat, die Lage der Arbeiter sei so elend, daß sie

wochenlang kein Fleisch

bekämen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), in einem solchen Augenblick bewilligen Sie Steuern, die geradezu ein Hohn auf Gerechtigkeit im Christentum sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Interessant ist, was die christliche Bauernvereinschaft, das Organ des Verbandes christlich-nationaler Bauern, deren Vorsitzender unser Kollege Wiebeberg vom Zentrum ist, am 8. März 1908 schreibt: „Um nicht zahlen zu brauchen, decken sich die Agrarier mit dem Mantel der Königs- und Vaterlandsliebe.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) „Die Herren sind fähig, bei der Erbschaftsteuer von dem „Ehrersein der Wittwen und Waisen“ zu sprechen, sind aber im gleichen Augenblick bereit, Hunderte Millionen neuer Steuern, ohne mit der Wimper zu zucken, auf die breiten Massen der Kernsten der Bevölkerung zu werfen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Blatt nennt weiter

die Agrarier die stärksten Almosenempfänger des Staates.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden nicht bestreiten können, daß das etwas anders klingt, als wir es hier im Hause von christlich-nationaler Seite gehört haben.

Im Oktober 1908 wurde in Essen auf dem Delegiertentag der westdeutschen katholischen Arbeiter beschlossen, daß keine Erhöhung der Steuer auf Tabak, Bier und Branntwein erfolgen dürfe, wenn nicht zu gleicher Zeit eine entsprechende Besitzsteuer geschaffen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dieses Unannehmbar aus den Kreisen der Arbeiter nehmen die Herren der Majorität freilich keine Rücksicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich könnte Ihnen eine ganze Stunde allein aus Organen christlicher Arbeiter vorlesen, wie die christlichen Arbeiter draußen über die Steuerpolitik denken. Das wäre auch sehr notwendig, weil wir ja aus Erfahrung wissen, daß, wenn die Wahltagation kommt, es gewisse Journalisten fertigbringen, zu behaupten, daß wir die indirekten Steuern gemacht haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Kohlenausfuhrzoll angenommen würde, so würden die betroffenen Länder zweifellos zu Neppressallen greifen und auf Produkte, die wir notwendig brauchen, auch Ausfuhrzölle legen. So könnten z. B. andere Länder Erzausfuhrzölle einführen. Wie können Sie es verantworten, bei der Armut an Erzen, die wir haben, eine solche handelspolitische Möglichkeit heraufzubeschwören?

Wenn also die Rücksicht auf die Konsumenten und Arbeiter Sie nicht abgehalten hat, dem Kohlenausfuhrzoll zuzustimmen, so ist es, wie gesagt, der Wink der Herren vom Zentrumsverband, der die Verständigung zwischen Regierung und Mehrheit zustande gebracht hat. Dabei komme ich auf die Frage,

warum der Minister noch auf seinem Platze ist.

Sehr einfach: Das, was die Herren vom Kohlen-syndikat in ihrer geheimen Sitzung beschlossen haben, nämlich die Einführung der „weißen Salbe“, das hat er ja vorzüglich durchgeführt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und dieselben Herren, die heute sagen, sie wären Feinde des Großkapitals, haben im preussischen Landtage trotz der Bitten der bedrohten Bergarbeiter das Gesetz sogar noch verschleiert, welches bestimmt sein sollte, den Blutstrom im Vergbau zu hindern. Darüber kommen wir nicht hinweg, daß

das Berggesetz nach den Wünschen des Herrn Uthemann gemacht

ist. Unschuldige Beamte werden für die Verbrechen der Kapitalisten ins Juchtsaus kommen. Das Gesetz ist verbrecherisch und wird Verbrechen erzeugen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Arbeiten Sie nur so weiter, dann werden Sie endlich die Geduld des deutschen Volkes erschöpfen. Legen Sie doch auch eine Steuer auf den Kartoffelgenuß! In der Lausitz konsumieren die armen Leute Weind. Legen Sie auch darauf eine Steuer! Nur ein Fünftel der Arbeiterschaft verzehrt Butter, neun Fünftel dagegen Margarine. Dies Produkt haben Sie sich ja noch ganz entgehen lassen! Sie können also noch mehr solche schönen Steuern machen. Wenn Sie das Weind verteuern, kann das Volk Schmieröl benutzen, wenn die Kartoffeln verteuert werden, so mögen die Leute Gras essen. Angesichts Ihrer Steuererlasse muß einem ja

Galgenhumor

ergreifen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und da gehen Sie hinaus und reden Ihren Leuten vor von christlicher Warmherzigkeit und Nächstenliebe! (Große Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung links.) In unarmherziger Weise haben Sie dabei das Volk belastet. Sie haben etwas getan, was man barbarisch nennen muß. Sie haben das Christentum verhöhnt und die Warmherzigkeit mit Füßen getreten. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts. Abg. Kreth ruft: Unverschämte! Lebhafte Unruhe links, Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Sie Schnapobirektor mit Ihren 80000 M. Einkommen haben natürlich kein Christentum nötig!“ Andauernde große Erregung im ganzen Hause.)

Vizepräsident Pausche: Wegen der Verhörung, daß die Mehrheit das Christentum verhöhnt hat, muß ich den Abg. Hue zur Ordnung rufen.

Handelsminister Delbrück wendet sich zunächst gegen den Abg. Gothein: Meine heutige Rede war keine bestellte Arbeit. (Zuruf links: Geschehen Sie es doch ein! Große Heiterkeit.) Es waren sehr schwerwiegende Gründe, die nach sehr gründlichen Erwägungen die Regierung zu der Ueberzeugung kommen ließen, daß ein vorübergehender Rallausfuhrzoll unter Umständen wohlthätige Wirkungen haben kann. (Der Minister vorbereitet sich über diesen Punkt in längeren Ausführungen und setzt sich dann. Abg. Hue ruft: „Und kein Wort über die soziale Seite, über das Zweifelschuldsystem?“ Minister Delbrück steht auf, dreht ein paar Sekunden ungeschlüssig stieren und setzt sich dann abseits wieder auf seinen Platz.)

Abg. Vogel (nat.) wendet sich gegen den Kohlenausfuhrzoll, der volkswirtschaftlich außerordentlich schädlich wirken werde.

Abg. Graf Rantky (L.) hält eine lange Rede über Wesen, Zweck und Nutzen eines Kohlenausfuhrzollens.

Abg. Frz. v. Camp-Rassauen (Sp.) hofft auf einstimmige Ablehnung des Kohlenausfuhrzolls.

Abg. Gochs (Soz.):

Hoffentlich bleibt die Regierung fest und läßt sich auf einen Ausfuhrzoll nie ein; sie wird uns dann auf ihrer Seite haben, wie wir immer auf der Seite der Regierung stehen, wenn sie vernünftig ist. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse der im Kaliberbau tätigen Arbeiter möchte ich bitten, daß das vom preussischen Handelsminister leider viel zu spät vorgeschriebene Zweifelschuldsystem nun auch überall durchgeführt wird. (Wabst! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Wieser (Z., verlässlich): Der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands hat sich allerdings gegen indirekte Steuern erklärt. Für den Fall, daß Besitzsteuern beschlossen wurden, war jedoch auch er für indirekte Steuern. (Hört! hört! im Zentrum.) Die von der Mehrheit angenommenen Besitzsteuern ziehe ich der Urbanfallsteuer vor. (Zaken bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hue (Soz.): Der Verbandstag hat gerade die Urbanfallsteuer für die gerechteste Besitzsteuer erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kohlenausfuhrzoll wird einstimmig abgelehnt.

Das Haus vertagt hierauf die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Bundesratsverordnung

**Über die Errichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomaschlacke gemahlen oder Thomaschlackemehl gelagert wird.**

Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. Juli, die die Verordnungen des Bundesrats vom 25. April 1909 und 15. November 1909 in folgenden Punkten ändert:

1. Während die älteren Verordnungen die Vorschrift ausreißenden Luftwechsel und geräumiger Einrichtungen auch auf alle Arbeitsräume erstreckte, in denen Thomaschlackemehl gelagert wird, umfasst der Wortlaut der neuen Verordnung in § 1 die Niederlagen von Thomaschlackemehl, in denen dieses nicht dauernd in geschlossenen Säcken verbleibt.

2. Die ausdrückliche Vorschrift einer Staubkammer ist fallen gelassen. Es genügt jede wirksame Vorrichtung zur Abführung und zum Auffangen des Staubes.

3. Neu vorgeschrieben ist, daß auch die Filteranlagen so eingerichtet sein müssen, daß sie im regelmäßigen Betriebe von außen gereinigt und entleert werden können.

4. Die Abführung des Mehles in Säcke an den Ausläufen der Mühlen, der Transporteinrichtungen und Staubkammern, die Abladung darf künftighin ausnahmslos nur unter der Wirkung einer ausreichenden Absaugevorrichtung erfolgen.

5. Die in § 9 der bestehenden Verordnung zugelassene Bewilligung von Ausnahmen durch die höheren Verwaltungsbehörden für die Minimalstärke und Dichtigkeit der Säcke ist beseitigt und folgende Vorschrift in hygienischem Interesse im § 9 neu eingefügt:

Sackstapel dürfen nur auf festem, ebenen Fußboden und unter sachkundiger Aufsicht oder von sachkundigen Personen aufgebaut werden. Die Stapel sind an freiliegenden Ecken in der äußeren Lage luftlicht im Verband, im übrigen in Stufen von nicht mehr als fünf Sack oder mindestens unter Innenhaltung eines Böschungswinkels auszuführen. Das Abtragen der Säcke ist von oben herab und gleichfalls nur unter sachkundiger Aufsicht oder von sachkundigen Personen stufenförmig oder unter Innenhaltung eines Böschungswinkels zu bewirken. Das Herausziehen von Säcken aus unteren Lagen ist zu verbieten.

6. Die Reinigung der Fußböden auf trockenem Wege ist in der neuen Verordnung zugelassen; jedoch darf die Reinigung auf trockenem Wege nur von solchen Arbeitern ausgeführt werden, die vom Arbeitgeber gelieferte zweckmäßig eingerichtete Respiratoren oder andere Mund und Nase schützende Vorrichtungen, wie feuchte Schwämme, Lächer usw., tragen.

7. Die Vabergelegenheit, die bislang nur einmal wöchentlich den Arbeitern zu geben war, ist durch die Vorschrift ersetzt, daß der Arbeitgeber seinen Arbeitern Gelegenheit zu geben hat, täglich vor dem Verlassen der Arbeit in einem innerhalb der Betriebsanlage gelegenen, während der wärteren Jahreszeit geheizten Räume ein warmes Bad zu nehmen.

8. Das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und von männlichen Arbeitern unter 16 Jahren in Räumen, in denen Thomaschlacke oder Thomaschlackemehl eingebracht ist, ist auf die Räume beschränkt, in denen die Ware lose eingebracht wird, aber auf die männlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren ausgedehnt. Neu verboten ist ferner für alle Arbeiter unter 18 Jahren das so gesundheitsgefährdende Klappen gebrauchter Säcke.

9. § 16, der die Einstellung von Wohnheimstricken und an Atmungsorganen erkrankten Personen verbietet, ist schärfer gefaßt und die dauernde Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter durch folgende Fassung angeordnet:

Der Arbeitgeber darf zu den im § 15 bezeichneten Arbeiten nur solche Personen einstellen, welche die Bescheinigung eines von der höheren Verwaltungsbehörde dazu ermächtigten, dem Gewerbeaufsichtsbeamten (§ 130b der Gewerbeordnung) namhaft zu machenen Arztes darüber beibringen, daß bei ihnen Krankheiten der Atmungsorgane oder Alkoholismus nicht nachweisbar sind. Die Bescheinigungen sind zu sammeln, aufzubewahren und dem Aufsichtsbeamten (§ 130 b der Gewerbeordnung) auf Verlangen vorzulegen. Diesem Arzte hat der Arbeitgeber auch die dauernde Überwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter dergestalt zu übertragen, daß der Arzt mindestens einmal monatlich die Arbeiter im Betriebe aufzusuchen und bei ihnen auf Anzeichen etwa vorhandener Erkrankungen der Atmungsorgane und auf Anzeichen des Alkoholismus zu achten hat.

Der Arbeitgeber darf Arbeiter, die nach ärztlichem Urteil solcher Erkrankungen oder des Alkoholismus verdächtig sind, zur Beschäftigung mit den im § 15 bezeichneten Arbeiten (Zerkleinern oder Mahlen, Abfüllen der Thomaschlacke und loses Lagern oder Verladen des Thomaschlackemehls) nicht zulassen. Arbeiter, die sich gegenüber den Einwirkungen des Thomaschlackestaubes besonders empfindlich erweisen, sind dauernd von jenen Beschäftigungen auszuschließen.

Dementsprechend muß in Zukunft das Kontrollbuch auch den Namen des mit der Überwachung des Gesundheitszustandes beauftragten Arztes und die Tage und Ergebnisse der vorgeschriebenen allgemeinen ärztlichen Untersuchungen enthalten.

10. Neu ist ferner folgender § 18 im Interesse der Gesundheit der Arbeiter:

Der Arbeitgeber hat für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen darüber zu erlassen, daß die Arbeiter weder Branntwein in die Anlage noch Nahrungsmittel in die Arbeitsräume mitnehmen dürfen, und daß das Einnehmen der Mahlzeiten nur außerhalb der Arbeitsräume gestattet ist.

In den zu erlassenden Bestimmungen ist vorzusehen, daß Arbeiter, die trotz wiederholter Warnung diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können.

Ist für einen Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 184 a der Gewerbeordnung), so sind diese Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen.

Die Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Soweit zur Durchführung der Einrichtung ausreichender Absaugevorrichtungen oder zur Errichtung der Vabergelegenheit bauliche Veränderungen erforderlich sind, kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Frist bis längstens zum 1. Oktober 1910 gewähren. Bis zum 1. Januar 1910 dürfen Säcke, die der vorgeschriebenen Stärke und Dichtigkeit nicht entsprechen und durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden, noch benutzt werden.

Ersichtlich an der Verordnung ist insbesondere die Erstreckung des Schutzes für jugendliche männliche Arbeiter von 16 auf 18 Jahre.

## Prozeß Eulenburg.

Die gestrige Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg wegen Meineids und Verleitung zum Meineid endete mit Vertagung des Prozesses auf unbestimmte Zeit.

Ueber die gestrige Episode des für unsere Rechtsverhältnisse charakteristischen Gerichtsverfahrens gegen den Fürsten bringen wir nachstehenden Bericht.

Der Angeklagte Fürst Eulenburg wurde diesmal nicht zum Saale getragen. In Begleitung eines seiner Söhne und seines Leibjägers verließ er sein Automobil und stieg, auf den Arm des Sohnes gestützt, die Treppe zum Schwurgerichtssaal hinauf und wartet auf einem der für die Zeugen bestimmten Stühle auf den Beginn der Verhandlung. Der Angeklagte sieht leidend aus, die Wangen sind eingefallen, aber das Auge ist klar und lebendig. Kurz nach 8½ Uhr wird von zwei Männern aus dem Untersuchungsgefängnis ein großer heiserer Krankenstuhl in den Saal getragen, auf dem Fürst Eulenburg unmittelbar vor den Plätzen seiner Verteidiger Platz nimmt.

Gleich darauf erscheint der Gerichtshof, bestehend aus dem Landgerichtsdirektor Ranzow (Vorsitzender) und dem Landrichter Arnold und Assessor Schaumburg (Beisitzer). Die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Dr. Preuß und Staatsanwalt Borzell vertreten, die Verteidigung führen Justizrat Wronker und Rechtsanwalt Ludwig Gholzledner.

Landgerichtsdirektor Ranzow betritt hierauf mit den Verteidigern den Sitzungssaal und eröffnet mit den üblichen Formalien das Schwurgericht.

Ein Geschworener erklärt sich als befangen.

Vor Auslösung der Geschworenen tritt der als Geschworene geladene Abbeihändler Christoph Tennigkeit hervor und gibt folgende Erklärung ab, die allgemeines Aufsehen erregt: „Ich fühle mich in dieser Sache vorgezogen und befangen und kann wohl deshalb als Geschworener nicht mitwirken. Ich habe mir schon aus den Zeitungen mein Urteil gebildet. Borzell: Können Sie hier an Eidesstatt versichern, daß von keiner Seite weder schriftlich noch mündlich auf Sie eingewirkt worden ist, daß Sie diese Erklärung selbst und freiwillig abgeben. Geschworener Tennigkeit: Ich kann hier an Eidesstatt erklären, daß ich diese Erklärung freiwillig abgebe und von keiner Seite auf mich eingewirkt ist.“

Der Geschworene wird, nachdem diese Erklärung zu Protokoll genommen ist, entlassen und verläßt den Saal. Die nun folgende

Auslösung der Geschworenen

hat folgendes Resultat. Als Geschworene werden durch das Los bestimmt: 1. Verlagsbuchhändler Hermann Mühlbrecht, 2. Fabrikant Carl Bieweg, 3. Kaufmann Bothe von Pragaria, 4. Profurist Max Seigt, 5. Fabrikant Willi Wiedersheimer, 6. Goldschmiedemeister Karl Pähm, 7. Architekt und Maurermeister Gustav Billebeck, 8. Fabrikbesitzer Franz Tamborini, 9. Fabrikant August Biethe, 10. Kupferdruckereibesitzer Wilhelm Felsing, 11. Profurist Heinrich Ballast, 12. Diplomingenieur Ludwig Adler. Als Ersatzgeschworene werden ausgelost: Buchhändler Eugen Stange, Architekt Wilhelm Wolff, Fabrikant Gustav Ahmer, Verlagsbuchhändler Gustav Bohlen.

Bernennung des Angeklagten.

Borzell: Angeklagter, können Sie während der Bernennung aufstehen? Angeklagter: Das möchte ich davon abhängig machen, ob ich mich kräftig genug fühlen werde. Borzell: Ich werde nachher einige Stühle in der Anklagebank abschrauben lassen, damit Sie auf der Anklagebank Platz nehmen können. Angeklagter, Sie sind der Fürst Philipp zu Eulenburg? — Angeklagter: Ja. — Borzell: Wann sind Sie geboren? — Angeklagter: Am 12. Februar 1847 zu Königsberg in Preußen und bin seit 1876 mit Auguste Gräfin von Soudet verheiratet. Aus der Ehe sind acht Kinder hervorgegangen, von denen zwei gestorben sind. Die anderen sind in den Jahren 1880 bis 1888 geboren. — Borzell: In amtlicher Stellung waren Sie von wann bis wann? — Angeklagter: Ich bin zuerst Offizier gewesen und im Jahre 1866 bei den Garde du Corps eingetreten. Ich bin bis 1871 in dieser Stellung gewesen, habe als Offizier das Abiturientenexamen gemacht. Als der Feldzug zu Ende war, habe ich drei Jahre studiert, bin Referendar geworden und habe den Dr. juris gemacht. Ich bin im praktischen Justizdienst bis 1877 geblieben. — Borzell: Wo waren Sie da tätig? — Angeklagter: Zuerst in Lindow bei dem Einkäufer. — Borzell: Das war der jetzt als Zeuge vorgeladene Geh. Justizrat Rammel. — Angeklagter: Jawohl. Dann arbeitete ich bei dem Gericht in Ruppin. Dann bin ich ins Auswärtige Amt übergegangen und bin dort bis zu meinem Abschied im Jahre 1902 geblieben, dann bin ich zur Disposition gestellt und habe meinen definitiven Abschied im Jahre 1907 erhalten. — Borzell: Wie gestaltete sich Ihre Tätigkeit in den Jahren 1881 bis 1888? — Angeklagter: Ich habe erst bei dem Auswärtigen Amt gearbeitet, dann mein diplomatisches Examen gemacht und bin auf verschiedenen Posten gewesen, in Paris, München usw. — Borzell: Wann kamen Sie nach München? — Angeklagter: Im Jahre 1881, zuerst als Sekretär, dann als Legationsrat bis 1888. Ich war dann als Gesandter in Oldenburg, Stuttgart, Gesandter in München, dann Botschafter in Wien bis 1907, wo ich endgültig entlassen wurde.

Nach vorläufiger Entlassung der Zeugen erklärt der Angeklagte, daß er sich leidend fühle und momentan kaum imstande sei, der Verhandlung zu folgen.

Verlesung des Eröffnungsbeschlusses.

Der Vorsitzende verliest zunächst den Eröffnungsbeschluss. Danach wird der Fürst beschuldigt, im Dezember 1907 durch zwei selbständige Handlungen 1. vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I den vor seiner Bernennung geleisteten Eid wesentlich falsch abzugeben, und 2. im Inlande es unternommen zu haben, den Richter Ernst zu Starberg zur Abgabe eines falschen eidlichen Zeugnisses zu verleiten.

Verhandlungsfähig?

Borzell: Nun gebe ich dem Verteidiger das Wort. Justizrat Wronker: Se. Durchlaucht wird sich selbst äußern. Angeklagter: Ich bin sehr schwer in der Lage, momentan zu folgen, und zwar möchte ich dies in folgender Weise begründen. Ich leide seit langer Zeit hauptsächlich an Herzansfällen, die fast jeden Morgen in großer Heftigkeit auftreten. So ist das auch heute wieder. Die Wirkung dieser Anfälle pflegt sich während der Dauer des Tages abzuschwächen, so daß ich dann wieder gegen Abend mich leiblich wohl fühle. Währenden dauern die Anfälle in ihren Wirkungen den ganzen Tag. Ich habe gehofft, daß sich mein Gesundheitszustand bessern wird. Niemand auf der ganzen Welt wünscht wohl so wie ich den Prozeß zu Ende zu führen. Ich habe deshalb alles aufgegeben und getan, um meine Gesundheit zu kräftigen. Deshalb bin ich nach Gastein gegangen. Ich besuche seit 12 Jahren das Bad Gastein und es als das Bad gefunden, daß mir immer geholfen hat. Ich hatte die Zuversicht, daß es mir auch diesmal helfen würde und hoffte, in letziger Verfassung vor Gericht zu erscheinen. Das ist mir nicht möglich gewesen. Die Verhältnisse haben es so herbeigeführt, daß ich zurückkehren mußte. Ich bin kaum in der Lage gewesen, überhaupt heute zu erscheinen. Ich habe es aber getan, um darzutun, daß ich den dringenden Wunsch habe, den Prozeß zu Ende zu führen. Ich habe auch die Hoffnung, aber in meiner subjektiven Anschauung kann ich — — Borzell (unterbrechend): Was wollten Sie zu Anfang sagen? Angekl.: Doch ich nicht in der Lage bin, so folgen und vor allen Dingen nicht imstande bin, zu so früher Stunde zu folgen, da ich gerade morgens einen Schwächeanfall habe, während ich mich des Abends viel wohler fühle.

Borzell: Gerade die wissenschaftliche Deputation, die höchste Medizinische Behörde hat gesagt, daß der Zustand des Fürsten am frühen Morgen am besten für eine Verhandlung wäre. Ich habe deshalb die Verhandlung auch so früh angefaßt.

Angekl.: Es sind dies alles Herren gewesen, die mich nie im Leben vorher gesehen hatten. Sie sind einmal draußen gewesen und haben auch während 10 bis 25 Minuten mich untersucht. Daraufhin haben sie ihr Urteil abgegeben. Sie haben immer gesagt, sie können auf subjektive Neußerungen meinerseits keine Rücksicht nehmen. Ich bitte doch diejenigen Herren zu hören, die meinen Gesundheitszustand gründlich kennen.

Borzell: Es ist zweifellos, daß Sie ein kranker Mann sind. Es fragt sich bloß, ob Sie nicht in der Ihnen unabweisbar und unangenehmen Situation mehr davon Gebrauch machen und über-

treiben. Als die wissenschaftliche Deputation in Liebenberg erschien, hatten Sie sich im Garten befunden, und als Sie hörten, daß die Herren herankamen, haben Sie plötzlich ins Bett gelegen. Das ist doch sehr auffallend, wenn Sie plötzlich nach oben gehen und die Herren Sie im Bett finden. Sie sollen bei der Untersuchung auch plötzlich den Atem auffassen angehalten haben. Sie sollen auch im Bett übertrieben haben!

Angekl.: Dagegen muß ich mich auf das entschiedenste wehren, daß ich simuliere. Das hätte doch gar keinen Sinn, denn ich habe das größte Interesse darin, den Prozeß endlich zu Ende geführt zu sehen. Ich bin in verschiedenen Stunden bald besser, bald schlechter auf dem Posten. Ich gehe des Tags über viel umher, lege mich aber 4—5mal täglich ins Bett. Nun bin ich im Schlafgarten gewesen und war gerade im Begriff, mich wieder zu legen, weil ich mich leidend fühle. Wenn das sehr schnell gegangen ist, so liegt das daran, daß ich immer schon so angezogen bin, daß ich mich schließlich niederlegen kann.

Borzell: Warum hielten Sie denn aber den Atem an? Angekl.: Das ist entschieden nicht wahr! Ich denke gar daran. Borzell: Wie ist es aber mit dem Wehen? Sie sollen in Gastein ganz gut gegangen sein.

Angekl.: Ich bin ein schwerer Wichtiger, ich bin manchmal in Gastein langsam gegangen, aber meistens doch im Rollstuhl gefahren.

Borzell: Sie meinen also, daß Sie nicht verhandeln können? Angekl.: Nein, momentan nicht!

Borzell: Na, wir könnten ja morgens hier antreten, bis zum Abend sitzen und wenn Sie verhandlungsfähig sind, immer ein Stündchen verhandeln.

Rechtsanwalt Gholzledner beantragt, den Sanitätsrat Dr. Gennrich, der den Angeklagten seit langen Jahren als Hausarzt behandelt hat, zu hören.

Antrag auf Verhaftung.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Nach dem Gutachten der wissenschaftlichen Deputation ist die Vermutung naheliegend, daß der Angeklagte übertreibt und simuliert. Dies stimmt mit den Beobachtungen überein, die die Polizeibeamten in Gastein gemacht haben, ferner mit der Tatsache, daß der Angeklagte in großer Eile Tag und Nacht in einem gewöhnlichen Coupé über Salzburg nach Berlin reisen konnte, dann hier in Berlin noch ein Café besuchte und den Humor besaß, in höflicher Weise den beiden Polizeibeamten, die ihm in einer Droschke folgten, „für ihr sicheres Geleit“ zu danken. Ich beantrage, daß der Angeklagte in Untersuchungshaft zu nehmen ist, denn man muß sich auch davor sichern, daß der Angeklagte Mittel anwendet, um künstlich seinen Zustand zu verschlechtern. Dazu kommt, daß der Angeklagte schon dem Richter Ernst gegenüber seinerzeit einen Beeinflussungsversuch unternommen hat. Wir sind Mittelungen darüber zugegangen, daß auch jetzt wieder eine Verdunkelungsgefahr vorliegt und der Angeklagte wieder sich an wichtige Belastungszeugen herangemacht habe. Ich beantrage daher die Verhaftung des Angeklagten im Interesse des Ansehens der Justiz, und falls heute eine Verhandlungsfähigkeit nicht vorliegt, so beantrage ich, daß der Beginn der Verhandlung in Zukunft auf 11 Uhr vormittags verlegt wird.

Justizrat Wronker: Den Ausführungen des Oberstaatsanwalts gegenüber muß ich doch hervorheben: Der Fürst ist allerdings mit großer Schnelligkeit, unter Anspannung aller seiner Kräfte hierher geeilt, nachdem er von mir über den Inhalt des Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation unterrichtet worden ist.

Angeklagter Fürst Eulenburg: Ich bestätige das. Mir wurde gesagt, ich würde verhaftet werden, wenn ich nicht eine halbe Million Kaution stellen würde. In meinem Zustande war es mir ein unfaßbarer Gedanke, in Haft genommen zu werden, und ich mußte nicht, wo ich in so kurzer Zeit eine solche Riesensumme aufbringen sollte. Ich bin keineswegs so reich, wie vielfach angenommen wird.

Borzell: Die geforderte Kaution hat die Deutsche Bank gestellt. Hat Baron v. Rothschild die erforderliche Summe hergegeben? Angekl.: Nein, das Geld wurde gegen Unterlagen beschafft. Um eine so große Summe herbeizuschaffen, mußte ich doch so schnell wie möglich hierher eilen, um auch auf alle Fälle an Ort und Stelle zu sein. Meine Wohnung war noch nicht imstande und deshalb mußte ich nach meiner Ankunft in der Frühe ein Café aufsuchen.

Justizrat Wronker legt des längeren dar, daß er von der Ansicht des Angeklagten nach Gastein zu reisen, rechtzeitig dem Staatsanwalt Mitteilung gemacht habe. Er habe dem Fürsten geraten, zu warten, bis die wissenschaftliche Deputation bei ihm gewesen. Er sagte aber: es komme nun die heiße Sommerzeit, Gastein werde von Sommergästen überflutet und seine Situation dort werde immer unhalbbarer werden. Als die wissenschaftliche Deputation kam, habe der Fürst an die Herren die Frage gerichtet, ob es nicht gut wäre, wenn er nach Gastein reise? Die Herren bestätigten dies. Nun habe er dem Angeklagten gesagt, daß er unbedenklich reisen könne und habe selbst dem Oberstaatsanwalt die Reise und die Tour der Reise mitgeteilt. Mit einem Male habe sich dann in der Presse ein Sturm der Empörung über diese Reise des Fürsten nach Gastein erhoben und plötzlich sei an den Fürsten die Aufforderung ergangen, die Kaution auf 500 000 Mark zu erhöhen oder der Verhaftung gewärtig zu sein.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß widerspricht diesen Ausführungen in verschiedenen Punkten. Wichtig sei es, daß der Verteidiger am Nachmittag, als der Angeklagte abgereist war, bei ihm gewesen sei. Vorher habe er einmal vom Verteidiger gelegentlich gehört, daß der Fürst den Wunsch habe, nach Gastein zu verreisen. Das sei aber doch Zukunftsmusik gewesen.

Bernennung der Sachverständigen über die Verhandlungsfähigkeit. Borzell: Ich komme nunmehr zu der wichtigsten Frage, nämlich der Frage der Verhandlungsfähigkeit des Fürsten. — Der Vorsitzende ruft die anwesenden Sachverständigen auf und richtet an den langjährigen Hausarzt des Fürsten, Sanitätsrat Gennrich, der an den Zeugnissen gerufen wird, folgende Worte: Ich will etwa keinesfalls Ihrer Glaubwürdigkeit zu nahe treten, aber es befinden sich sehr nahe Beziehungen zwischen dem Fürsten Eulenburg und Ihnen, die jedoch bei Ihrer Aussage von keinerlei Einfluß sein dürfen. An die sämtlichen Herren Sachverständigen richte ich die Mitteilung, daß es lediglich auf folgende drei Punkte ankommt: 1. Ist der Angeklagte verhandlungsfähig? 2. Ist er handlungsfähig und 3. wann und zu welcher Tageszeit ist eine Verhandlung mit dem Fürsten am besten?

Sanitätsrat Dr. Gennrich erstattet hierauf folgendes Gutachten: Der Fürst Eulenburg ist verhandlungsfähig, aber nicht auf längere Zeit. Es ist nicht richtig, daß die Verhandlung morgens in aller Frühe am besten stattfindet. Ich halte eine spätere Stunde für viel besser und zweckmäßiger. Ich kenne den Fürsten schon seit etwa 30 Jahren und habe ihn mehrere Tausend Male genau untersucht. Ich habe jedes Mal gefunden, daß es gerade am Vormittag mit dem Fürsten am schlechtesten bestellt ist und am Nachmittag etwa in der vierten Stunde am besten geht. Am meisten habe ich mich f. B. über die Zusammensetzung der wissenschaftlichen Deputation gewundert. Sie bestand aus dem Chirurgen Vier, dem Kinderarzt Häubner und dem pathologischen Anatom Strachmann. Ich habe allerhand Achtung vor diesen hohen Gelehrten, ich habe aber gekannt darüber, daß diese in zwangig Minuten schon zu einem Resultate gekommen sind. Ich glaube es nicht und werde es nur unterzeichnen, was dort als Gutachten abgegeben ist. Sollen denn die Herren so geleitet sein, daß sie in zwangig Minuten mehr herausbekommen, als ich in der ganzen langen Zeit, in der ich den Krankheitszustand des Fürsten genau kennen gelernt habe. Borzell: Sie werden doch wohl aber zugeben, daß Herr Geheimrat Vier wohl den Zustand bei einer Arterio-Sklero erkennen und begutachten kann — Dr. Gennrich: Das ist möglich. Borzell (fortfahrend): Meinen Sie nicht, daß Herr Geheimrat Dr. Strachmann, der in seiner Tätigkeit doch mit allen Krankheiten sich beschäftigen muß, nicht in der Lage ist, den Zustand des Fürsten genau zu erkennen. Dr. Gennrich: Wer die Geheimrat Strachmann nur mit Leigen zu tun hat, verliert

vielleicht die genaue Beurteilung des Menschen. Vorf.: Es ist Ihnen doch wohl bekannt, daß man gerade durch das Studium an Leiden den Menschen kennen lernt. Wo liegt denn eigentlich Ihre Haupttätigkeit Herr Sanitätsrat? Dr. Gennrich: Haupttätigkeit auf dem Lande. Vorf.: Glauben Sie von sich sagen zu können, ich bilde mir ein es besser zu wissen, wie es mit dem Fürsten steht, als die anderen Herren? Dr. Gennrich: Natürlich, ich kenne ja den Fürsten seit 30 Jahren. Vorf.: Sie haben doch in Ihren Ausführungen angedeutet, daß die wissenschaftliche Deputation mit einer gewissen Voreingenommenheit an die Untersuchung des Fürsten Eulenburg herangetreten sei. Wenn man aber hört, daß der Fürst den Atem angehalten hat, so kann doch wohl von einer Voreingenommenheit keine Rede sein. Dr. Gennrich: So meinte ich es auch nicht. Ich habe stets gesehen, daß es am Morgen mit dem Fürsten am schlechtesten stand. Es hängt dies mit der allgemeinen Verfassung des Nervensystems des Fürsten zusammen. Vorf.: Sie meinen also, daß der Fürst ein labiles und kein stabiles Nervensystem hat. Dr. Gennrich: Jawohl. Der Fürst sagte mir früher einmal: Lassen Sie mal auf, sie bringen mich noch ins Irrenhaus. Ich erwiderte damals: Na, dazu muß man doch erst verurteilt werden. — Ich habe bei dem Fürsten konstatiert, daß er nicht nur an Arterioskleroze, sondern auch an Gicht und Neuritis leidet. Alles andere sind seelische Zustände. Ich selbst habe dem Fürsten empfohlen nach Gastein zu gehen und habe ihn vorher untersucht. Vorf.: Wann meinen Sie ist die beste Verhandlungszeit für den Fürsten? Dr. Gennrich: Ich denke gegen 4 Uhr nachmittags, dann kann er bis gegen 8—9 Uhr aushalten. Vorf.: Wie steht es mit der Haftfähigkeit? Dr. Gennrich: Dadurch würde ja sein Leiden noch schlimmer werden.

Es wird hierauf Geh. Medizinalrat Dr. Strahmann benommen, der bekundet: Ich habe die Ehre, das hier schon mehrfach angezogene Gutachten der „Wissenschaftlichen Deputation“, der ich auch angehört habe, hier vor Ihnen vertreten zu können. Der Herr Sanitätsrat Dr. Gennrich hat hier einen persönlichen Ton angeschlagen, der sonst hier nicht üblich ist und in den ich auch nicht einzufallen gedenke. Herr Geheimrat Häubner ist z. B. langjähriger Leiter der Klinik für innere Krankheiten in Leipzig gewesen und hat sich speziell mit Herzkrankheiten beschäftigt. Die Bezeichnung Aimerarzt ist deshalb völlig deplaziert. Ich selbst beschäftige mich nicht nur mit Leichen, sondern wie es gerichtlich bekannt und auch eigentlich selbstverständlich ist, auch mit lebenden Menschen. Ganz entschieden muß ich auch gegen die Behauptung Front machen, daß wir mit Voreingenommenheit an die Sache herangetreten sind. Ich finde diese Angriffe um so weniger begründet, weil wir ja im Grunde ganz derselben Ansicht sind und wesentliche Differenzen zwischen dem Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation und der Ansicht des Dr. Gennrich gar nicht bestehen. Niemand dürfte wohl bezweifeln, daß eine Verhandlung in den frühen Morgenstunden besser ist als in den heißen Mittagsstunden. Ich möchte ferner zur Klarstellung unseres Gutachtens bemerken, daß nirgends von einer Simulation darin die Rede ist. Wir haben nur hervorheben wollen, daß die subjektiven Beschwerden größer sind als der objektive Befund. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, daß der nervöse Zustand des Fürsten ein unwillkürliches Anhalten des Atems hervorgerufen hat. Der Fürst hat hier doch in sehr schlagfertiger Weise seine Verteidigung selbst geführt. Ich bin deshalb zu der Ansicht gekommen, daß eine Verhandlung wohl möglich ist, diese darf aber unter keinen Umständen sehr lange ausgedehnt werden. Die Höchstzeit beträgt etwa 4 bis 5 Stunden, die von mehreren kleinen Pausen unterbrochen sein müßte. Bezüglich der Haftfähigkeit kam ich nur sagen, daß uns diese Frage seinerzeit nicht vorgelegt worden ist. Ich kann deshalb nur meine persönliche Ansicht hier vortragen. Unter Berücksichtigung aller Umstände kann ich nur sagen, daß die Gefahr sehr nahe liegt, daß die Haft einen sehr ungünstigen Einfluß auf den Gesundheitszustand des Fürsten haben kann. Erstes Gebot wäre, daß sich in unmittelbarer Nähe des Fürsten ständig bei Tag und Nacht ein Arzt aufhält, der zu jeder Zeit zur Stelle ist, um einzugreifen.

Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärt: Die Verhandlungsfähigkeit des Fürsten ist nur eine zeitweise und relative. Ich habe objektiv ganz einwandfrei Anfälle von Herzschwäche konstatiert. Ich stehe nicht auf dem sehr extremen Standpunkt des Sanitätsrats Gennrich, daß die Verhandlung erst um 4 Uhr beginnen solle, sondern glaube, daß am besten um 12 Uhr begonnen und dann mit einigen Pausen von 10 Minuten 4 bis 5 Stunden ohne Bedenken verhandelt werden kann. Eine Lebensgefahr glaube ich, liegt nicht vor, dagegen muß man mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß durch die Haft eine starke seelische Depression bei dem Fürsten herbeigeführt wird.

Med. Rat Dr. Steiner: Schon im September vorigen Jahres habe ich den Fürsten etwa 12mal in der Charité untersucht und dabei in eintausendfacher Weise festgestellt können, daß der Fürst an einer schweren Schlagaderverkalkung und an zeitweiligen Anfällen von Herzschwäche litt, die zum großen Teil seine Klagen hinreichend erklärten. Um sicher zu gehen, inwiefern etwa eine abschließliche Beeinflussung des Zustandes vorliege, habe ich mich auch einmal nachts um 3 Uhr an das Bett des Fürsten herangewagt und während er schlief den Puls kontrolliert. Auch hierbei war der Puls genau so schlecht und so unregelmäßig wie bei sonstigen Untersuchungen. Keinerlings untersuchte ich den Fürsten wieder am 30. Juni, abends, und fand seinen Puls befriedigend und ihn selbst sehr aufgetraut, sein Aussehen war ein frisches, so daß ich die besten Hoffnungen für seine Verhandlungsfähigkeit hegte. Jedoch 12 Stunden später war das Verhalten des Fürsten ein völlig verändertes. Der Puls zeigte eine starke Schwankung der Schlagfolge, und als ich nun den Fürsten aufstehen und sich hinsetzen ließ, trat unter meinen Augen eine ganz akute Verschlechterung des Gesamtzustandes ein. Der Puls wurde plötzlich fast unzuführbar, fadenförmig, das Gesicht noch frischer Aussehen verging, die Gesichtsfarbe wurde eine scheinbar, seine Züge erschienen plötzlich ganz verändert, auf die Stirne trat kalter Schweiß, die Hände wurden wachsfarben und bis zum Ellbogen eiskalt und der Fürst verfiel augenblicklich. Das war kein Kunstprodukt, kein durch ein Mittelchen erzeugter Anfall, sondern eine natürliche Krankheit. Ich lege meine Hand ins Feuer! Der Anfall war echt, er war auch keinesfalls durch Anhalten des Atems bedingt, sondern durch echte akute Herzschwäche. Ich bin der Überzeugung, daß der Fürst nicht nur an schwerer Arterioskleroze, sondern auch an schwerer Entartung des Herzmuskels (Myokarditis) leidet. Auf Grund dieser Feststellungen komme ich zu folgendem Gutachten: Ich erachte die Verhandlungsfähigkeit des Fürsten keinesfalls für zweifelhaft und jedenfalls ist sie von so vielen Zufälligkeiten abhängig, daß ich sie beinahe verneinen möchte. Ich glaube, daß die Verhandlung im Sande verlaufen wird. Für den Fall der Inhaftierung wäre es eine conditio sine qua non, daß ein Arzt dauernd in der Nähe des Kranken bleibe, um ihm im Fall der Gefahr durch Herzmassage und passive Bewegungen der Arme und ähnliches Hilfe zu leisten.

Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Fürbringer hält es für möglich, aber nicht für wahrscheinlich, daß einer der nächsten Anfälle dem Fürsten eine schwere Katastrophe bringt. Ich selbst habe eine Reihe schwerer Symptome konstatiert, die gar nicht simuliert werden können. Ich war vielleicht der erste, der mit dem Verdacht einer Täuschung gerechnet hat. Ich erkläre jetzt aber hier: Dieser Verdacht hat sich nicht bestätigt! Der Versuch einer Verhandlung kann gewagt werden. Zu befürchten ist nur die große Hitze, da gerade die Sonne auf derartige Kranken einen geradezu unheilvollen Einfluß ausübt. Eine Haftfähigkeit ist wohl vorhanden, würde den Zustand aber ungünstig beeinflussen.

Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kraus: Wir haben den Fürsten zu jeder Tageszeit untersucht, haben das Herz mittels Röntgenstrahlen photographiert und objektive Beobachtungen gemacht. Der Verdacht einer Simulation kommt gar nicht in Frage. Ich habe das schriftliche Gutachten der wissenschaftlichen Deputation zwar mituntergelesen, möchte mich aber der Motivierung nicht anschließen. Solche Patienten, wie der Fürst, sind gerade am frühen Morgen besonders stark leidend und auch physisch stark beeinflusst.

so daß die Möglichkeit besteht, daß der Fürst den einzelnen Phasen in dieser schwierigen Verhandlung nicht mit der erforderlichen Aufmerksamkeit folgen kann. Der Sachverständige fährt weiter aus: Er zweifle nicht daran, daß im Augenblick eine relative Verhandlungsfähigkeit bestehe, er schlage aber auch den Beginn um 11 Uhr vormittags vor. Wie lange diese Verhandlungsfähigkeit andauern kann, sei gar nicht abzusehen. Was die Haftfähigkeit betrifft, so werde das Leben des Patienten nur dann nicht gefährdet, wenn die Haft wesentlich modifiziert und hier im Hause ein Zimmer zu diesem Zweck hergerichtet werde.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Nach dem von den Sachverständigen Gehörten kann ich den Vorschlag der Simulation nicht aufrechterhalten und ziehe ihn zurück. Ich bitte aber, den Medizinalrat Hoffmann zu fragen, wie die Einrichtungen im Untersuchungsgefängnis sind.

Medizinalrat Dr. Hoffmann: Die Einrichtungen, die wir bis jetzt dort haben, genügen nicht. Es müßte mindestens noch ein Arzt für die Nacht eingestellt werden.

Vorf.: Wenn der Angeklagte auf Schloß Liebenberg sitzt, hat er doch nicht immer einen Arzt um sich.

Medizinalrat Dr. Hoffmann: Wir haben aber dort nicht die Verantwortung!

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Es sind aber doch etwa vier Zimmer vorhanden, die genügend Raum bieten würden für den Angeklagten, einen Arzt und einen Wärter. Es könnte doch ein Arzt und ein Lazarettgehilfe noch besorgt werden.

Medizinalrat Dr. Hoffmann: Vorläufig sind sie aber doch noch nicht vorhanden!

Vorf.: Ich frage nunmehr die Herren Sachverständigen: Halten Sie es für wünschenswert, den Angeklagten jetzt noch einmal zu untersuchen?

Die Sachverständigen bejahen.

Untersuchung des Angeklagten.

Da die Untersuchung im Gerichtssaale stattfinden soll, macht der Vorsitzende eine Pause von 20 Minuten. Der Saal muß von den Zuhörern und den Vertretern der Presse geräumt werden.

Die Untersuchung wird von den Ärzten in Anwesenheit des Gerichts und der Geschworenen vorgenommen. Während derselben wird der Angeklagte plötzlich von einem

sehr schweren Anfall der Herzschwäche befallen, der befürchtend ist. Die Gattin und der Sohn des Angeklagten werden schleunigst in den Saal gerufen und sind den Ärzten behilflich, die sich bemühen, den ohnmächtig gewordenen Angeklagten durch Wein und andere Belebungsmitel wieder zur Besinnung zu bringen. Die Ärzte konstataren einen Pulsschlag von 138 bis 148 Schlägen.

Neue Gutachten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung berichtet Geheimrat Prof. Dr. Kraus über das Ergebnis des Befundes. Der Anfall sei ein außerordentlich schwerer und jede Simulation sei dabei gänzlich ausgeschlossen gewesen.

Vorf.: Halten Sie hiernach den Angeklagten nicht für verhandlungsfähig?

Geheimrat Kraus: Für mich ist der Fürst nicht verhandlungsfähig. Eine geordnete Verhandlung würde mit einem Manne in dieser Verfassung kaum möglich sein, denn unter einer geordneten Verhandlung ist doch nur eine solche zu verstehen, bei der ein Angeklagter sich auch in jedem Augenblick verantworten kann. Das ist bei dem Angeklagten nicht möglich. Dieser kann unmöglich im Hochsommer bei einer Hitze von 23 Grad Celsius — soviel waren es in diesem Saale — in seiner schwerkranken Verfassung in genügender Weise der Verhandlung folgen.

Vorsitzender: Sie halten es also, Herr Sachverständiger, nach Ihrem Gewissen und nach Ihrer ärztlichen Erfahrung für geboten, die Verhandlung nicht fortzuführen?

Geheimrat Kraus: Dies ist meine Ansicht.

Geheimrat Prof. Dr. Fürbringer: Ich kann mich den Ausführungen des Redneren nur in jeder Beziehung anschließen. Ich habe 138 Pulse gezählt und bei 23 Grad im Saale waren seine Hände absolut kalt.

Sanitätsrat Dr. Gennrich: Ich schließe mich gleichfalls an. Ich habe so starke Anfälle schon oft beobachtet und die Angehörigen wissen schon, was sie zunächst zu tun haben.

Medizinalrat Dr. Steiner: Dieser Anfall übertraf bei weitem den schwersten, den ich bisher bei dem Fürsten beobachtet habe. Der Angeklagte ist nach meiner festen Überzeugung verhandlungsunfähig.

Medizinalrat Dr. Hoffmann: Ich bin derselben Meinung. Ich habe 148 Pulse gezählt!

Vorf.: Damit nicht gesagt werden kann, daß der Herr Oberstaatsanwalt das Wort „Simulation“ unbedeutend gebraucht habe, bringe ich das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation zur Verlesung. (In diesem Gutachten heißt es u. a. bezüglich des Atemhaltens: es wurde sehr bald klar, daß diese Erscheinung willkürlich hervorgerufen worden war.) Wenn der Herr Oberstaatsanwalt nach diesem Gutachten das Wort „Simulation“ gebrauchte, so war das doch sehr nahelegend. Wollen Sie, Herr Geheimrat Strahmann, als Mitglied der wissenschaftlichen Deputation, sich einmal äußern?

Geheimrat Dr. Strahmann: Ich kann nur sagen, daß in der Tat damals der Atem angehalten wurde. Ich kann mir aber denken, daß bei einem nervös erregten Menschen dies ohne Täuschungsabsicht vorkommen kann.

Vorf.: Aber nach dem Wortlaut des Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation konnte man doch zweifellos eine solche Täuschungsabsicht entnehmen?

Geheimrat Dr. Strahmann: Der Gebrauch des Wortes „willkürlich“ läßt dies allerdings zu, es sollte damit aber nicht ausgedrückt werden. Der Anfall den wir soeben gesehen, war ein sehr ernster Anfall von Herzschwäche, der offenbar unter dem Einfluß großer psychischer Erregung plötzlich entstanden ist. Es liegt die Gefahr vor, daß ähnliche Anfälle sich wiederholen und man muß darauf rechnen, daß sie die Verhandlung unmöglich machen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine Verhandlung durchführbar ist.

Auf Befragen des Oberstaatsanwalts erklären sämtliche Sachverständige übereinstimmend, daß auch eine Haftfähigkeit des Fürsten ausgeschlossen ist.

Antrag auf Vertagung.

Oberstaatsanwalt Dr. Preuß: Das Amt des Staatsanwalts ist ein schweres; man kommt oft in Konflikt zwischen seiner Pflicht und seinen eigenen Gefühlen. Heber letztere muß man hinweggehen, man muß nur seine Pflicht erfüllen und nicht nach dem Herzen fragen. Ich habe meiner Pflicht gehorcht auf Grund des Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation. Nachdem wir hier gesehen, was sich soeben vor uns abgespielt hat, bin ich nicht in der Lage, gegen einen Angeklagten zu verhandeln, der sich nicht ausreichend verteidigen kann und ich muß, so leid es mir tut, daß der Prozeß nicht zu Ende geführt werden kann, beantragen, die Verhandlung zu vertagen. Eine Verhaftung des Angeklagten kann auch nicht stattfinden; ich ziehe meinen hierauf bezüglichen Antrag zurück.

Hierauf erhebt sich der Erschlagene Verlagsbuchhändler Bohlen: Ich habe schon als ich diesen Saal betrat und den Angeklagten sitzen sah, Gewissensbisse empfunden, daß ich gegen einen solchen offenbar schwer Kranken Mann als Geschworener zu Gericht sitzen soll. Als ich nun aber doch in den schweren Anfall sah, sagte ich, daß ich mein Amt als Geschworener niederlegen möchte, denn ich würde es nicht verantworten können, gegen einen Mann in dieser Verfassung das Recht zu finden.

Vorf.: Eine solche Erklärung eines Geschworenen während der Verhandlung ist im allgemeinen nicht üblich, es ist aber vielleicht ganz angebracht gewesen, daß ein Vertreter der Männer aus dem Volke sich in dieser Weise äußert. Ich habe mit Absicht die Herren Geschworenen der ärztlichen Untersuchung beiwohnen lassen, damit sie sich selbst überzeugen können, ob hier Simulation vorliegt oder nicht.

Hierauf verkündet Landgerichtsdirektor Ranzow: Es hat sich heute nicht nur mit Wahrscheinlichkeit, sondern mit unbedingter Gewißheit ergeben, daß der Fürst Eulenburg jetzt und in nächster Zeit nicht verhandlungsfähig ist. Wir sind Richter, aber auch Menschen und wenn wir gegen einen Mann in diesem Zustande verhandeln würden, so würden wir Unmenschen sein.

Die Verhandlung wird daher auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Saal leert sich langsam. Um den Angeklagten, der vollständig gebrochen in dem Lehnstuhl sitzt, bemühen sich noch längere Zeit seine Angehörigen und Sanitätsrat Dr. Gennrich, sowie Medizinalrat Dr. Steiner. Schließlich wird der Angeklagte auf eine Krankenbahre, die in den Saal gebracht wird, gehoben und nach dem im Hofe stehenden Automobil getragen. Der Angeklagte soll zunächst in seine Wohnung und von da nach Liebenberg übergeführt werden.

## Gerichts-Zeitung.

Die Korfu-Kompagnie vor Gericht. In dem Prozeß gegen die Gründer einer Spielbank auf der Insel Korfu sind gestern nach fünfwöchentlicher Verhandlung sämtliche Angeklagten freigesprochen. Ueber den Inhalt der Anklage haben wir am 2. Juni berichtet.

Aus der Blohmischen Widnis. Die zweite Auflage des Mißhandlungs-Prozesses gegen Colander, den Hausvater der „Fürsorgeanstalt“ Blohmische Widnis begann gestern vor der 1. Instanz Strafkammer. Ueber den Ausgang dieses Prozesses, über dessen Inhalt wir bei der ersten Verhandlung ausführlich berichteten, werden wir Mitteilung machen.

## Vermischtes.

### Bergarbeiterunglück.

Am 7. d. M. „Deutscher Kaiser“, Schacht 4 in Hamborn am Niederrhein, wurde durch Aufstoßen des Förderkorbes ein größeres Unglück verursacht. Es wurden zwölf Steiger verletzt, darunter vier schwer und die übrigen leicht.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, **Wochentags** von 7 bis 9 Uhr, **Sonntags** von 10 bis 12 Uhr, **Abends** von 7 bis 9 Uhr. Jede Anfrage ist ein Nachschreiben und eine Zahl zur Beantwortung im Briefkasten binnen 14 Tage vorzulegen. Einige Fragen trotz man in der Sprechstunde vor.

2. 6. 2026. Nr. 1. Der Oberbürgermeister ändert am Wahlrecht nicht. 2. Schließen Sie vor dem Ersitzen einen Übertrag, in dem Sie das Eigentum Ihrer Frau anerkennen und auf ehelichliche Rückgründe und Verwaltungsvorgänge verzichten. 3. Unentgeltliche Sachen, auch Zeuerringe, sind unpfändbar. 4. Das Bausoll von der Höhe des Objektes ab. — Nr. 2. 22. Wenn aus Ihrem Mißvertrag sich Eigentümern nicht ergibt, ist der Wirt zu seinem Vorgehen nicht berechtigt. — **Rechtsanwalter Strauß 115.** 1. Der kinderlose Schwamm erbt, wenn kein Kind der Erblasserin vorhanden ist, die Hälfte des Nachlasses. Ueberdies gebührt ihm als Vorauszahlung der Haushaltungsgegenstände und Hochzeitsgeschenke. 2. Eine geschiedene Ehefrau muß bis zur Wiederverheiratung zehn Monate warten. Während von der Wartezeit kann ihr vom Amtsgericht bewilligt werden. Hiedurch ist es, dem Antrage das Zeugnis einer Ehebinde oder eines Arztes darüber beizufügen, daß sie sich nicht in anderen Umständen befindet. 3. Ist die Mutter für schuldig erklärt, so geht die elterliche Gewalt über die Kinder in vollem Umfange auf den Vater über. Der Vater steht nur das Recht zu, mit den Kindern persönlich zu verkehren. 4. Ja. — Nr. 5. Wer ohne Versicherungspflichtig zu sein weiter leben will, muß für je zwei Jahre mindestens 40 Mark zahlen. — Nr. 12. 1. und 2. Verfolgen Sie doch die Verhandlungen des Reichstags und unsere Darlegungen darüber. 3. Die Papiere begehren in der Galtigkeit. — Nr. 712. 1. Sobald flüssiges Geld vorhanden ist. 2. Ja. 3. Ja. — **Brat 15.** 1. Da keine Verabredung vorliegt, leidet nicht. 2. Ja, falls die Verbesserung patentiell ist. — **M. Weder.** Leider heißt die Veracht in Ihrem Hause über den 1. Juli hinaus nicht und kann den auf den Juni entfallenden Lohn gegen auswendige Auskosten ausrechnen. — **G. S. 18.** 1. Ja, aber der Beweis ist schwierig. In Ihrem Fall gehört der Frau, nicht dem Mann das Mobilar. 2. Nein. — **M. W. 1.** Das Urteil ist rechtskräftig. 2. Sozial und bekannt keineswegs. — **G. S. 122.** 1. In dreißig Jahren. 2. Die Alimentationsklage ist bei dem Amtsgericht des Bezirks anzustrengen, in dem der Beklagte wohnt. 3. Das ist verkehrt. — **G. W. 78.** Die Klage auf Unterhalt ist eine besondere Klage, wegen der abermal das Armenrecht nachgeprüft werden müßte. Die Höhe der Alimentationsbeiträge ist vom Gericht unter Würdigung aller Verhältnisse festzusetzen. Eine bestimmte gesetzlich festgelegte Summe gibt es nicht. — **N. 25.** 1. Ja. 2. Je nach Anfall der Vermögensaufgabe kann das Gericht einer der Parteien einen Eid auferlegen. 3. War keine andere Klageangabe gemacht, so beträgt die bei einem Dienstmädchen sechs Wochen zum ersten des Quartals. — **R. 111.** Die Testamenturkunde ist beizubringen und ein Auseinanderlegungsprotokoll bezüglich der Kinder erster Ehe. 2. Sie, nicht aber die Kinder sind wegen der Unfallsrente abzufinden. Die Kinder beziehen die Unfallsrente weiter. 3. Die Mitteilung können Sie bereits vor der Heirat machen. 4. Nein. — **M. W. 1000.** Ja.

Wintlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr beschleunigt, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, in neuen Kartoffeln über Bedarf, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

## Witterungsübericht vom 7. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in Grad C		
Emmerda	749.0	DE	3	Regen	15	Caparanda	758.5	SE	2	mollern	18
Darmstadt	747.5	SE	2	Regen	14	Fetersburg	759.2	SE	1	mollig	17
Berlin	749.0	3	halb	bd.	15	Seiffen	756.8	SE	5	mollig	13
Frankfurt a. M.	746.2	3	Regen	13	Aberdeen	752.8	SE	1	bedeckt	12	
München	751.0	3	Regen	11	Paris	752.9	SE	3	mollig	14	
Wien	752.0	1	Regen	15							

Wetterprognose für Donnerstag, den 8. Juli 1909. Etwas kühler, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	6. 7.	5. 7.	6. 7.	5. 7.		6. 7.	5. 7.	6. 7.	5. 7.
Remel, Mühl	158	0	158	0	Saale, Großh.	92	-24	92	-24
Bregel, Ansternburg	94	+1	94	+1	Dabel, Saubahn	39	+1	39	+1
Reichel, Thron	94	+2	94	+2	Ratzenow	41	-1	41	-1
Ober, Ratibor	279	-64	279	-64	Spree, Spremberg	110	-6	110	-6
Krojen	298	+5	298	+5	Breslow	64	0	64	0
Frankfurt	281	-32	281	-32	Sejer, Rindin	-99	-3	-99	-3
Wald, Schrum	36	+4	36	+4	Rindin	-23	-2	-23	-2
Landesberg	0	+6	0	+6	Rhein, Marienhaus	522	-24	522	-24
Rebe, Vorbaum	-26	-1	-26	-1	Rind	310	-4	310	-4
Elbe, Zeltmerly	198	-68	198	-68	Rind	329	+5	329	+5
Dresden	144	-62	144	-62	Redar, Heilbronn	89	-18	89	-18
Wald	254	+71	254	+71	Rain, Berthelshaus	148	+9	148	+9
Magdeburg	182	+52	182	+52	Wojel, Xrier	100	-22	100	-22

\*) + bedeutet Subs., - Fall. - \*) Unterpaß.



Partei-Angelegenheiten.

Die Ansetzung der Gemeinde-Wählerlisten erfolgt in den Tagen vom

15.—30. Juli

und zwar in den Lärnhallen der Gemeindefchulen

- Hagelberger Str. 34
Waldemarstr. 77
Strandberger Str. 9
Oberberger Str. 57
Ravenstr. 12.

Im Wahlbureau des Magistrats liegen die Listen diesmal nicht aus.

Wir geben später noch bekannt, welche Stadtbezirke und Abteilungslisten in jeder der fünf obengenannten Hallen ausliegen.

Die Listen können eingesehen werden:

wochentags von 3 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends, an Sonntagen „ 10 Uhr vorm. „ 4 Uhr nachm.

Flugblattverbreitung.

Am Dienstag, den 13. Juli, von 1/2 7 Uhr abends an in Berlin und Umgebung

Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen aus.

Es wird in diesem Blatte zur Einsichtnahme in die Wählerlisten, gleichzeitig aber auch, unter Beleuchtung der politischen Situation, zur Organisation und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert.

Wir bitten die Parteigenossen und -Genossinnen, auch dieses Mal allesamt anzutreten, damit die notwendige Arbeit prompt und schnell erledigt werden kann.

Der Aktionsausflug.

Hallenhausen-Seegebiet. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 11. Juli, eine Fuhpartie für Herren nach Wulstmarkt zur Besichtigung der neuen großen Bahnanlagen. Die Genossen treffen sich morgens 8 Uhr am Bahnhof Seegebiet. Bei regnerischem Wetter findet der Ausflug am 18. Juli statt.

Stralau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Genossenschaftspark“, Alt-Stralau 5, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahl der Delegierten. 3. Vereinsangelegenheiten. Es wird erwartet, daß auch die Nachschichtarbeiter zahlreich erscheinen. Der Vorstand.

Potsdam. Am Sonntag, den 11. Juli ist Flugblattverbreitung.

Spandau. Am Sonntag, den 11. Juli, findet eine Flugblattverbreitung statt. Es wird erwartet, daß die Genossen in ihren Bezirkslokalen morgens 7 1/2 Uhr vorzählig erscheinen. Die Bezirksführer können jetzt die Flugblätter beim Genossen Köppen in Empfang nehmen.

Den Genossen und Genossinnen, welche sich an dem am Sonntag, den 10. Juli, in Cladow stattfindenden Sommernachtsfest beteiligen, zur Kenntnis, daß die Abfahrt des Motorbootes abends 8 1/2 Uhr von der Brauerei Pichelsdorf erfolgt. Fahrpreis 40 Pf. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Waldgottesdienste und Tierschutzpredigten.

Waldgottesdienste finden jetzt an jedem Sonntag in der Umgegend Berlins massenhaft statt. Anscheinend ohne größere Vorbereitung, mit Posaunengebläse in irgendeiner Waldlichtung, wo ein Gottesmann von erhöhtem Punkte auf die Versammelten einredet. Aber die sich immer mehrende Zahl dieser Veranstaltungen mahnt zur Vorsicht. Es tritt klar hervor, daß System in der Sache liegt. Man spekuliert mit Vorbedacht auf die liebe Reugier und will nach Art der Heilsarmee, die mit großem Halleluja sogar in Kneipen und Zirkussen ihre „Bühnen“ aufstellt, schwache Seelen mitten aus fröhlichem Sonntagsergnügen heraus in die steingefügte Kirche zurücklocken. Fast ist man versucht, sich an heidnische Götzendienste zu erinnern. Aber unsere Waldprediger sind so gerissen, auf die älteste Zeit der Christenverfolgungen zurückzugreifen, vor denen die Gläubigen auch in die Wälder flüchteten und hier ihre Andacht verrichteten. Ja, ist denn das heute überhaupt eine Waldandacht im Sinne des Wortes? Wir hätten Verständnis dafür, wenn hier im frischen, freien Walde, ohne einengende dogmatische Formeln gepredigt würde, wie der Mensch edel sein soll, hilfreich und gut. Eine feinsinnige soziale Redeweise aus geistlichem Munde könnte auch den fesseln, der niemals in die Kirche geht und seinen Gott, sein sittliches Denken und Fühlen, tief in sich selbst trägt, wenn er auch sonst seine eigene Meinung hat. Aber wenn der moderne Waldprediger nur die Kanzel zwischen die Baumstämme verlegt, ... wenn er es nicht lassen kann, auf alle, die der Kirche abwendig sind, den Blitzstrahl der Kirche zu schleudern und mit ewigem Höllen-schmorn zu drohen, so wird die Einrichtung der Waldgottesdienste zum durchsichtigsten Seelensfang und damit zum Betrieb der Geistlichkeit, um die gefallenen Kirchenaktien wieder zum Steigen zu bringen.

Scheinbar auf ganz anderem Gebiete liegt der neueste Seitensprung der Geistlichkeit, die sogenannte Tierschutzpredigt. In Wirklichkeit ist es nur ein anderer Aufzug. Ruh es nicht auffallen, daß gerade Geistliche, die doch zunächst um Menschenwohl besorgt sein sollen, auch in diese an sich schöne Sache ihre Nase stecken? Schon die ersten dieser neuartigen „Predigten“, die an den leibergangenen Sonntagen in Kirchen und im Walde abgehalten wurden, haben gezeigt, daß viele Wege nach Rom führen und es bei der Frage des Tierschutzes nicht bleibt. Kolossal schlängelt sich der Redner in das Fahrwasser der Kirche hinein und stellt zum Schluß die Behauptung auf, daß nur gläubige Menschen wahre Tierschutzhelfer sein können, — ein Unsinn, der nicht erst als solcher bewiesen zu werden braucht. Wir haben in unserem Innersten sehr viel für den Tierschutz übrig, solange er sich in den ihm von der Natur gezogenen Grenzen hält. Aber viel näher liegt uns doch der Menschenschutz. Sind sozialdemokratische Versammlungen und Ansprachen unter freiem Himmel etwas anderes als Menschenrechtspredigten? Und doch sind die sogenannten staatsbehaltenden Organe, die dem Waldgottesdienst und der Tierschutzpredigt alle Wege ebnen, oft genug mit gezogenem Säbel bei der Hand, um die aus dem Gebot echter Nächstenliebe entspringende Menschenchutz-

predigt zu verbieten und zu verhindern. Der Tag wird auch noch erzwungen werden, wo bei Kirche und Staat Menschen-schutz vor Tierschutz geht!

Der Achtstundenschluß wird nunmehr auch vom 1. August ab in Karlshorst und Friedrichsfelde zur Durchführung gelangen, nachdem die Regierung eine diesbezügliche Verfügung erlassen hat. In Tempelhof ist der frühere Geschäftsschluß bereits am 1. d. Mts. in Wirksamkeit getreten.

Maffenerkrankung in der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oranienburg. Unter verdächtigen Erscheinungen sind vorgestern 18 Schüler der Landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Oranienburg erkrankt. Da es dem Anstaltsarzt nicht gelang, die Ursache festzustellen und angenommen wurde, daß es sich um Typhus handele, wurde der Behörde Mitteilung gemacht, auf deren Veranlassung der Kreisarzt Dr. Schulz eine eingehende Untersuchung der Erkrankten vornahm und die Diagnose auf Darmkatarrh stellte. Die Frage der Entstehung der Maffenerkrankung ist jedoch noch keineswegs endgültig gelöst. Es wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß eine Vergiftung durch nicht einwandfreie Speisen vorliegt, und deshalb wurden die Exztrimente dem Bakteriologischen Institut in Potsdam überandt. Die dort erfolgende Untersuchung dürfte die gewünschte Aufklärung bringen. Von den 18 erkrankten Schülern befinden sich die meisten übrigens schon auf dem Wege der Besserung; nur vier derselben sind noch bettlägerig, doch liegt auch bei ihnen kein Grund zu ernstern Besorgnissen vor.

In einem Kugelregen gerieten vorgestern Berliner Ausflügler, die gegen 6 Uhr abends den zwischen Heißerwerder und der Wald-schenke belegenen Waldweg passierten. Die Schiffe kamen aus dem am Ufer des Tegeler Sees befindlichen Schiff. Anscheinend haben dort die Revolverhelden von einem Boote aus auf wilde Enten geschossen. Derartige Vorfälle haben sich in jener Gegend bereits häufiger ereignet, so daß strenge Maßnahmen angebracht wären. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn ereignet. Gegen 8 Uhr morgens sollte an der Endhaltestelle in Tempelhof ein Straßenbahnzug der Linie 97 umrangiert werden, wobei die Kontaktstange von dem Leitungsdraht abglitt. Um die Stange wieder anzulegen, bestieg der bedienende Schaffner Wödes das Verdeck des Motor-waggon. Er verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte auf den Fahrdamm, wo er besinnungslos liegen blieb. Er hatte außer inneren Verletzungen Brüche beider Unterschenkel davongetragen; er wurde nach dem Marienheim in Tempelhof gebracht.

Ein Opfer seine Berufs ist der 47jährige Zimmermann August Scholz, Weidenweg 57, geworden. Er war auf dem Neubau Weichselplatz 7 beschäftigt. Im zweiten Stockwerk hatte er mit anderen Zimmerleuten die Balkenlage für die Balkons bearbeitet. Durch ein verhängnisvolles Versehen trat er während des Verlegens der Balken fehl und stürzte rücklings in die Tiefe. Der Schädel wurde dem Bedauernswerten vollständig zermalmt, so daß der Tod bald darauf eintrat. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Artistentragödie.

In der Nacht zum Montag sprang um 12 1/2 Uhr an der Ronbijoubücke bei dem Kaiser-Friedrich-Museum eine zunächst unbekannt Frau in die Spree und ging unter. Ein Schuhmann und ein Grenadier des Elisabeth-Regiments, der zufällig des Weges kam, holten die Lebensmüde, als sie wieder auftauchte, mit dem Rettungslahn, der an der Brücke liegt, aus dem Wasser heraus und brachten sie nach der nahegelegenen königlichen Klinik in der Fiegelstraße. Sie war schon bewusstlos und starb trotz aller Bemühungen der Ärzte bald nach ihrer Aufnahme. Im Laufe des Montags wurde die Tote festgestellt als die 30 Jahre alte Artistin Selma Wendorf, die seit Freitag bei ihrer Mutter, einer verwitweten Zimmervermieterin in der Wöhlertstraße 4, zu Besuch gewohnt hatte. Die Exzentrikerin war aus einem längst gelösten Verhältnis mit einem Opernsänger Mutter einer jetzt 9 Jahre alten Tochter Elise, die von der Geburt an bei der Großmutter erzogen wurde. Frau Wendorf vernichtete seit Sonntag abend ihre Tochter und ihre Enkelin, und fand jene, nachdem sie beider Verschwinden bei der Revierpolizei angezeigt hatte, in der Klinik tot wieder. Die Artistin Selma Wendorf, eine schöne und stattliche Blondine, trat als Soubrette auf vielen Spezialitätenbühnen im ganzen Deutschen Reich auf, erst vor zwei Jahren mit großem Beifall hier in den „Gebirgsbällen“, Unter den Linden. Der Sommer war oft schlecht für sie. Monatlang hatte sie keine Beschäftigung, und die Sorgen machten sie nervös. Zuletzt war sie zwei Monate in Graudenz. Dort ging am 1. Juli ihr Vertrag zu Ende. Jetzt sollte sie nach Ruhland gehen, aber auf eigene Kosten neue Kostüme mitbringen. Diese anzuschaffen, fehlte ihr das Geld. In der mitleidigen Lage wußte sie sich keinen Rat, zumal da sie keiner Artistenvereinigung angehörte, und geriet in Verzweiflung. Am Freitag kam sie von Graudenz her in großer Aufregung zu ihrer Mutter. Ihre Unruhe legte sich auch hier nicht. Am Sonntagmorgen um 4 Uhr fuhr sie mit ihrer Tochter, die ebenso sehr an ihrer Großmutter hing wie diese an ihr, zu einer Freundin nach Pantow. Dort zeigte sie ein sehr gedrücktes Wesen und äußerte Selbstmordgedanken. Scheinbar etwas beruhigt verließ sie abends um 10 1/2 Uhr die Freundin. Sie sagte beim Abschied, daß sie wieder zur Mutter nach der Wöhlertstraße gehen wolle, sprang aber statt dessen ins Wasser. — Gestern vormittag wurde auf dem Hinterlande der königlichen Klinik in der Fiegelstraße auch die Leiche eines kleinen Mädchens aus der Spree gelandet. Die Kriminalkommission für besondere Vorkommnisse begab sich sogleich an den Fundort und stellte fest, daß das ertrunkene Mädchen die Tochter Elise der Artistin Wendorf ist. Die Mutter hat also an der Ronbijoubücke, ohne daß jemand es sah, erst ihr Kind ertränkt, bevor sie selbst ins Wasser ging.

Die Verdringung des Friedhofinspektors der Freireligiösen Gemeinde, Genossen Wilhelm Krause, fand am Dienstagmorgen auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, unter zahlreicher Beteiligung statt. Ein persönlicher Freund des Verstorbenen, Herr Schütte, hielt eine warmempfundene Gedächtnisrede. Genosse Adolf Hoffmann legte als zweiter Vorsitzender der Gemeinde einen von dieser gewidmeten Kranz an Grabe nieder, indem er der jahrzehntelangen Tätigkeit als Mitglied und Kämpfer, als Vorstandmitglied und 15jähriger Friedhof-verwalter gedachte, und dem Verstorbenen, der nun im wahren Sinne auf dem Felde seiner Arbeit selbst ausrucht, ein Gelübnis nachrief in den Worten: „Ruhe aus dem Kampf; wir kämpfen weiter, bis wir einst an Deiner Seite gebettet werden.“ Die sozialdemokratische Organisation des sechsten Kreises widmete ihrem Kampfgenossen einen Kranz, dem solche von einer großen Reihe von Freunden, Bekannten und Verwandten folgten. Gesang bewachter Männerstimmen, welcher die Feier eingeleitet hatte, schloß dieselbe, und der alte Herr mit dem wallenden grauen Bart, der selbst so viele unserer treuen Kämpfer und Kämpferinnen im letzten anberthalben Jahrzehnt zur letzten Ruhe gebettet hat, ruht nun an derselben Stelle.

Bei einem Eitlichkeitsattentat auf eine Frau wurden vorgestern abend die beiden wohnungslosen Arbeiter Hinz und Hoffmann festgenommen. Die beiden Wurschen überfielen gegen 10 Uhr abends am Säbuser eine vorübergehende Frau und versuchten sie zu vergewaltigen. Als die Angegriffene sich energisch

zur Wehr setzte und um Hilfe rief, stopften ihr die Verbrecher ein Taschentuch in den Mund und warfen sie in das Wasser. Glücklicherweise kamen in diesem Augenblick einige Schiffer hinzu, denen es gelang, die fast ohnmächtige Frau aus den Fluten zu ziehen, während mehrere Straßenpassanten die Verfolgung der Unholde aufnahmen. Nach einem heftigen Handgemenge konnten denn auch die beiden Wurschen festgenommen und der Polizei übergeben werden. Sie sind bereits wiederholt wegen Gewalttätigkeiten verurteilt.

Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ schreibt uns: „In der Nummer 153 des „Vorwärts“ befindet sich ein „Die Arbeiter-fürsorge der „Stern“-Gesellschaft“ betitelter Artikel, der Ihnen aus dem Leserkreise zugegangen war. Zur Richtigstellung möchten wir Ihnen daher folgendes mitteilen: Der Arbeiter Adloff war auschließlich mit Aufbaumarbeiten gegen Tagelohn auf unserer Tegeler Werft beschäftigt. Beim Umstapeln von Balken wurde er durch einen abgleitenden Balken am rechten Fuß getroffen, er hielt die Verletzung jedoch selbst für eine ganz leichte und wollte weiterarbeiten. Unser Betriebsinspektor Schuler ließ dies jedoch nicht zu, sondern ordnete sofortige Kühlung des Fußes und die Anlegung eines Stützeverbandes an. Der Verletzte konnte auch ganz gut gehen und wollte sich nach seiner Wohnung begeben. Er fuhr zu diesem Zweck mit dem nächsten Tourenschiff nach Tegel, ließ auch die ihm angebotene Krücke zurück und lehnte ferner jede Begleitung ab. Nach der Ankunft in Tegel steigerten sich jedoch die Schmerzen, A. suchte deshalb die Sanitätswache auf, wo der anwesende Arzt, Herr Sanitätsrat Dr. Köfer, einen Knöchelbruch konstatierte. Da die Requirierung eines Krankentransportes von den genannten Ärzten nicht gelungen war, der Verletzte jedoch durchaus nach Hause wollte, klingelte Herr Dr. A. nach Tegelort an und traf mit dem anwesenden Buchhalter die Vereinbarung, daß zwei Leute den Adloff nach Hause begleiten sollten. Diese trugen jetzt den Verletzten nach dem Bahnhof und sorgten nach Eintreffen des Zuges auf Bahnhof Gesundbrunnen für den Weitertransport per Droschke nach der 7 Minuten entfernten liegenden Wohnung.

Der Arbeiter Adloff ist Mitglied der Ortskrankenkasse zu Tegel und war bei dieser ordnungsmäßig angemeldet. Der Verletzte selbst, der durch seine Frau Kenntnis von dem Zeitungs-artikel erhielt, beauftragte die letztere, uns mitzuteilen, daß der Inhalt aufgeklärt sei. Die großen Schmerzen hätten sich erst in Tegel eingestellt und wären beim Tragen nicht so groß gewesen als während der Fahrt.“

Soweit es sich um den Transport des Verunglückten handelt, wird die von uns gegebene Darstellung bestätigt. Tatsache ist, daß der Arbeiter in der jämmerlichsten und herzzerreißendsten Weise geküßt hat, und bewies, daß der vollführte Transport keineswegs ein geeigneter war, was auch selbst der Arzt durch seine Anordnung bezeugt hat.

Der Schiffsverkehr war am Montag bei Ober-Schöneweide längere Zeit gestört. Dort schlugen Bioniere eine Brücke und ein reichliches Dugend Dampfer hatte das zweifelhafte Vergnügen, nahezu eine Stunde aus erheblicher Entfernung untätig liegen bleiben zu müssen. Sollte es für derartige Nebungen nicht andere, weniger frequentierte Wasserstraßen geben?

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Die Mitglieder wollen beachten, daß jetzt nach Beendigung der Kurse die Bibliothek jeden Donnerstag von 8—10 Uhr abends geöffnet ist. Regere Benutzung ist auch in der schulfreien Zeit erwünscht. Die Beiträge können an diesen Abenden ebenfalls entrichtet werden.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend, hielt am 4. Juli in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschusssitzung ab. Aufgenommen wurde der Verein Diefenthal. Die Aufnahme des Groß-Richterfeldter Männerchor wurde bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt. Eine äußerst lebhaft debattierte die Frage, welche Musik zum Sängerefest genommen werden soll. Fast alle Redner beurteilten das Verhalten der Zivilberufsmänner in der Freien Vereinigung. Schließlich wurde ein Antrag, die Musik dem Verbandsverbande zu übertragen, gegen eine große Minorität angenommen. Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter hat zum 17. Juli im Friedrichshain ein Fest abgeschlossen. Zur Verschönerung des Festes hat Genosse Wulky aus Nixdorf den Gesangverein „Sangesfreude“ aus Nixdorf gegen eine Entschädigung von 70 M. engagiert. Genannter Verein gehört nicht dem Arbeiter-Sängerbund an. Allseitig wurde das Verhalten des Genossen Wulky beurteilt, und die Frage aufgenommen, ob dem Genossen die Adresse des Arbeiter-Sängerbundes nicht bekannt ist, dessen Mitglieder bei diesbezüglichen Festen gratis mitwirken. Bezüglich der Raiferstatistik bemerkte Kupfer, daß dieselbe zur nächsten Ausschusssitzung vorgelegt wird. Die Vereine werden aufgefordert, sofort die Statistikarten einzufenden, damit dieselben im Vereinskalendar zum Sängerefest veröffentlicht werden können.

Große Empörung rief am Dienstagmorgen gegen fünf Uhr das Verhalten zweier Schutzeleute gegen einen Arbeiter auf dem Rätliner Platz hervor. Mit Fesseln um die Handgelenke verlesen, wurde der Mann, der fixiert worden war, die Straßen entlang gezerrt. Alles Eindringen des angesammelten Publikums, den Mann doch auf eine andere Weise zu transportieren, blieb vergeblich. Es war schauderterregend, zuzusehen. Endlich erbot sich ein Müllkutscher, den Mann zur Wache zu fahren und den Unglücklichen wenigstens aus seiner schlimmsten Lage zu befreien. Der Verhaftete mag nun verbrochen haben, was er wollte, auf keinen Fall ist eine derartige Behandlung zu rechtfertigen.

Der frühere Polizeipräsident v. Porries hat einmal an seine ihm unterstellten Beamten einen Erlass gerichtet, mit dem Publikum ansähdig und höflich zu verfahren; viel gemüht hat er zwar nicht. Für Herrn v. Stubenrauch wäre die Gelegenheit gegeben, angesichts der sich häufenden Fälle von polizeilicher, gänzlich unangebrachter Schamlosigkeit, den Beamten ein ansähdiges Vernehmen gegen das Publikum zur Pflicht zu machen und auf strikte Durchführung seiner Anordnungen zu achten.

Wegen Ausführung von Wegeverbesserungsarbeiten ist die Havel-Chaussee im Grunewald von Station 89 bis 90 in der Zeit vom 5. bis 20. Juli d. J. für Fuhrwerke jeder Art gesperrt. Der Verkehr von Spandau nach Potsdam kann entweder über Westend-Hundeshöhe-Stern-Wannsee oder über Gatow-Groß-Allenide-Redlig stattfinden. Die Chaussee Hundeshöhe-Kleiner Stern ist für den Verkehr wieder freigegeben.

Vom Sommerfest des vierten Kreises. Gesunden wurde beim Sommerfest des vierten Kreises am Sonntag, den 4. Juli, in der Seeterrasse eine Droschke, abgehoben vom Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 1/2. In der Alten Tavernen ist ein Stod gefunden und ein Damengürtel verloren worden. Der Stod ist abgehoben bei Kupferschmidt, Gohlerstr. 10/11, zwischen 8—10 Uhr abends. Des weiteren sind die Gewinne von der Verlosung auf Nr. 50, 146, 205, 282, 371, 451, 688 ebenfalls bei Kupferschmidt in Empfang zu nehmen.

In der Seeterrasse ist eine Rolle, die zwei Rinderhörnen enthielt, abhanden gekommen. Niersch, Seidenfeldstraße 8, Quer-gäßchen IV, bittet um Abgabe.

Ein schwerer Verlust. Am Sonnabend, den 3. Juli, abends 1/2 8—8 Uhr hat ein junger Mann auf dem Autoomnidus 62 vom Alexanderplatz bis Arminienplatz oder in der Nähe vom Arminienplatz ein braunes Herrenreppentonneau mit zirka 200 M. verloren. Das Geld war für Löhne seiner Kollegen bestimmt, dieselben konnten deshalb keinen Lohn kriegen. Da es arme Familienväter betrifft, wird der ehrliche Finder gebeten, den Fund abzugeben bei Gustav Waack, Driesener Straße 29.

# Vorort-Nachrichten.

## Rigdorf.

### Die erste Tat des Herrn von Wehener.

Der preussische Polizeigeist versucht mit seinem Giftbauch jedes freie Geistesleben zu erlöten. Brutale Gewalt, bald kleinliche, lächerliche Schikane verfolgen die Arbeiterbewegung nun schon seit Jahrzehnten. Und der Erfolg? Die Sozialdemokratie umfaßt immer weitere Kreise; immer mächtiger regen sich ihre Schwingen. Das sollte doch auch Herr von Wehener, der neue Polizeipräsident von Rigdorf nicht übersehen, und aus den nun einmal vorhandenen Tatsachen lernen. Die Inbuldsamkeit unserer Behörden wird an allen diesen Dingen nichts zu ändern in der Lage sein, am wenigsten natürlich irgend ein Polizeimann. Wie sehr die Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung insbesondere von den Behörden gefährdet sein müssen, zeigt die Ausweisung des Genossen Löw, des Vorsitzenden vom Bildungsanschluß der Rigdorfer Arbeiter. Herr von Wehener hat in seinem neuen Wirkungsbereich die ersten Taten vollbracht. Genosse Löw mußte sein Bestreben — die Arbeiter mit den Gedanken unserer Geistesheroen vertraut zu machen — damit büßen, daß er das Land der Dichter und Denker verlassen mußte. In diesem Lande ist es nicht gestattet, daß Ausländer dem deutschen Volke die Gedanken ihrer geistigen Führer vermitteln.

Am Dienstagabend verließ Genosse Löw auf polizeilichen Wochspruch die gastlichen Gefilde Preußens. Wohl 500 Kampfgesellen gaben dem Scheidenden das Geleit zum Potsdamer Bahnhof. Daß durch die große Tat der Rigdorfer Polizei der Kampfesmut der Zurückgebliebenen nicht gebrochen ist, davon konnte sich die bekannte Sorte von Gentlemen, die bei solchen Angelegenheiten auch immer dabei sein muß, selbst überzeugen. Keugierig erkundigten sich die braven Spießer der ersten und zweiten Wagenklasse, die im Begriff waren, ihre Sommerreise anzutreten, nach dem Zweck der Demonstration. Unverkümmt wurde ihnen dieser von den Genossen zum Ausdruck gebracht, von manchem dröseligen Seitenhieb auf unsere jammervollen Zustände begleitet. Begeistert gelobten die Zurückgebliebenen, unermüdet das Ziel des Scheidenden weiter zu verfolgen und die entstandene Lücke zu füllen. Für manden der anwesenden jüngeren Gewerkschaftsgesellen war dieser Abschied gleichzeitig ein Stück Anschauungsunterricht. Und es muß festgestellt werden, was manche Rede vielleicht nicht erreicht hätte, in den Herzen der jungen Mitarbeiter wurde die Begeisterung für den großen Befreiungskampf des Proletariats geweckt und das Streben zu freudiger Mitarbeit.

Noch ein letztes Lebenswort, ein Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung — und saugend euführte der Zug ein neues Opfer preußisch-deutscher Schneidigkeit.

**Säuglingsfürsorge.** Der leitende Arzt Dr. Cohn der Säuglingsfürsorge hat kürzlich seinen Bericht über den Betrieb veröffentlicht, der aufs neue die überaus große Wichtigkeit dieser Einrichtung überzeugend darlegt. Die Zahl der in den Sprechstunden untersuchten Kinder war 1335 (1907/08: 748), davon waren aus dem Vorjahre übernommen 172. Demgegenüber betrug die Zahl der lebend geborenen Kinder in Rigdorf vom 1. Januar bis 31. Dezember 1908 6438. Von den vorgestellten Säuglingen waren 1188 = 88 Proz. ehelich geboren, 148 = 11,1 Proz. unehelicher Herkunft (im Vorjahre nur 5,2 Proz.), und ein Kind war ein Findling.

Das Lebensalter, in dem die neu in die Fürsorge eingetretenen Kinder zur Zeit der Aufnahme standen, war der erste Lebensmonat in 251 Fällen = 21,6 Proz., das erste Lebensquartal in 578 Fällen = 58,3 Proz., das zweite Lebensquartal in 275 Fällen = 23,6 Proz., im dritten Lebensquartal in 188 Fällen = 11,9 Proz. und im vierten Lebensquartal in 72 Fällen = 6,2 Proz.

Die Ernährungsweise der Kinder zur Zeit der Aufnahme gibt das folgende Resultat: von den 1163 Kindern erhielten Brustnahrung 437, gemischte Ernährung 134 und Flaschen-(Stuhlmilch-)Ernährung 592.

Die Säuglinge verteilen sich folgendermaßen: Es wurden entlassen innerhalb der ersten 8 Lebensstage 75 Säuglinge = 6,3 Proz., im ersten Lebensmonat 235 = 20,2 Proz., im ersten Lebensquartal 470 = 58,4 Proz., im zweiten Lebensquartal 198 = 24,8 Proz., im dritten Lebensquartal 60 = 7,5 Proz., im vierten Lebensquartal 56 = 7,0 Proz., nach Ablauf eines Jahres 20 = 2,5 Proz.

Soweit festgestellt werden konnte, starben im Laufe des Berichtsjahres vor Ablauf ihres ersten Lebensjahres 123 Kinder, darunter 21 uneheliche und 1 Findling. Die weithin häufigste Todesursache bildeten Erkrankungen der Verdauungsorgane (Darmkatarrh, Magen-Darmkatarrh und Brechdurchfall).

6065 Liter Milch wurden im Berichtsjahre den stillenden Müttern als Unterstützung gewährt, wobei monatlich 25-46 Rütler berücksichtigt werden konnten. Ferner wurden noch andere Nährpräparate zur Herstellung von Suppen usw. abgegeben. Den Müttern künstlich ernährter Säuglinge wurde die Unterstützung in Form von Kindernmilch zuteil, und zwar in Mengen von ¼ bis

1 Liter täglich. Im ganzen wurden auf diese Weise 63 Rütler unterstützt, wobei 1502 Liter Kindernmilch zur Ausgabe gelangten. Hinzukommen noch verschiedene Präparate.

Auch in diesem Bericht kommt die elende Lage der arbeitenden Klasse unerbittlich zum Ausdruck. Wiederholte Untersuchungen der genannten Art — heißt es in dem Bericht — wurden nur auf Grund eingehender Recherchen gewährt. Für das Berichtsjahr liegen 238 Recherchen dieser Art vor, die fast alle einen mehr oder minder hohen Grad von wirtschaftlicher Notlage, die eine Beihilfe rechtfertigen, ergaben. Am häufigsten war Arbeitslosigkeit, unregelmäßige Arbeit, geringer Verdienst, meist verbunden mit hoher Kinderzahl, der Grund für die Unterstützungsbedürftigkeit.

## Groß-Dichtersfelde.

Eine folgenschwere Katastrophe verhütet. Der Bahnübergang in der Oebdorfer Straße in Groß-Dichtersfelde, der schon wiederholt zur Kritik herausgehoben hat, war gestern wieder einmal der Schauplatz eines aufregenden Vorganges. Ein großer mit drei Pferden bespannter Grasswagen der Firma Schermann aus Schöneberg war im Begriff, die Gleise der Bahn an dem Uebergang zu kreuzen, als sich plötzlich das Orchester des Handpferdes löste. Der Kutscher ließ den Wagen sofort halten, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen. In diesem Augenblick brauste ein Typenwagen heran. Einige Telefonarbeiter, die in der Nähe arbeiteten, überließen sofort die große Gefahr, und um einer nicht abzusehenden Katastrophe vorzubeugen, eilten sie dem herankommenden Zug entgegen. Unter lauten Rufes versuchten sie dem Lokomotivführer verständlich zu machen, den Zug zum Halten zu bringen. Der Führer ahnte wohl schon, worum es sich handelte, und mit Ausrichtung seiner ganzen Kräfte bremste er. Wenige Meter vor dem Wagen gelang es ihm auch glücklicherweise, den Zug anzuhalten.

Der Arbeiter-Radsfahrerverein „Concordia“ feiert am Sonntag den 11. Juli im Stabliement „Vierwaldschen“, Groß-Dichtersfelde-Steig, sein 10. Stiftungsfest. Da der Verein auch bei den Parteifestlichkeiten sich zur Verfügung stellt, ist ihm auch ein guter Besuch durch die Parteigenossen zu gönnen.

## Pantow.

Aus der Gemeindevertretung. Die Sitzung am 6. d. M. war trotz der Ferien fast vollständig besetzt. Es lag ein Antrag vor, 13 000 M. zum Ausbau des Obergeschosses in der Gemeindefchule in der Schmidstraße zwecks Errichtung eines Zeichensaales zu bewilligen. Letzterer wurde bei einer behördlichen Visitation vernicht und dessen Einrichtung empfohlen. Mit Rücksicht auf die bei der jetzigen Finanzlage der Gemeinde immerhin bedeutende Ausgabe wurde die Ausführung des Projekts aufgeschoben, dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß die Einrichtung an sich notwendig und bei den übrigen Schulbauten der Gemeinde, die in der Ausführung begriffen oder neuerdings fertiggestellt seien, stets vorgezogen sei. Die Trockenlegung des Schwarzen Sees in der Ringstraße, in welchem wiederholt badende Kinder verunglückt sind, hat über 9000 M. gekostet, wovon über 3000 M. auf die Gemeindefkasse entfallen. Die Zustände der Leichenhalle am Gemeindefrankenhaus haben es nötig gemacht, einen Anbau in Aussicht zu nehmen, damit die Leichen in würdiger Weise aufgestellt werden können und den Angehörigen nicht der Aufenthalt im Leichenstall zugemutet zu werden braucht. Die Kosten des Anbaues wurden auf 8000 M. veranschlagt. Der Antrag wurde angenommen. Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, durch die der Gemeindevorstand für die Verhandlungen über eine nach Pantow zu führende Schnellbahnlinie darauf festgelegt wurde, daß er sich unter seinen Umständen auf eine Hochbahnlinie einläßt. Es wurde mitgeteilt, daß Verhandlungen darüber schweben, die Hochbahnstrecke, welche bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee projektiert ist, bis Pantow weiter zu führen. Immerhin sollen sich die Verhandlungen noch in den ersten Anfängen befinden. Bei der Begründung der Resolution wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Anbau der Berliner Straße nach dem Muster der anstehenden Schönhauser Allee, d. h. mit einer Mittelpromenade und seitlichen Fahrdämmen, nun endlich in naher Aussicht stehe. Das angenehme Straßenschild würde jedoch, kaum vollendet, durch die Anlage einer Hochbahn wieder gestört werden. Für den Norden Berlins, also auch für Pantow, müsse daselbst gefordert werden, was die Hochbahngesellschaft dem Westen Berlins resp. den westlichen Vororten gewährte, nämlich Untergrundbahnen.

## Alt-Bliesen.

Wahlergebnis der Gemeindefwahl. Bei der am Dienstag stattgefundenen Ergänzungswahl der dritten Abteilung zur Gemeindefvertretung — Wahl eines Anführers — wurden von 889 eingetragenen Wählern 222 Stimmen abgegeben. Davon erhielt unser Kandidat, Genosse Restaurateur Hermann Rixe 222 Stimmen, der bürgerliche Kandidat Herr Ebel 9 Stimmen; 1 Stimme war ungültig. Genosse Rixe ist somit gewählt.

## Lübars-Waidmannslust.

In der Gemeindefvertretung am 5. Juli teilte der Herr Gemeindeforsteher mit, daß unser Genosse Denker durch Verzug nach Berlin sein Amt als Gemeindeforsteher niedergelegt hat und damit für seine bisherige Tätigkeit. Hierauf stellte der Schöffe Herr Kühne den Antrag, den Vorsitz der „Waidmannslustzeitung“ von der Sitzung auszuschließen, da er von derselben angegriffen

wurde. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf Herr Kühne die Sitzung verließ mit der Erklärung, unter diesen Umständen „nicht weiter arbeiten zu können“. Hierauf wurde der Herr Schöffe der Zuschlag zur Pflasterung der Straße 21 mit dem Kostenschlag von 40 558,30 M. erteilt. Die Pflasterung des Platzes ist an Herrn Gustav Kühne für 62 M. jährlich bis zum März 1912 verpachtet. Für die Gartenbauausstellung Hermsdorf wurden 25 M. bewilligt. Eine Beihilfe zum Brückenbau an den Restaurateur Jungmann wurde abgelehnt. Weiter teilte der Gemeindeforsteher mit, daß der Minister die Namenänderung abgelehnt habe; demnach heißt der Amtsbezirk „Lübars-Waidmannslust“ und der Gemeindefbezirk „Lübars“. Unter Verschiedenes gab es dann eine interessante Debatte, die uns für die eventuelle vorzunehmende Nachwahl zur Zufriedenheit kommt. Von einem Gemeindeforsteher wurde angeregt, einen neuen Gemeindeforsteher anzustellen, für den allerdings mehr Lohn gezahlt werden müßte (der dafür aber auch ein Allverwalter sein soll). Als Vater dieser Anregung bekannte sich der Schöffe und Amtsbaumeister Tobin, der auch gleich einen solchen vorzüglichen Arbeiter in der Person eines Maurerpoliers an der Hand hat. Dieser ist bereits 11 Jahre mit Herrn Tobin in einem Geschäft tätig und könnte jetzt eventuell wegen Mangel an Arbeit entlassen werden. Herr Tobin verlangte für diesen Arbeiter einen Wochenlohn von 35 M. Vom Herrn Gemeindeforsteher wurde diese Anregung ganz entschieden bekämpft, da es nicht angängig sei, jetzt, wo die Beamten mit Zulagen kämen, einen Arbeiter anzustellen, der mehr Gehalt beziehen würde als diese.

An der Arbeiterschaft von Waidmannslust liegt es, so bald wie möglich dafür zu sorgen, daß für unseren ausgeschiedenen Genossen Denker ein anderer Genosse in die Gemeindefvertretung hinein kommt, welcher dort wieder unsere Interessen vertreten kann.

## Königs-Wusterhausen.

Kinderpiele. Der Arbeiterschaft von Königs-Wusterhausen und Wildau zur Kenntnis, daß vom Sonntag, den 11. Juli bis zum 8. August die diesjährigen Kinderpiele der freien Turnerschaft Königs-Wusterhausen und Wildau stattfinden. Spielzeit 4-6 Uhr nachmittags. Treffpunkt der Königs-Wusterhäuser Kinder 8 1/2 Uhr auf dem Marktplatz, der Wildauer 3 1/2 bei Schumann.

## Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Das herausfordernde Schreiben des Provinzialschulkollegiums, worüber wir bereits in der Sonntagsnummer berichteten, scheint den Potsdamer Stadtvätern doch etwas an die Nerven gegangen zu sein, denn sie legen gegen den Ton desselben Verwahrung ein. Nichtsdestoweniger bewilligten sie jedoch mit 17 gegen 16 Stimmen die drei stützigen Maßnahmen. — Der Stadtv. Schmidt an n beantragt, den Lehrern der höheren Lehranstalten die Gehaltserhöhung ab 1. April 1908 nachzuzahlen. Der Magistrat sieht diesem Antrage sympathisch gegenüber, doch da es sich um ein Objekt von 45 000 M. handelt, kann die Stadt diese Summe aus eigenen Mitteln nicht aufbringen und müßte die Steuern um 10 Proz. erhöhen. Auch wird vom Staate die Nachzahlung verlangt. Man rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß der Staat mindestens drei Viertel des Betrages zufließen. Der Magistrat stellt eine diesbezügliche Vorlage in Aussicht. Vom Stadtv. Reiche wird gewünscht, auch den Volk- und Mittelschullehrern die Nachzahlung zuzulassen. — Das Grundstück neben dem städtischen Wasserwerk soll angekauft werden. — Ein Beschluß vom Juli vorigen Jahres, wonach der von der Stadt zu zahlende Beitrag zur Überlegung der Bahn bis zur Station Wildpark in Höhe von 468 470 M. wieder von den hierdurch begünstigten Anlegern aufgebracht werden soll, wurde zum Ortstatut erhoben und haben die Grundstückbesitzer ab 1. April drei Viertel pro Mille des gemeinen Wertes und die Anlieger des Reichsädtlichen Havelbassins 50 Pf. pro laufenden Meter Wasserentnahme bis zur endgültigen Tilgung zu zahlen. — Die Entschädigungsbeträge an die kgl. Eisenbahndirektion für Reinigung des Platzes vor dem Bahnhof, Beleuchtung usw. werden von 700 auf 1000 M. jährlich erhöht. — 110 M. bewilligte man für Beschaffung von Spielgeräten für die höhere Mädchenschule. Der Magistrat wurde hierbei ermächt, der Charlotten- und Gemeindefschule die gleiche Fürsorge angedeihen zu lassen. — In der Nähe des alten Friedhofes sollen von der Stadt auf Kosten des Bauunternehmers Neuber gegen Sicherheitsleistung zwei Straßen angelegt werden. Die Kosten für Kanalisation und Leitung der Wasserleitung in Höhe von 3300 M. übernimmt die Stadt. Außerdem verpflichtet sich Neuber, zur späteren Verbreiterung der Alten Königstraße eine Länge von 18 Meter Land zum Preise von 20 M. pro Quadratmeter herzugeben. — Das Restaurant „Fürst Blücher“ soll anderweit verpachtet werden, da die jetzige Inhaberin nur 3000 M. Pacht zahlt und man eine höhere Summe herausbekommen möchte. — Für Pflasterungen und Unterführungen des Abhanges und Werderweges sowie zur Kanalisierung des Werderweges bewilligte man 10 550 M. — Für das Rechnungsbüreau wurde vom Magistrat eine neue Dienstordnung vorgelegt. Diese soll erst nachmals von einer Kommission geprüft werden, da sie anfechtend Mängel aufweise. — An der Oberschule soll eine neue Turnlehrerstelle eingerichtet werden. — Für einen tuberkulösen Gemeindefschüler bewilligte man 225 M. Kurkosten.

**Leser- und Diktierklub „Wilhelm Liebknecht“.** Heute Donnerstag, 9 Uhr bei R. Eichhorn, Danziger Straße 93.  
**Verband der Freireisenden Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Botzke. Donnerstag, den 8. Juli, abends 9 1/2 Uhr: Generalversammlung, Rosenhaldener Straße 11/12.

**Theater.**  
Donnerstag, den 8. Juli.  
Anfang 7 Uhr.  
Neues königliches Operntheater. Lantshäuser.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches Theater. In ebener Erde und im ersten Stock.  
Komische Oper. Ein Skandal in Monte Carlo.  
Lesing. Die Dollarprinzessin.  
Berliner Theater. Operetten-Gastspiel. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.  
Neues Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr.  
Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.  
Berliner Theater. Operetten-Gastspiel. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.  
Neues Theater. Abends 8 Uhr:  
Der Hoteldieb.  
Freitag und folgende Tage:  
Der Hoteldieb.  
BERNHARD ROSE THEATER  
Or. Frankfurter Str. 132.  
Gastspiel Anna Berg.  
Des Meeres und der Liebe Weifen.  
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.  
U. a.: Die Hugenotten in Berlin auf Stößen. Paul Coradini ufm.  
Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Brunnen. Die Sprechwälder.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Der Kompagniedahl.  
Urania. Tannenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.  
Sternwarte. Anhalterstr. 57/62.  
Lessing-Theater.  
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.  
Berliner Theater. Operetten-Gastspiel. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.  
Neues Theater. Abends 8 Uhr:  
Der Hoteldieb.  
Freitag und folgende Tage:  
Der Hoteldieb.  
BERNHARD ROSE THEATER  
Or. Frankfurter Str. 132.  
Gastspiel Anna Berg.  
Des Meeres und der Liebe Weifen.  
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.  
U. a.: Die Hugenotten in Berlin auf Stößen. Paul Coradini ufm.  
Spezialitäten.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)  
Täglich:  
Madame Bonnard.  
Schwan in 3 Akten von Alexander Wilson und Antony Ward.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).  
Gura-Oper.  
Tannhäuser.  
Op. v. Richard Wagner. Anf. 7 Uhr.  
Einfache Preise.  
Freitag: Don Juan. Sonnabend: Tannhäuser. Sonntag: Meistersinger.  
Montag: Lohengrin.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Donnerstag, 8. Juli, abends 8 Uhr:  
Undine.  
Romant.-komische Oper in 4 Akten von Friedrich Hebbel.  
Freitag: Oberon. König der Auen.  
Sonnab.: Bar und Zimmermann.  
Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Der feiche Rudi.  
W. Noacks Theater  
Direktion: Rob. Will. Oranienstr. 16.  
Im Galtigen Garten, bei Hegen im  
Garten-Theater.  
Zum letzten Male:  
Die Ehre des Hauses.  
Vor- und nachher: Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Täglich:  
Der Biberpels.  
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).  
Gura-Oper.  
Tannhäuser.  
Op. v. Richard Wagner. Anf. 7 Uhr.  
Einfache Preise.  
Freitag: Don Juan. Sonnabend: Tannhäuser. Sonntag: Meistersinger.  
Montag: Lohengrin.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Donnerstag, 8. Juli, abends 8 Uhr:  
Undine.  
Romant.-komische Oper in 4 Akten von Friedrich Hebbel.  
Freitag: Oberon. König der Auen.  
Sonnab.: Bar und Zimmermann.  
Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Der feiche Rudi.  
W. Noacks Theater  
Direktion: Rob. Will. Oranienstr. 16.  
Im Galtigen Garten, bei Hegen im  
Garten-Theater.  
Zum letzten Male:  
Die Ehre des Hauses.  
Vor- und nachher: Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Rom und die Campagna.  
ZOOLOGISCHER GARTEN  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kind. u. 10 Jahr. d. Halbt.  
Die lustigen Zeeher.  
Original-Stellg. von Leo Billward.  
Zum 71. Male:  
Er über Er  
mit  
Hartstein  
Stadt-Theater Moabit.  
Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Sonn- u. Feiert. 5 Uhr.  
Gartenbesichtigung 8 Uhr.  
Jeden Montag Elitetag, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Zeeher“.  
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Neues Operetten-Theater.  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenbr.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Sprudelfee.  
Operette in 3 Akten v. O. Reinhardt.  
Metropol-Theater  
Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Ranchen gestattet.  
Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Neuer Theatertell!  
12 erstklassige Spezialitäten.  
Im Elite-Ball musikalischer Beginn 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Schweizer-Garten  
Im Königstor. Im Friedrichshagen.  
Anfang 4 resp. 5 Uhr.  
Täglich Entree 30 Pf.  
Theater-Vorstellung  
Spezialitäten. D. neue Lustspiele.  
Kinematograph, Volksbelustigung.  
Freitag, 10 Uhr: Der Seekalott in 2 Akten.  
Freitag, 10 Uhr: Kinderfreudenfest.



